

schnürt, sondern die menschlich-familiären, die sozialen, politischen, sittlichen und religiösen Werte sind den technisch-ökonomischen in jedem Falle und bedingungslos übergeordnet, ob das unseren Wirtschaftsmanagern und Werbefachleuten paßt oder nicht. Die totale ökonomische Gesellschaft ist schlimmer, weil unfäßbarer als der totale Staat. Der von Gott geschaffene Mensch in der ganzen Breite seiner volkhafte und übernationalen Wirklichkeit ist das Maß der sozialen Ordnung. Damit ist gegeben, daß für die gesellschaftliche wie für die internationale politische Ordnung das Naturrecht und die auf Gerechtigkeit und Liebe gegründete Solidarität der Menschheit maßgebend zu sein hat, eine Solidarität, die eine Koexistenz in der Wahrheit erfordert, mit einer klaren und reinlichen Trennung von politischen Prinzipien, die die wahre und vollständige Integrität der menschlichen Natur vergewaltigen. Pius XII. ist bei der Auslegung dieser allgemeinen Normen in der Wahrnehmung seines prophetischen Wächteramtes so weit gegangen, daß er auch ihre konkrete geschichtliche, ja ihre heilsgeschichtliche Richtigkeit innerhalb der politischen Entwicklung angedeutet hat, um die Gewissen vor allem der Verantwortlichen auf der rechten Bahn zu halten, ohne ihnen die Verantwortung für das Wie der politischen Lösungen abzunehmen. Er sprach sich unzweideutig für einen energischen Abbau des Souveränitätswahns, für ein geeintes Europa, für den Ausbau der UN zu einer wirksamen föderativen Autorität aus, die die Macht hat, den Frieden zu verbürgen, den Frieden im Atomzeitalter. Vor allem mahnte der Papst, darin völlig einig mit den Führern der Ökumenischen Bewegung, zur Schaffung einer internationalen politischen Ethik, in deren Mittelpunkt die Erhaltung der Personwürde des Menschen und der Familie steht. Das geschah nicht im Interesse eines religiösen Individualismus oder eines katholischen Getto, sondern damit das heilsgeschichtliche Ziel, die Einheit der Menschheit in Christus, verwirklicht werden kann.

4. Diese katholische, wir wiederholen es, diese für alle gültige Soziallehre ist nicht nur eine Angelegenheit katholischer Konventikel, Männerwerke oder eifriger Studentengemeinden, sie ist eine Weltlehre, sie gehört in die Welt hinaus. Wenn die Gebetsmeinung sagt, sie möge immer mehr in der ganzen Welt bekannt werden, so ist das auch ein Appell an die katholische Publizistik und an katholische Verleger. Man muß auf die Verbreitung der katholischen Soziallehre die besten Grundsätze der Publizistik anwenden. Es gibt z. B. immer noch genug katholische Unternehmer, die diese Soziallehre nur vom Hörensagen kennen. Es trägt nicht immer zur Verbreitung der Soziallehre der Kirche bei, wenn sie unter Titeln erfolgt: „Der Papst spricht“. Dann bleibt sie im katholischen Raum gefangen, und das soll und darf sie nicht. Wir wollen unsere katholischen Politiker nicht daraufhin testen, wie weit ihnen die katholische Soziallehre so präsent ist, daß sie ihr politisches Gewissen spontan leitet, ohne daß nun jedesmal ein fachkundiger Pater von weit hergeholt werden müßte. Vor allem fehlt es im katholischen Raum an dem Analogon zu der vorbildlich wirkenden Gründung der „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten“, einer Abteilung des Weltrates der Kirchen, der führende Politiker, Staatsrechtler und Wirtschaftler angehören. Eine solche Gründung wäre schon deshalb geboten, weil es im Zeichen des kommenden Konzils an der Zeit ist, auf gleicher internationaler und

gleicher verantwortlicher Ebene das Gespräch mit dieser ökumenischen Kommission aufzunehmen, ein Gespräch, mit dem man weder die Hierarchie noch den Vatikan belasten kann. Denn die beste publizistische Arbeit langt nicht, wenn in dieser Sache keine wirksamen Institutionen entstehen, an denen sich wieder das Wissen um die katholische Soziallehre bilden und bereichern kann. Es trägt schließlich wenig zur erfolgreichen Verbreitung der Soziallehre der Kirche bei, wenn führende Moraltheologen persönliche Fehden über die Auslegung dieser oder jener These führen. Dann sagt der Laie unwillkürlich: Die Frage ist noch nicht entschieden, wir haben Zeit und machen so weiter wie bisher. Das sollte wohl nicht sein.

5. Überhaupt sollten wir endlich das Vorurteil überwinden, daß die Soziallehren der Kirche nur die Lehren der Hierarchie oder der Theologen sind. Was für die Gebote und vor allem für das Liebesgebot gilt, daß es durch den Heiligen Geist den Gläubigen ins Herz geschrieben wird, das gilt sinngemäß auch für die kirchlichen Soziallehren: sie müssen wenigstens in ihrem konkreten Vollzug zu Lehren und Erfahrungen der Laien werden. Dann werden sie am schnellsten der Welt bekannt. Es gibt weite Bereiche der Welt, die eine Lehre des Papstes nicht annehmen, weil es die Lehre des Papstes oder eines Bischofs ist. Wir können nicht erwarten, daß die Menschen guten Willens erst an die Eine Kirche glauben, ehe sie ihre Soziallehren verstehen und befolgen. Im Gegenteil, sie sollten über die Soziallehren der Kirche, weil sie gelebte, praktizierte und bewährte Lehren verantwortlicher Laien sind, zur Frage nach ihrer Quelle, zur Kirche geführt werden. Die Gebetsmeinung ist also in starkem Maße ein Appell an die Glaubensreife der Katholiken, sich die Soziallehren der Kirche, die ja um des Menschen willen gegeben sind, innerlichst zu eigen zu machen und sie damit zu ihrer welthafte Form und Fruchtbarkeit zu führen. Es ist eine katholische Unsitte, die man nicht genug beklagen und bedauern kann, immer nach oben zu schauen und auf Weisungen zu warten, und wenn die Weisungen kommen, mit den Achseln zu zucken und zu sagen: „Viel zu langatmig, viel zu allgemein, zu den Akten!“ Das Lehramt der Kirche muß zu 400 Millionen Gläubigen in aller Welt auf allen Stufen der Glaubensreife sprechen, seine Formulierungen müssen notwendig allgemein, weil allgemeingültig sein. Es ist dann Sache der Hierarchie der Länder und vor allem der verantwortlichen Gremien der Laien, in rechtem Verständnis die allgemeinen Sätze auf die besondere Lage anzuwenden und ihnen die Frische der lebendigen Erfahrung zu geben. Im Zeichen des kommenden Konzils haben wir eine neue Chance, unsere Pflicht in dieser Sache zu tun. Daß die notwendige Aufgabe erfüllt werde, dafür zu beten wollen wir nicht müde werden.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### *Aus dem deutschen Sprachgebiet*

**Papst Johannes XXIII. an den Bischof von Trier**

Aus Anlaß der in diesem Jahre stattfindenden öffentlichen Verehrung des Heiligen Rockes hat Papst Johannes an den Bischof von Trier, Matthias Wehr, ein Schreiben gerichtet. Es ist datiert mit dem 22. Februar 1959 und hat folgenden Wortlaut:

Ehrwürdiger Bruder,  
Gruß und apostolischen Segen!

Nach reiflicher Überlegung hast Du Dich entschlossen, das heilige Gewand, das gemäß ehrwürdiger Überlieferung als der Leibrock unseres Herrn Jesus Christus von alters her im Hohen Dom zu Trier voll Ehrfurcht aufbewahrt wird, in feierlicher Form zur öffentlichen Verehrung auszustellen, und Du hast Dich gedrängt gefühlt, Ehrwürdiger Bruder, Uns von Deinem Entschluß alsbald Botschaft zu senden. Wahrlich, sie hat Unser Herz mit frommer Freude erfüllt, sie brachte Uns nicht geringen Trost und außerordentliche Hoffnung.

Was Du zu tun gedenkst, das loben Wir ganz und gar, und Wir hoffen voll Zuversicht, daß die nun wiederum bevorstehenden Feierlichkeiten zur öffentlichen Verehrung des heiligen Kleides, das nach der Überlieferung Eurer Vorfahren die Glieder unseres göttlichen Erlösers umhüllt hat, der trierischen Kirche und auch den anderen Kirchen innerhalb und außerhalb eures Vaterlandes reiche geistliche Frucht einbringen werden.

Die Annalen eurer Geschichte halten das Gedächtnis daran fest, daß nicht selten zur selben Zeit, da der Heilige Rock den Augen des christlichen Volkes zum verehrenden Schauen enthüllt war, große Ereignisse eintraten. Das trifft auch dieses Mal in glückverheißender Weise zu.

Wir haben nämlich beschlossen, ein allgemeines Konzil anzukündigen, das unter dem Beistand des Heiligen Geistes in naher Zukunft zusammentreten soll. Damit möchte die eine, heilige, katholische Kirche gleichsam ein Banner aufrichten und mit machtvoller Stimme alle jene herbeirufen und in ihre Hürde einladen, die, obwohl sie die Würde des christlichen Namens tragen, durch die Ungunst der Zeiten von ihr getrennt sind. Allzu lange schon vergießt die Kirche um sie ihre mütterlichen Tränen.

Das ungenähte Gewand Christi ist Bild und Gleichnis der erhabenen Einheit der Kirche. Wenn dieses Bild vor den Augen des Geistes aufsteht, dann wird es mit Gottes Gnade wie von selbst viele dazu bewegen, zu wirken und zu beten, daß die Einheit verwirklicht werde. Das aber sind bereits die ersten Zeichen einer Morgenröte, die eine glückliche Zeit ankündigt.

Um so liebenswerter wird jenen, die in der Irre gehen, das Haus der Mutter sein, je mehr die Daheimgebliebenen, die darauf warten, ihre getrennten Brüder umarmen zu dürfen, das reine Licht evangelischer Tugend erglänzen lassen. So mögen denn die Kinder der Kirche treu und unermüdet danach streben, die Weisung des Apostels Paulus auf ihr eigenes Leben zu beziehen, die sowohl den Weg zur Heiligkeit wie gleichsam auch ihr allerletztes Ziel zum Ausdruck bringt: „Zieheth an unseren Herrn Jesus Christus!“ (Röm. 13, 14.)

Ja, Christus sei euer Kleid! Ob in der stillen Kammer des Herzens, ob im Reden, ob im Tun oder im Lassen. Christus sei euer Schmuck, seine Bescheidenheit, sein maßvolles Wesen, seine Umsicht, seine Liebe, seine Geduld im Leiden, seine Milde, sein Ernst, seine Demut! Leget ab den alten Menschen! (Vgl. Kol. 3, 9.) Zieheth Christus an! Stellt Christus dar! Seid Christus!

Mitten im Ernst einer schweren Zeit, dennoch aber in der Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft wollten Wir Dir, Ehrwürdiger Bruder, den Priestern und den Gläubigen, die Deiner Leitung anvertraut sind, ein Wort väterlichen Zuspruchs senden. Gottes Licht und Beistand rufen Wir kraft der Fürbitte der allerseligsten Jungfrau Maria auf

euch herab. Möge die heilige Festzeit, die ihr begehen werdet, Herz und Gemüt bewegen, den katholischen Glauben stärken und zur steten Besserung des Lebens beitragen. Zum Unterpfund all dessen erteilen Wir Dir und der Dir anvertrauten Herde mit Freuden und in väterlicher Liebe den Apostolischen Segen.

#### Moraltheologische Probleme für die Seelsorge im Gastgewerbe

Ihrem Auftrag entsprechend hat die Seelsorge der Kirche sich von jeher bemüht, dem Menschen in seinen vielfältigen beruflichen Tätigkeiten nachzugehen, ihm die christliche Lehre zu verkündigen und die Sakramente zu spenden. Um dieser Pflicht zu genügen, hat sie jeweils den Umständen entsprechend besondere Methoden und Mittel entwickelt. Das gelang ihr um so leichter, je langsamer die Lebens- und Arbeitsbereiche der ihr anvertrauten Menschen sich veränderten. Daß die mehr oder minder statischen Lebensverhältnisse heute fast überall — jedenfalls in den westlichen Gesellschaften — der Vergangenheit angehören, ist bekannt. Die Aufgabe, sich den neuen Verhältnissen rasch und wirksam anzupassen, stellt sich der Seelsorge allenthalben, jedoch mit unterschiedlicher Intensität. Einer der Bereiche, wo der praktischen Pastoral die Entwicklung davonzulaufen droht, ist heute das Gastgewerbe. Die Ursache für diese jähe, in ihren Folgen heute noch nicht abzusehende Veränderung dieses Berufszweiges und der Aufbrechung seiner alten Strukturen bildet die in allen Ländern zunehmende Mobilität der Bevölkerung (im unmittelbaren Sinne des Wortes), der „Nomadismus“ der modernen Gesellschaft, der seinen sichtbarsten Ausdruck im sogenannten Sozialtourismus gefunden hat.

Ohne hier auf die Gründe und Ursachen dieser spezifisch modernen „Freizeit-Form“ näher einzugehen, genügt es, sich einige Daten zu vergegenwärtigen, um das Ausmaß der neuen Probleme, die sich hier der Seelsorge stellen, zu begreifen oder wenigstens zu ahnen.

Allein in Westeuropa waren in der Sommersaison 1958 60 Millionen Menschen unterwegs. Jeder fünfte oder sechste Europäer reiste während seines Urlaubs. Noch 1954 verzeichnete die Bundesrepublik im ganzen Jahr etwa 20 Millionen Fremde und 71 Millionen Übernachtungen, bereits 1957 wurden sowohl für den Monat Juli wie August je 20 Millionen Übernachtungen gezählt. Im Jahre 1958 wurde die 100-Millionen-Grenze (an Übernachtungen) weit überschritten. Für die Reisenden standen in der Bundesrepublik 587 000 Hotelbetten zur Verfügung. Davon fielen auf die Touristengemeinden 173 000, auf die Heilbäder 141 000, auf Luftkurorte 83 200, auf die Großstädte 72 000 und auf die Seebäder 38 000. Unter den Hauptorten des Fremdenverkehrs rangieren nach der Häufigkeit des Besuches: München, Hamburg, Köln, Stuttgart, Berchtesgaden, Wiesbaden, Baden-Baden, Konstanz, Lindau, Garmisch-Partenkirchen, Freiburg i. Br. und Aachen. Bereits 1953 entfiel ein Fünftel aller Übernachtungen in den deutschen Bädern und Kurorten auf Ausländer. Die Einnahmen an Devisen betragen hierfür mehr als 500 Millionen DM (nach „Die Anregung“, Sonderheft für moderne Freizeitgestaltung und Völkerwanderung, Köln, Preis: 1.— DM).

Von dem Fremdenstrom wurden indessen nicht nur die Hotels erfaßt, sondern das ganze Gast- und Schankgewerbe. Von den insgesamt 130 000 Gastbetrieben in der

Bundesrepublik mit insgesamt 403 000 beschäftigten Personen, davon 240 000 weibliche Angestellte, dienten nur 22 073 der Beherbergung, während 102 000 Betriebe mit 281 000 bzw. 162 000 (weiblichen) Personen dem Schankgewerbe angehörten. Bei all diesen zahlenmäßig erfaßten Betrieben handelt es sich um konzessionierte Unternehmen. Die Zahl der ohne Konzession Betten und Logis gewährenden Häuser läßt sich mit genauen Zahlen nicht erfassen. Sie übertrifft jedoch in einzelnen, besonders besuchten Reisegebieten die Zahl der konzessionierten Betriebe beträchtlich.

Hauptverkehrsmittel des Sozialtourismus waren bisher Eisenbahn und Kraftfahrzeug. Die Deutsche Bundesbahn beförderte 1958 auch in den normalen Monaten jeweils weit über 120 Millionen Fahrgäste, mit über 3 Milliarden Kilometern pro Monat. Ihre Leistungen in der Personenbeförderung sind jedoch — verglichen etwa mit den entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1938 — nur unwesentlich gestiegen (10 Prozent). Der eigentliche Initiator und Motor des ständig sich ausweitenden Reiseverkehrs ist in der Bundesrepublik und in den meisten westeuropäischen Ländern das Kraftfahrzeug. (Das gilt im Nahverkehr auch für die USA, wo heute der Luftverkehr dabei ist, die Eisenbahn als Beförderungsmittel für Personen über weite Strecken abzulösen.) Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat sich in Deutschland seit der Währungsreform fast verfünffacht — von 1,4 Millionen (1949) auf 6,25 Millionen am 1. 7. 1957 (ohne die 1,8 Millionen Mopeds, die in Deutschland laufen). Seitdem werden täglich rund 1800 Kraftwagen neu zugelassen. Nach den jüngsten Angaben fährt jeder zwanzigste Bundesbürger einen Wagen.

Vorausgesetzt, daß das Sozialprodukt weiter zunehmen wird, rechnet die Europäische Wirtschaftskommission in Genf mit einer anhaltenden Steigerung des Personenverkehrs in Europa, wobei die Steigerung fast ausschließlich die Folge der weiterhin zunehmenden Motorisierung sein wird. Deutsche Wirtschaftskreise schätzen, daß 1965 jeder zehnte Bundesbürger einen Wagen fahren wird (weshalb sie immer vernehmlicher darüber klagen, daß das Straßennetz und die Parkmöglichkeiten für den zu erwartenden Kraftwagenanfall nicht ausreichen werden). Sicher dürfte jedoch sein, daß, insgesamt betrachtet, mit der weiteren Motorisierung auch der Reiseverkehr, vor allem an den Wochenenden, zunehmen wird.

#### *Die Arbeitsgemeinschaft der Seelsorger im Gastgewerbe*

Es ist daher nur verständlich, wenn sich die praktische Pastoral den Problemen zuwendet, die diese Entwicklung in sittlicher Hinsicht aufwirft. Am 20. April 1959 haben sich Seelsorger aus allen Diözesen der Bundesrepublik, die in Fremdenverkehrsorten tätig sind oder unter dem Personal des Hotel- und Gaststättengewerbes arbeiten, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Ordinariatsrat i. R. Friedrich Helm und zum Geschäftsführer Robert Svoboda OSC, beide Freiburg i. Br., gewählt. Anschließend — am 21./22. 4. — trafen sich auf dem Odilienberg bei Straßburg die Delegierten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der katholischen Seelsorge für Fremdenverkehr und Gastgewerbe. Am 27. 4. begann auf dem Kandel mit den Reiseleitern der Dr.-Tigges-Fahrten, Wuppertal, die Reihe der Besprechungen mit den großen Unternehmen des Sozialtourismus in der Bundesrepublik.

Entsprechend den Aufgaben, die diese spezialisierte Seelsorge zu leisten hat, ist das Hauptaugenmerk der Gaststättenseelsorger zunächst einmal auf die neue seelische und sittliche Situation der in diesen Berufen Tätigen gerichtet. Sie sind sich wohl darüber im klaren, daß der Kirche — wie im 19. Jahrhundert im Bereiche der Arbeit — heute im Freizeitbereich schwerste Verluste drohen (sofern sie nicht schon eingetreten sind). Diese Gefahr abzuwenden kann nicht allein ihre Aufgabe sein. Sie muß von allen verantwortlichen Gläubigen gesehen und bewältigt werden. Für die Seelsorge im Gaststättengewerbe kommt es zunächst darauf an, die Einbrüche, die mit dem riesenhaften Aufschwung des Sozialtourismus in ihrem Seelsorgsbereich verbunden waren, abzuriegeln und die durch diese Entwicklung heraufbeschworene innere Bedrohung des Gaststättengewerbes zu entschärfen.

#### *Eine den neuen Verhältnissen angepaßte Kasuistik*

P. Svoboda hat versucht, in einer „besonderen Kasuistik“ die neue Lage aufzufangen und dadurch den im Gastgewerbe beschäftigten Gläubigen eine seelsorgliche Hilfe zu bieten.

#### *Erstes Gebot*

Soll in Gastzimmern und Wirtsstuben, fragt P. Svoboda, ein Kreuz oder ein religiöses Bild angebracht werden? „Daß dies in einer Bar, in einem Nachtlokal und wohl auch in einem Café nicht angebracht ist, darüber dürfte bei uns Einigkeit herrschen. Andererseits wäre gewiß die Abschaffung des Herrgottswinkels zu bedauern, selbst wenn sich in katholischen Fremdenverkehrsorten manche Mißbräuche eingestellt haben. Die evangelischen Hospize (auch das katholische Hospiz St. Ludwig in München) legen auf jedes Zimmer ein Neues Testament. Dagegen wird man nichts einwenden können, zumal sich die Gäste frei dafür entschieden haben, ein offen als christlich bezeichnetes Haus zu wählen; so kann man nur empfehlen, die Chance zu nützen und diesen Brauch beizubehalten. Es gibt gewiß auch ganz solide Häuser, in denen entweder ein Kruzifix oder klassische christliche Kunst (in guten Reproduktionen), besonders in den Hotelzimmern möglich und angebracht scheinen.“

Schwieriger sei die Frage nach der Verpflichtung, bei Reden gegen den Glauben einem Gast zu widersprechen. „Wir können ja auch sonst, in anderen Berufen, nicht von jedem Christen verlangen, daß er sich in ein religiöses Streitgespräch einmengt, namentlich wenn er ihm nicht gewachsen ist.“ Es handelt sich hier jedoch um Pflichten des Hausvaters und damit um eine direkte geistige Verantwortung. „Der katholische Hotelier oder Gastwirt wird nicht immer zu einer persönlichen oder inhaltlichen Stellungnahme verpflichtet sein, kann und soll aber in jedem Fall zur Wahrung einer guten Atmosphäre und zur Vermeidung von Ärgernissen nach allen Seiten stets darauf achten, daß Gäste nach keiner Richtung ausfällig werden. Nur er kann sich eigentlich verfehlen durch Glaubensverleugnung, wenn er widerspruchslos schwere Entgleisungen hingehen läßt, bei denen mitunter sogar strafgesetzlich der Gotteslästerungs-Paragraph in Betracht kommt, oder wenn er sich gar aus Menschenfurcht zustimmend verhält.“

Ähnliches gelte gegenüber den Publikationsmitteln. Man dürfe von christlichen Chefs wohl erwarten, daß sie Zeitungen und Illustrierte, die ausgesprochen gegen Glaube

und Sitte verstoßen, für ihre Gäste weder bestellen noch auflegen. Desgleichen sollte möglichst darauf geachtet werden, daß solche Hefte nicht, von Gästen eingeschleppt, in den Lokalen länger herumliegen und rundgehen. Man sollte auch nicht dulden, daß solche Presseerzeugnisse von Angestellten eingesammelt und auf ihre Zimmer mitgenommen werden. Ebenso bestehe gewiß eine moralische Verantwortung gegenüber der öffentlichen Darbietung des Programms von Rundfunk und Fernsehen und dementsprechend eine Verpflichtung zur Wachsamkeit, zur Auslese und zum Einschreiten im Notfall. Man solle auch um eine entsprechende Auswahl von Schallplatten für den Musikautomaten besorgt sein.

„Es sollte jedoch nicht zu tragisch genommen werden, wenn sich bei Gästen abergläubische Auffassungen und Wünsche bemerkbar machen. Ob man ein Zimmer 13 führt, ob man zu Silvester diesen oder jenen Brauch gewähren läßt, ist kein Glaubensproblem. Bedeutsamer ist die Frage, ob man sein Lokal für Veranstaltungen von Spiritisten, antikirchlichen Zirkeln oder Sekten, von Vereinigungen gegen Religion und Glauben zur Verfügung stellen darf; hier gilt im allgemeinen zweifellos das Nein!“

#### *Zweites Gebot*

„Auch wenn man vom Gottesdienstbesuch aus besonderen Gründen entschuldigt ist, bleibt doch jeder Christ in der Verpflichtung der Gottesverehrung und des Gebetes. Ebenso gehört es zum Geschmack und Stil eines guten Hauses, Fluchen und gotteslästerliche Reden der Gäste und erst recht des eigenen Personals möglichst abzustellen. Andererseits bedarf es wachsamer Überprüfung der gerade gegebenen Umstände, ob z. B. religiöse Sendungen des Rundfunks in der Gaststube eingeschaltet oder abgeschaltet werden sollen.“

#### *Drittes Gebot*

Es handelt sich hier um eine Kern- und Gewissensfrage für das Gastgewerbe. „Müßte nicht doch ernsthafter versucht werden, eine der vielen, heute meist wirklich gebotenen Gelegenheiten zum Besuch des Gottesdienstes zu benutzen?“ Nicht nur in den Städten, sondern auch in den meisten Landpfarreien bestehen noch immer reelle Möglichkeiten, sich gegenseitig abzulösen und zu vertreten, damit alle im Laufe des Vormittags zur Kirche gehen können. Der Gastbetrieb ist in den Frühstunden meistens auch noch nicht so stark. „Wenn von einem bekannten Tiroler Fremdenort kürzlich behauptet wurde, daß selbst die festlichsten Gottesdienste an den Höhepunkten nur von den Gästen besucht werden können, während die Einheimischen — auch in der Weihnacht — zu Hause arbeiten müssen, darf das nicht unwidersprochen bleiben.“ Selbst im ernstesten Verhinderungsfall muß daran erinnert werden, daß die Dispens wirklich nur für den Fall der akuten Unmöglichkeit gilt; eine Gewöhnung, auch sonst von der Kirche fernzubleiben, sollte nicht eintreten. „Man darf seinen Betrieb — aus Nützlichkeits-erwägungen — nicht leichtthin von vornherein so organisieren und darauf anlegen, daß er mit religiösen Rücksichten und Pflichten gewohnheitsmäßig kollidiert.“ Das gilt allgemein und gilt auch für das Gastgewerbe. „Ebenso erhebt sich die persönliche Frage, ob ein Dienstposten übernommen werden darf, der es nie oder fast nie möglich macht, seine Sonntagspflicht zu erfüllen.“ „Sich freiwillig zu einem Sonntagsdienst bzw. zu Überstunden an

Sonntagen zu melden, so daß der Gottesdienst versäumt wird, kann wohl nur verantwortet werden mit gewichtigen Gründen (Notfall, Erkrankung von Kollegen, wirtschaftlicher Bedarf usw.).“

Schließlich erinnert P. Svoboda noch an die apostolische Verantwortung, die Gäste durch einen geeigneten Ausgang, durch mündliche Hinweise, durch Einzelberatung besonders Interessierte auf den Kirchenbesuch hinzuweisen. „Wir müssen auch das Opfer einkalkulieren, den Empfang der hl. Kommunion durch Gäste in der Frühstücksordnung zu erleichtern.“

#### *Viertes Gebot*

Gerade im Gaststättenberuf habe sich aus alten Traditionen ein vielfältiges Abhängigkeitsverhältnis von gefestigten Machtpositionen gehalten, namentlich gegenüber dem Prinzipal, dem Küchenchef, dem Ober und dem Portier. „Es ist ein offenes Geheimnis, daß dabei, über die Grenzen des dienstlichen Gehorsams hinaus, in manchen Fällen Ansprüche gestellt werden, die der Würde namentlich des weiblichen Personals nahe treten, und daß sich mitunter ein Paschasystem mit Unbeherrschtheit, Startum und Quälereien entwickeln kann. Zweifellos müssen hier oft die Grenzen dienstlicher Verpflichtung und persönlicher Respektierung deutlicher gezogen werden. Es soll nicht nur einen gewerkschaftlichen Schutz geben, sondern auch eine Wahrung der persönlichen Würde.“

Ebenso verpflichte Kollegialität nicht zu Rücksichtnahmen oder Nachgiebigkeiten, die den Gottesgeboten, der Standeswürde oder der Ehrenhaftigkeit widersprechen. Deshalb sei es häufig wichtig, die Gefahr des Ärgernisses klarer zu sehen, ablehnend zu empfinden und gegebenenfalls mutig anzuzeigen. Erst recht müßte die Verantwortung gegenüber jüngeren Kollegen (Piccolos, Mädchen, Lehrlingen) bewußt bejaht und gemeinsam getragen werden.

„Schließlich hört die Rücksicht auf den Gast dann auf, wenn er seine ‚Majestät‘ offensichtlich selber aufgibt und Anforderungen stellt, die unberechtigt, unhöflich, rücksichtslos oder gar unziemlich sind. Wenn man sich dessen allein nicht wehren kann, darf und soll man an Vorgesetzte appellieren.“

#### *Fünftes Gebot*

Hier erhebt sich die Frage, ob man in einem Beruf bleiben darf, dem man wegen seiner ungewöhnlichen Anforderungen gesundheitlich nicht gewachsen ist. „Darüber hinaus bietet dieser Beruf für jedermann besondere gesundheitliche Gefahren, indem er z. B. mit Alkoholika und anderen Narkotika in Verbindung bringt. Die Tugend der Mäßigkeit verpflichtet alle Christen; manchen könnte mit ihrer Veranlagung zur Süchtigkeit sogar die Totalabstinenz abverlangt sein. Schließlich ist der Animier-Betrieb sowohl gegenüber den Gästen wie gegenüber dem Personal abzulehnen, zumal er von vornherein nur auf schnöden Gewinn ausgeht.“

Eine schwierige Frage liegt darin, ob man Gästen etwas verabreichen darf, was entweder ihnen selbst schädlich ist oder ihre Familie ruiniert. „Gewiß dürfen wir haltlosen, süchtigen und unmäßigen Gästen nicht entgegenkommen, und ebensowenig ihnen schädigende Drogen, Schlafmittel oder Schutzmittel verabreichen. Auch ein Schutzmittel-Automat ist für ein christliches Haus abzulehnen.“

### Sechstes Gebot

Zum 6. Gebot schreibt P. Svoboda: „Wir haben wohl mit Recht die Vorstellung und Besorgnis, daß gerade auf diesem Gebiet die Grundsätze der Kirche zwar klar genug und hinlänglich bekannt sind, aber heutzutage weitgehend übertreten werden. Davon macht das Gastgewerbe gewiß keine Ausnahme; es ist vielmehr mitten in den Schauplatz moderner Verführung gerückt und soll oft genug auch die Möglichkeit zur Sünde gegen das 6. Gebot bereitstellen helfen. Dabei erhebt sich die Vorfrage, ob eine krasse Unwissenheit und als Folge derselben eine völlige Einschläferung des Gewissens dadurch eintreten kann, daß der kirchlichen Verkündigung heute auf diesem Gebiet so zahlreiche Gegenprediger, so viele Ansinnen und so leichtfertige Praktiken gegenübertreten. Mitunter muß geradezu Irrtum, Unfreiheit, Zwang, Abhängigkeit und übermächtige Verführung angenommen werden. Jedenfalls kann leider nicht mehr unter allen Umständen verlangt werden, daß das Personal und selbst die Chefs bei ihren Gästen gegen Reden, Lieder, Schlager, Witze, Zeitschriften und Gewohnheiten gegen das 6. Gebot einschreiten. Wir werden uns manchmal damit begnügen müssen, grobe und offenkundige Verstöße abzustellen.“ In einigen Ländern und Orten ist dabei die Fremdenpolizei behilflich. Im Sozialtourismus werden sich christliche Häuser meist durchsetzen, wenn sie unverheiratete Pärchen getrennt unterbringen oder sie andernfalls ablehnen. Keineswegs dürfe man auf das Ansinnen von Gästen eingehen, Geheimplatze zu vermitteln; man wird sich im allgemeinen auch weigern können, offensichtlich unmoralische Bestellungen und Telefonate entgegenzunehmen.

„Auf jeden Fall sollte das Personal — schon aus beruflichen, erst recht aus moralischen Gründen — stets Widerstand gegen Gäste leisten, die mit unsittlichen Anträgen kommen.“ Man müsse dieselben ablehnen, auch wenn man dabei einen wirtschaftlichen Schaden erleidet oder bei Prinzipal und Kollegenschaft dafür kein Verständnis findet.

### Siebtens Gebot

Das Personal trägt für das anvertraute Gut sowohl des Hauses wie der Gäste Verantwortung. „Diese Haltung geht jedoch über eine normale Pflicht nicht hinaus und kann im allgemeinen auch nicht an Zurückerstattung gebunden werden. Jedenfalls kann das Personal nicht haftbar gemacht werden für die heute vielfach verbreitete Schlampe, Nachlässigkeit und Unachtsamkeit zahlreicher Menschen.“

Gefundene Sachen seien selbstverständlich als Fremdeigentum unter allen Umständen an die zuständige Dienststelle bzw. an den, der sie verloren hat, zurückzugeben. Bei Kleinigkeiten von geringerem Wert kann dann von der Abgabe abgesehen werden, wenn diese zu umständlich oder irgendwie belastend ist. „Andererseits soll nicht vergessen werden, daß sich unsere Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit gerade bei solchen Kleinigkeiten bewähren und dokumentieren kann.“

Schwieriger sei die Lage, „wenn wir unredliche Gäste oder gar geübte Zechpreller vor uns haben. Leider vergehen sich heutzutage öfter auch Jugendliche aus reinem Mutwillen in dieser Hinsicht. Man kann wohl nicht verpflichtet werden, den Ausfall aus eigener Tasche zu ersetzen,

wenn man alle schuldige Sorgfalt und Aufsicht walten ließ.“

Andererseits sollte man leichtfertige Ausgaben nicht ohne weiteres hinnehmen, besonders wenn die Gäste offensichtlich nicht mehr voll zurechnungsfähig sind, oder angeberisch über ihre Verhältnisse leben. „Ebenso müßte eine Grenze gesehen werden, wo wir offenkundige Überpreise des Betriebes wirklich einfordern dürfen und wo nicht.“

„Schließlich erhebt sich die Frage, wieweit man sich bei zweifellos zu geringer Entlohnung selber schadlos halten darf bzw. unter welchen Umständen wir Gäste im Falle eines zu reichlichen Trinkgeldes auf einen möglichen Irrtum aufmerksam machen müssen und ob wir uns Nebeneinnahmen verschaffen dürfen, die innerhalb der Berufszeit vermittelt werden. Der gängige Positivismus unserer Zeit macht es gewiß nicht immer leicht, sich ein Gewissen zu machen, wenn Vorteile oder auch Übervorteilung in Betracht kommen.“

### Achtes Gebot

„Bei der Publizität des heutigen Lebens und der Bereitwilligkeit auch zum seelischen Exhibitionismus ist es nicht opportun, Vertrauensleute an ihre Verschwiegenheit und Schweigepflicht zu erinnern. Das Berufsgeheimnis gilt aber unter schwerer Sünde und gilt für den gesamten dienstlichen Bereich. Es gilt auch gegenüber früheren Dienstposten, wenn man nunmehr bei der Konkurrenz tätig ist, so daß wir die Mitteilung von Kundschaft, Bräuchen, Kochrezepten, Mixturen usw. nur bei vernünftigen Gründen verantworten können. Anvertrautes Wissen ohne inneren Geheimniswert und erst recht erworbene Berufserfahrungen können natürlich und sollen evtl. auch ausgewertet werden.“

„Andererseits verpflichtet das 8. Gebot keinesfalls, Gästen auf verhängliche oder gar zweideutige Fragen zu antworten. In vielen Fällen genügt ein Scherz oder eine ausweichende Antwort. Der moderne Mensch soll, selbst wenn er sich leichtthin offenbart und entblößt, das Gefühl behalten, daß er bei uns in seinem Intimbereich ernstgenommen bleibt und auch seine Stunden der Menschlichkeit oder der Schwäche nicht ausgeplaudert oder gar einer leichtfertigen Sensation überliefert werden . . .“

### Fastengebot

Die Dispens vom Fastengebot ist klar und weit genug. „Danach sind wir im Beruf zwar nicht zur Enthaltung von Fleischspeisen verpflichtet, aber es sollte uns doch nicht schwerfallen, an Freitagen die Gelegenheit zur immerhin reichlich vorhandenen Auswahl im Speisezettel im Sinne des Abstinenzgebotes zu treffen. Ebenso könnte man bei ständigem Gebrauch der Dispens an einen Ausgleich denken, um dem Sinn dieses Gebotes zu entsprechen, indem man an Freitagen und zu Bußzeiten freiwillig etwa auf Alkohol, Nikotin, Süßigkeiten, Kinobesuch usw. verzichtet. Schließlich geht es ja auch hier um eine ganz persönliche Entscheidung zwischen Minimalismus und dem Streben nach der standesgemäßen Vollkommenheit.“ — P. Svoboda beschließt seine „besondere Kasuistik“ mit dem Hinweis darauf, daß eine ganz besondere Tragik darin liege, wenn heute die Übung der Gastfreundschaft, die seit jeher einen Prüfstein echter Menschlichkeit bildete, immer stärker organisatorisch entfaltet und zugleich den christlichen Maßstäben entfremdet werde.

**Israel und die  
Höfnung der Welt** Das dritte trikonfessionelle Gespräch in der Evangelischen Akademie am kleinen Wannsee zu Berlin (27. Februar bis 2. März 1959) unter der unaufdringlichen Leitung von W. D. Marsch stand schon weit umfassender als seine beiden Vorläufer (1957 und 1958; vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 405) im Zeichen des direkten Austauschs von Perspektiven des Glaubens aus jüdischer, katholischer und evangelischer Sicht. Man unterhielt sich so gut wie gar nicht mehr über die Fragen: „Können wir überhaupt miteinander auf einer gewissen gemeinsamen Basis Religionsgespräche führen?“ (1957: „Una Sancta mit den Juden?“) oder: „Wie sehen wir einander im ganzen?“ (1958: „Israel und die Völker“). Man befragte einander vielmehr diesmal vor allem nach der konkreten Sicht der *Sünde* auf der einen, der *Erwählung* und der *Heiligung* auf der anderen Seite, und es zeigte sich, daß man einander zu alledem Grundlegendes zu sagen hatte.

Den gemeinsamen Ausgangspunkt kennzeichnete Prof. Dr. F. Scholz (Fulda/Frankfurt) treffend durch ein Zitat von Nietzsche, der die Sünde geradezu eine „jüdische Erfindung“ genannt hat. Für uns heißt das: Durch die Juden zuerst hat Gott uns Menschen erfahren lassen, daß wir vor ihm allzumal Sünder sind. Was das insbesondere für die beiden klar unterschiedenen Komplexe von „Erschuld und Tatsünde im christlichen (speziell: katholischen) Denken“ bedeutet, entwickelte der Vortragende klar und präzise, wobei modernste psychologische Erkenntnis (Schulz-Henke) zur Erhellung diente und die alte Wahrheit vom Gegenspiel zwischen Ich-„Liebe“ und Du-Hingabe-Tendenz illustrierte. Das unbeirrbar Festhalten daran, daß der Mensch bei aller Verengung seines Wert-Blickfeldes durch Erbsündefolgen ein gewisses Maß von Freiheit bzw. Verantwortlichkeit behält, ergab die weitgehende Gemeinsamkeit der katholischen Anthropologie mit der jüdischen, welche von Oberrabbiner Dr. K. Wilhelm, Stockholm, vorgetragen wurde. Dabei wurde weniger die Verantwortung für begangene Schuld (stets individuell — aber in Solidarität mit der Gemeinschaft) betont, als die stets bleibende Freiheit zur Umkehr (T'schuwa): Als Gott die Welt geplant hatte und voraussah, sie werde durch Adams Sünde verstört werden — da schuf er die Umkehr, erzählt ein Midrasch (womit die T'schuwa an die Stelle gesetzt ist, die — christlich gesehen — vom Erlöser eingenommen wird: „o felix culpa, quae talem ac tantum meruit habere Redemptorem!“). Und: „Wo die Männer der Heimkehr stehen, da werden selbst die Gerechten nicht hingelangen“ folgert R. Abbah aus Is. 57, 19, woselbst *zuerst* den „Fernen“, *danach* den „Nahen“ das Heil verheißen wird. Diese Wertung kommt schon fast an das Gleichnis vom Verlorenen Sohn heran, das christlicherseits ausgelegt wurde. Die „Nahen“ nun, das sind zunächst einmal die Juden: als ganz ausgesondertes (partikularistisches) Volk, das doch zugleich den weitesten Universalismus aufgetragen bekam, indem es allen Völkern das Heil vermitteln soll. Das entwickelte treffend R. Wilhelms zweiter Vortrag: „Erwählung im jüdischen Denken“. Vertrat er darin jene Überlieferungslinie, die durch die Satzfolge charakterisiert wird: (1.) „Das Volk erwählte sich diesen Gott und“ (2.) „wurde von ihm erwählt“, so ergänzte R. Abir in einer Art Korreferat die andere (den Christen viel verwandter berührende) Tradition, wonach Gott schon am Sinai die Kinder Israels geradezu in den Bund hinein

genötigt hat und so schon Abraham, so noch alle späteren Geschlechter: „Zu bekennenden Juden wurden wir geschlagen“, bezeugt ein Zeitgenosse (Freiburger Rundbrief XI, 117); das ist wahrlich mehr, als „zum Ritter geschlagen zu werden; mysterium iniquitatis — et gratiae.

So kam es nicht bloß von außen an die jüdischen Teilnehmer heran, wenn das Referat Prof. Hendrik van Oyens, Basel, das den inhaltlichen Höhepunkt der Tagung bildete: „Heiligung im christlichen Denken“, in die Frage ausmündete: Was gilt nun: Ist Israel ganz aus eignem der „leidende Gottesknecht“ und Mittler zwischen Gott und Welt bis zu dem Anspruch, daß ohne es „Gott nicht ein Nu kann leben“ (Angelus Silesius, zitiert von Wilhelm), oder steht am Anfang Gottes unerforschlicher Gnadenratschluß, kraft dessen seine Heiligkeit durch seine Heiligen offenbar wird? Als *Treue* in den Erhaltungsordnungen auch des äußeren Rechtes; als *Hilfe* bis in das Lebensopfer hinein, das für uns geschah und von uns gefordert werden kann; als *Sieg* — trotz unserem Versagen —, den Gott errungen hat (christlichem Auferstehungsglauben gemäß), aber auch wir zuletzt mit ihm erringen sollen (wie Christ und Jude erwarten)!

#### *Die Notwendigkeit christlich-jüdischer Kontakte*

Man ging nicht mit einer fertigen Antwort auf solche Fragen von einem Gespräch nach Hause, das von R. Wilhelm mit Recht als ein Anfang weiterer seinesgleichen gekennzeichnet wurde, als er sein Schlußwort hielt. Vieles andere war daneben noch aufgeklungen. Nicht zuletzt die bedrängende Sorge um die weitere Möglichkeit deutsch-jüdischer Kontakte angesichts der ganzen Situation der Juden im Nach-Hitler-Deutschland, wie sie nüchtern-illusionlos von Dr. Hans Lamm, Düsseldorf, geschildert wurde und sehr weitgehend auf eine Bestätigung des schon 1933 gesprochenen Wortes von Oberrabbiner Dr. Baeck über das Ende der anderthalbtausendjährigen deutsch-jüdischen Geschichte hinauskam.

Um so wichtiger ist es, daß in der Hoffnung wider die Hoffnungslosigkeit — spe contra spem — immer wieder solche Versuche gewagt werden, wobei besonders ein junger Gesprächspartner aus Israel als Bürge für die dortige religiöse Erneuerung sehr fruchtbar mitwirkte und mit seinen unbefangenen Fragen nach den eigentlichen Unterschieden die christlichen Teilnehmer zu klärender Darlegung ihrer letzten Glaubensgrundlagen nötigte. Immer wieder wurde dabei deutlich, was Prof. K. Thieme, Germersheim/Mainz, schon in seiner Einführung über „Dialog der Konfessionen“ und der biblischen Besinnung über das Vater-Wort zum „älteren Bruder“ des Verlorenen Sohnes (Luk. 15, 31) entwickelt hatte und was wie ein Leitmotiv die Tagung durchklang: Weil Gottes Ratschlüsse unberechenbar sind (Röm. 11, 29), gilt für den frommen Juden heute wie gestern: „Mein Sohn, du bist allezeit bei mir . . .“ Noch da, wo wir ihm widersprechen, ihn mit ernststen Bedenken über sein Selbst- und Gottesverständnis befragen müssen, haben wir ihn — heute mehr denn je — als Angehörigen des erwählten Priestervolkes zu respektieren und ernstzunehmen. Denn wir teilen mit ihm denselben Ursprung, leben letztlich mit ihm derselben Hoffnung, kraft welcher wir gewiß sind, nicht ohne ihn zur Vollendung des Heils zu kommen. Die Hoffnung Israels ist und bleibt ja — die einzige unenttäuschbare Hoffnung der ganzen Welt.

**Fortgang der Vorbereitung des Ökumenischen Konzils**

Am Pfingstsonntag, dem 17. Mai, ernannte Papst Johannes XXIII. die Erste Vorbereitende Kommission (commissione antipreparatoria) für das kommende Ökumenische Konzil. Sie setzt sich aus Vertretern sämtlicher wichtigen Kongregationen der römischen Kurie zusammen und steht unter dem Vorsitz des Kardinal-Staatssekretärs, Msgr. Tardini. Ihr Sekretär ist Msgr. Pericle Felici, Auditor des Tribunals der Heiligen Römischen Rota. Die Kongregationen sind durch ihren Sekretär oder ihren Assessor vertreten (nur die Ritenkongregation durch ihren Prosekretär und das Heilige Offizium durch einen Kommissar, da es augenblicklich keinen Assessor hat). Die Namen der Kommissionsmitglieder sind folgende:

Msgr. Giuseppe Ferretto für die Konsistorialkongregation; Msgr. Pietro Sigismondi für die Kongregation der Propaganda fide; Msgr. Antonio Samoré für die Kongregation der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten; P. Acacio Coussa für die Kongregation der Orientalischen Kirche; Msgr. Cesare Zerba für die Kongregation der Sakramentenverwaltung; Msgr. Pietro Palazzini für die Konzilskongregation; P. Arcadio Larraona für die Religiosenkongregation; Msgr. Dino Staffa für die Kongregation der Seminarien und Universitäten; Msgr. Enrico Dante für die Ritenkongregation; P. Paul Philippe für das Heilige Offizium.

In der Bekanntgabe dieser Ernennungen im „Osservatore Romano“ (17. 5. 59) heißt es weiter, diese Kommission habe folgende Aufgaben:

„Kontakt mit dem katholischen Episkopat der ganzen Welt aufzunehmen, um bei diesem Ratschläge und Anregungen einzuholen; die von den Dikasterien der römischen Kurie formulierten Vorschläge zu sammeln; die Hauptlinien der Themen auszuarbeiten, die auf dem Konzil zur Sprache kommen sollen, und zwar unter Einholung der Meinung der theologischen und kirchenrechtlichen Fakultäten der Katholischen Universitäten; die Zusammensetzung der verschiedenen Organe (Kommissionen, Sekretariate usw.) vorzuschlagen, die die weitere Vorbereitung der Arbeiten zu übernehmen haben, die das Konzil sich zur Aufgabe stellt.“

Diese Aufgaben, die der Vorbereitenden Kommission gestellt worden sind, zeigen — wie der römische Berichterstatter von „La Croix“, Msgr. Glorieux, am 19./20. Mai schrieb —, daß die erste und nächste Aufgabe des Konzils die gleiche ist, die auch die Vorbereitende Kommission des Vatikan Konzils seinerzeit schon formuliert hatte, nämlich die, „die Reform des Klerus, die Reform des christlichen Volkes zu fördern“. Dieser Aufgabe des Konzils wird in der Meinung des Heiligen Vaters auch die Römische Diözesansynode schon vorarbeiten, indem sie die Rolle des Bischofs neu herausstellt; ihr soll, wenn nötig, auch eine Anpassung der kirchlichen Organe und eine Überprüfung des Kirchenrechts dienen. „Gerade diese Erneuerungsarbeit im Schoße der katholischen Kirche wird auch“, so schreibt Msgr. Glorieux, „dazu beitragen, die Anziehungskraft der Kirche auf die getrennten Brüder zu erhöhen.“ (In ähnlichem Sinn hat sich der Papst selber kürzlich in einer Ansprache im Einkehrhaus von Ponterotto geäußert, wo er sagte: „Die Kirche von Rom bleibt der ‚Einheitspunkt‘ der ganzen Welt; ich frage meine Gesprächspartner nie, ob sie katholisch oder prote-

stantisch sind, denn ich fühle die Anziehungskraft der Einheit.“)

Die Einsetzung der Vorbereitenden Kommission für das Konzil gab Johannes XXIII. selber den Gläubigen in einer kurzen Ansprache bekannt, die er zum Schluß der feierlichen Pfingstvesper in St. Peter hielt. (Seit 1870 hat kein Papst mehr Vespers zelebriert.) Er sprach darin von den Freuden und Leiden, den Tröstungen und Bitterkeiten des großen lebendigen Leibes der katholischen Kirche. Als die große Freude nannte er die Aussicht auf das Ökumenische Konzil, „das wie zu einem neuen Pfingsten zunächst alle Bischöfe der Kirche, die in Eintracht mit dem Apostolischen Stuhl leben, zusammenführen sollte. Eine Versammlung von unermeßlicher und tiefer Vorbereitung (preparazione), die mit Gottes Hilfe zur großen Heiligung des Klerus, zur Erbauung des christlichen Volkes, zum ermutigenden Schauspiel für alle die gereichen soll, die sich zu Gedanken des Glaubens und des Friedens erheben.“

„Und so sind Wir denn heute, am 17. Mai 1959, am Pfingstfest, zum ersten Akt dieses großen Unternehmens gelangt, nämlich zur Ankündigung einer Vorbereitenden Kommission für das große Ereignis. Es ist eine erste Einleitung, der Anfang einer Reihe von Akten und Konstitutionen, die Vorbereitung durch Studien und Untersuchungen erfordern und bei denen alle Sprachen der Erde zu Wort kommen können. Es ist nur natürlich, daß all dies Monate ausgedehnter Vorarbeiten beansprucht.“

*Der Termin des Konzils*

Inzwischen hört man aus vatikanischen Kreisen, daß das Konzil selber voraussichtlich nicht lange dauern wird, vielleicht nur zwei Monate — viele Bischöfe wollen ihre Diözesen nicht zu lange verlassen —, daß aber die Vorbereitung um so gründlicher durchgeführt werden muß. Man rechnet daher jetzt damit, daß das Konzil erst 1962 zusammentreten kann.

**Fortgang der Vorarbeiten für die Römische Diözesansynode**

Die Vorarbeiten für die römische Diözesansynode, die Papst Johannes XXIII. gleichzeitig mit dem Ökumenischen Konzil am 25. Januar 1959 angekündigt hat, sind inzwischen so weit fortgeschritten, daß vatikanische Kreise am 26. Mai die Meinung äußerten, die Synode könne noch vor Weihnachten stattfinden. Am 18. Februar hat der Heilige Vater eine Synodalkommission unter dem Vorsitz Msgr. Traglias, eines der stellvertretenden Vikare der Stadt Rom, eingesetzt, die sich aus mehreren Prälaten, zwei Pfarrern und drei Ordensangehörigen zusammensetzt. Diese Synodalkommission hat der Papst mehrmals bei sich in seiner Privatbibliothek empfangen. Mit seinem Einverständnis hat sie ihre Arbeit auf acht Unterkommissionen verteilt mit folgenden Arbeitsbereichen: 1. Personen (Rechte und Pflichten von Klerus und Laien); 2. Lehramt (Predigt, Katechismus, Presse usw.); 3. Gottesdienst und Liturgie; 4. Sakramente und Priesterberufe; 5. Apostolat; 6. Christliche Erziehung der Jugend; 7. Kirchlicher Besitz und Kirchenbau; 8. Caritas und Wohltätigkeit. In diesen Kommissionen arbeiteten zunächst 40 Geistliche, davon 11 Pfarrer; Ende Mai waren eine Reihe weiterer Mitarbeiter herangezogen worden, so daß über 70 Prälaten

und Pfarrer in den Kommissionen tätig waren. Der seelsorgliche Charakter der künftigen Synode wurde besonders durch die Mitarbeit von nunmehr 30 Pfarrern unterstrichen. Mehr als 200 Vorschläge waren bis Ende Mai den vorbereitenden Kommissionen zugegangen und wurden gesichtet und erörtert. Zahlreiche Vorschläge sind auch aus Laienkreisen gekommen.

Msgr. Traglia berichtet dem Papst als dem Bischof von Rom jede Woche einmal über den Fortgang der Arbeiten der Kommissionen. Der Heilige Vater hat auch selber schon an einer der Ausschusssitzungen teilgenommen. Die römische Synode liegt ihm ebenso am Herzen wie das Ökumenische Konzil. Im Monat Mai erschien der Papst jeden Morgen gegen Ende der Halbneun- uhr-Messe in der Paulinischen Kapelle des Vatikans, an der stets eine große Zahl der in der Vatikanstadt arbeitenden Laien und Geistlichen teilnahmen, um den Kommentar zu einer der Anrufungen der Lauretanischen Litanei mit anzuhören, der nach dem Schlußevangelium gegeben wurde, dann die Litanei zur Muttergottes und das Regina Coeli mitzubeten oder zu singen, woran sich jeweils das Gebet für die römische Synode anschloß. (Die Messen in der Paulinischen Kapelle sind stets Gemeinschaftsmessen — Dialogmessen, wie man sie in Italien nennt —, weil der Papst diese liebt.)

Daß das gläubige Volk von Rom zumindest betend an der Vorbereitung der römischen Diözesansynode teilnehmen soll, hat Papst Johannes XXIII. bereits in seiner Ansprache an die Katholische Aktion Italiens gesagt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 368). Einer gründlicheren Information der Laien über die kommende Synode dient eine kleine Broschüre Msgr. Carlo Maccaris, Sekretärs des Vikariats von Rom, die, wie ihr Autor sagt, veröffentlicht worden ist, um die Katholiken Roms in stand zu setzen, die historische Bedeutung ihrer Synode zu verstehen und intensiv an ihrer Vorbereitung mit teilzunehmen.

Msgr. Maccari gibt Zahlen an, die gewisse besondere pastorale Probleme des heutigen Rom gut beleuchten. Zwischen 1931 und 1959 ist die Bevölkerung Roms von 950 000 auf 2 Millionen Einwohner gestiegen, die Zahl der Pfarreien von 68 auf 182. Doch die Priesterberufe sind völlig ungenügend; augenblicklich gibt es nur 42 Priesteranwärter im Großen Seminar. Rom brauchte aber jedes Jahr 50 neue Priester. Im laufenden Jahr sind es 15! Und das ist noch eine außergewöhnlich hohe Zahl.

Die christliche Erziehung der Jugend bedarf besonderer Sorge: allein für den Religionsunterricht an den Schulen wären 250 gut vorbereitete Priester nötig. Weitere Priester wären zur religiösen Betreuung der Arbeiterjugend erforderlich; sie müßten echte Erzieher sein.

Die Broschüre endet mit einer Mahnung zum Gebet: „Die Synode ist kein wissenschaftlicher Kongreß und keine technische Versammlung; sie stellt vielmehr den aufrichtigen und mutigen Willen dar, mit erneutem Schwung das Reich Gottes in das gesamte moderne Leben unserer Stadt hineinzutragen. Sie ist also ein spezifisch religiöses, übernatürliches Ereignis. Je glühender, überzeugter und einstimmiger unser Gebet sein wird, desto reichere geistige Früchte wird die Synode tragen.“

Für die römische Diözesansynode werden, so heißt es in einem Artikel des „Osservatore Romano“ (5. 5. 59) mit der Überschrift „Rom erwartet seine Synode“, die Erfahrungen anderer Diözesen zweifellos kostbar sein, aber sie

helfen doch nur bis zu einem gewissen Grad; denn die Lage Roms ist eine ganz besondere. „Man denke nur an die großen Patriarchalbasiliken, an die ‚Titel‘, die die Kurienkardinäle und auch residierende Bischöfe tragen, an die zahllosen Generalatshäuser religiöser Orden, an den Klerus jeder Rasse und jeder Tradition, der sich der römischen Lebensweise anpassen muß usw.“

Rom hat 608 öffentliche Gotteshäuser und doch zu wenig Kirchen. Zwar gibt es innerhalb des alten Stadtkerns Straßen mit mehr Kirchen als Wohnhäusern (KNA, 27. 5. 59). Aber außerhalb der alten Stadtmauern befinden sich zu wenig Kirchen inmitten der modernen Bürohäuser und Wohnsiedlungen. 1911 wohnten noch 68,4% der Römer in der kirchenreichen Innenstadt; 1951 waren es nur noch 25,3%, und seither dürften es noch weniger geworden sein.

So gilt es bei dieser ersten römischen Diözesansynode, die altherwürdigen religiösen Überlieferungen Roms mit den Erfordernissen der modernen Großstadt in Einklang zu bringen. Doch haben alle bisherigen Äußerungen des Heiligen Vaters und der von ihm eingesetzten Mitarbeiter deutlich gemacht, daß der pastorale Gesichtspunkt in den Dekreten der Synode absolut vorherrschend sein wird. Die feierlichen Sitzungen der Synode, die teils öffentlich, teils für den Klerus reserviert sein werden, werden aller Wahrscheinlichkeit nach in der Basilika San Giovanni in Laterano abgehalten werden.

**Der „Stil“ Papst Johannes' XXIII.** Gleich nach der Wahl Papst Johannes' XXIII. und seinen ersten

Amtshandlungen sprach die ganze Presse von einem „neuen Stil“, einer „neuen Luft“, die in den Vatikan eingezogen seien. Die Journalisten stürzten sich vielleicht mit allzuviel Vergnügen an der Anekdote auf die vielen kleinen oder größeren Ereignisse, die zu berichten waren. Aber Tatsache ist, daß jeder neue Papst mit seiner neuen Persönlichkeit einen „neuen Stil“ in den Vatikan mitbringt, und es hat sich inzwischen, nach mehr als einem halben Jahr des neuen Pontifikats, auch gezeigt, daß die Neuerungen, die Papst Johannes eingeführt hat, nicht nur die Begleiterscheinungen einer stark ausgeprägten Persönlichkeit sind, sondern zum großen Teil auch mit der Auffassung, die er von seinem Amt und mit seinen Zielen hat, aufs engste zusammenhängen. Unsere Berichterstattung hat bereits gezeigt, eine wie große Rolle bei seinen Handlungen die Auffassung von seinem Amt als Bischof von Rom spielt — wobei es sich von selbst versteht, daß eben sein Charakter, sein Temperament, sein Werdegang ihn besonders dazu disponieren, diese Seite des Papsttums so lebendig zu empfinden. Bei weitem die meisten seiner Ausflüge aus dem Vatikan in die Stadt Rom hat er als Bischof von Rom gemacht, und als Bischof von Rom ruft er auch die römische Diözesansynode zusammen.

#### *Teilnahme an der Fronleichnamsprozession*

Zu den alten Überlieferungen, die Johannes XXIII. als Bischof von Rom wieder aufgenommen hat, gehört auch seine Teilnahme an der römischen Fronleichnamsprozession. Diese findet nach alter Tradition in Rom in den Abendstunden statt. Papst Nikolaus V. hat im Jahre 1447 zum ersten Mal zu Fuß die lange Prozession durch die Stadt angeführt. Benedikt XIII. tat es im Jahre 1724 zum letzten Mal. Pius XI. nahm an der ersten Fronleich-

namsprozession teil, die nach dem Friedensschluß mit dem italienischen Staat durch die Lateranverträge 1929 den Vatikan verließ, aber doch nur die Runde um den Petersplatz machte.

Johannes XXIII. traf sich mit der großen römischen Diözesanprozession, die von der Kirche Ara Celi am Kapitol über die Kaiserforen zum Kolosseum, also durch das Herz der Stadt zieht, am Konstantinsbogen, wo er mit ungeheurer Begeisterung empfangen wurde. Um den Papstaltar versammelt waren die Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, die Orden, der römische Klerus. Der Papst selber stimmte das „Tantum ergo“ an und erteilte den Segen mit der Monstranz. In einer kurzen Ansprache erläuterte er den Sinn des Ritus und gab einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Festes. Dann verglich er die eucharistische Prozession mit einem Kompendium der Geschichte der Kirche, die wir uns ja stets gern als eine Pilgerschaft durch die Jahrhunderte hin vorstellten. „Eine Pilgerfahrt ist nicht immer ein Triumph, als ob die Kirche, weil sie so viele Feinde in der Vergangenheit besiegt hat, sich auch als Sieger über die gegenwärtigen Feinde fühle. Sie hat die Sicherheit, schließlich auch über die gegenwärtigen Feinde zu triumphieren, aber sie vertraut alles der nie mangelnden Hilfe ihres Gründers an, setzt ihren friedlichen Kampf fort und heiligt ihre Leiden.“

#### *Einschränkung der Audienzen*

Ein anderer Punkt, der mit der Betonung des römischen Bischofsamtes eng verbunden ist, ist die Bedeutung, die das Bischofsamt überhaupt für Johannes XXIII. hat. (Bezeichnend dafür ist z. B. die Wendung, die der Papst in seinem Brief an den Bischof von Trier [vgl. ds. Heft, S. 459] gebraucht: er spricht hier von der „trierischen Kirche“ und den anderen Kirchen in Deutschland.) Wir haben berichtet, daß auch der italienische Episkopat von ihm zu einer Selbstverantwortung herangezogen worden ist, die er bisher nicht gehabt hat. Ebenso haben wir darauf hingewiesen, daß das neue Kommunismuskonkordat in seiner konkreten Anwendung der Auslegung der jeweiligen Bischöfe anvertraut worden ist. Man kann darum auch mit Grund vermuten, daß das Ökumenische Konzil die vom Vatikan Konzil offengelassene Lehre vom Bischofsamt als einen seiner Hauptpunkte behandeln wird. In diesen Bereich gehört wohl auch eine neue Bekanntmachung, die der „Osservatore Romano“ am 16. Mai veröffentlicht hat: in Zukunft sollen private und Gruppenaudienzen eingeschränkt werden. Der Text dieser vom maestro die camera herausgegebenen Bekanntmachung lautet:

„Seit einiger Zeit treffen so zahlreiche Bitten um private, spezielle Gruppen- und Pilgerzugsaudienzen bei diesem Amt ein, daß es unmöglich ist, sie in dem gewünschten Ausmaß zu erfüllen. Es ist daher notwendig, die Bittsteller zu ermahnen, sich klarzumachen, daß sie am besten an den Allgemeinen Audienzen teilnehmen, die stets für alle, die an ihnen teilnehmen, erbauend sind. Tatsächlich ist der Heilige Vater tief ergriffen und dankbar wegen der ununterbrochenen Bezeugungen frommer Anhänglichkeit, die sich darin äußern, daß so viele Bitten um eine Begegnung mit seiner Person aus aller Welt eintreffen. Aber man muß an die ungeheure Arbeitslast des apostolischen Amtes denken, die Seine Heiligkeit zu erledigen hat, über die Audienzen hinaus, die fünf und manchmal noch mehr Stunden seines Tages ausfüllen. Daher wird bekanntgegeben, daß private, spezielle und

Gruppenaudienzen nur noch in absolut außerordentlichen Fällen gewährt werden, da die Audienzen des Kardinalskollegiums, die Tabella-Audienzen der römischen Kurie, in denen es sich um die höchsten Anliegen der Kirche handelt, sowie die Audienzen der Bischöfe, die nach Rom kommen, um ihren Besuch ‚ad limina apostolorum‘ abzustatten, den Vorrang haben.“

#### *Kein Applaus für den Papst*

Eine andere Neuerung entspringt im Grunde ebenfalls der bewußten Hervorhebung der Tatsache, daß der Papst nicht nur der Oberste Hirte der katholischen Kirche, sondern auch Bischof unter Bischöfen, Priester unter Priestern, Gläubiger unter Gläubigen ist: In einer „Intimatio“, wie sie der „Osservatore Romano“ veröffentlicht, um vor gewissen Feierlichkeiten das vorgeschriebene Zeremoniell bekannt zu geben, wurde am 31. Mai angekündigt, daß der Heilige Vater am 5. Juni zum Herz-Jesu-Fest einer Heiligen Stunde in der Peterskirche beiwohnen werde. Außergewöhnlich war an der „Intimatio“, daß sie auf italienisch, nicht auf Latein abgefaßt war und, nach der Angabe der praktischen Details der Kleidung der teilnehmenden Prälaten, fortfuhr, die Gläubigen seien eingeladen, an der Feier teilzunehmen: „Beim Einzug des Heiligen Vaters in die Basilika darf nicht applaudiert werden, sondern alle sollen eine fromme Sammlung bewahren und sich dem liturgischen Gesang des Klerus anschließen.“ Rom war von alten Zeiten her gewöhnt, seinen Päpsten als seinen Fürsten zuzujubeln und zu applaudieren — was dem Nordländer immer schon recht sonderbar erschienen war. Je mehr aber die rein geistige Macht des Papsttums sich offenbart, desto unangemessener ist die weltliche Reaktion geworden.

Eine weitere Neuerung bestand an dem gleichen Fest des Herzens Jesu darin, daß die Gläubigen (durch eine weitere Bekanntmachung im „Osservatore Romano“, 5. 6. 59) aufgefordert worden sind, sogar in St. Peter, auch bei den rein Gregorianischen Gesängen, mit denen die Heilige Stunde gefeiert wurde, und bei der unvergleichlichen Schönheit der dortigen Schola, im Wechselgesang mit zu antworten.

Tatsächlich ist die Heilige Stunde am Herz-Jesu-Fest sehr feierlich verlaufen, „in einer Atmosphäre von Sammlung und Frömmigkeit, wie man sie in der Vatikanbasilika selten erlebt“ (sagt der Berichterstatter von „La Croix“, Msgr. Glorieux, 7./8. 6. 59). Ebenfalls gänzlich ungewohnt war es, daß der Papst zu Fuß (nicht auf der Sedia Gestatoria) das ganze riesige Kirchenschiff hinaufzog und ebenso zu Fuß nach dem Schlußsegens wieder wegging (als dabei einige Gruppen aus alter Gewohnheit zu applaudieren versuchten, wurden sie sofort zum Schweigen gebracht).

#### *Die Ansprache Papst Johannes' in der Heiligen Stunde am Herz-Jesu-Fest*

Zu Beginn der Heiligen Stunde hielt der Heilige Vater eine kurze Ansprache zur Einführung. Dabei erinnerte er zuerst an „die allgemeinen Fürbitten . . . für die Heiligung des Priestertums in allen Gegenden der Welt. Denn“, so sagte er, „die wahre, die eigentliche Kraft der Kirche Christi, ihre Würde angesichts der Völker wird durch ein heiliges und heiligendes Priestertum geschaffen und gesichert.“ Er wies dann auf das hin, was ihm gegenwärtig als Oberstem Hirten der universalen Kirche am meisten

am Herzen liegt, und bat, darum zu beten, nämlich „vor allem, daß die Gaben des Heiligen Geistes die Vorarbeiten für das Ökumenische Konzil unterstützen“. Dazu führte er Stellen aus dem ersten Vorbereitungsgebet auf die heilige Kommunion im Meßordinarium an: „Herr, sieh nicht auf unsere Sünden, sondern auf den Glauben deiner Kirche, und gib ihr huldvoll Frieden und sammle sie zur Einheit, wie es deinem Willen entspricht“, „damit die innere Struktur neue Kraft gewinnt und alle Schafe die Stimme des Hirten hören und ihm folgen und es nur noch einen einzigen Schafstall gibt, wie es der glühende Wunsch des Herzens Jesu war.“

Der Papst empfahl auch die römische Synode dem Gebet aller Gläubigen und forderte die Umstehenden dann auf, auch für die Schwierigkeiten im internationalen Leben und für die Staatsmänner zu beten. „Der Herr möge diese letzteren erleuchten, damit alle verantwortlichen Männer verstehen, daß das Geheimnis eines glücklichen Ausgangs ihrer Bemühungen im guten Willen liegt, in der Entschlossenheit, zu einer freundschaftlichen Verständigung zu gelangen, in der Aufrichtigkeit, diese dann auch zu halten...“ Er pries den Sieg der Gerechtigkeit und die Herrschaft eines Geistes aufrichtiger Zusammenarbeit. Schließlich gedachte der Papst aller deren, die leiden: der Kranken, der Gefangenen, der Arbeitslosen, der Flüchtlinge, „all derer, die in ihrer Heimat Opfer schmerzlicher Beschränkungen oder des Zwanges sind, gegen ihr Gewissen und gegen die Lehre der Kirche zu handeln...“

#### *Der Papst und die liturgische Erneuerung*

Johannes XXIII. hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, sich prinzipiell zu den Problemen der Liturgischen Bewegung und der liturgischen Erneuerung zu äußern. Seine Einstellung ist dagegen deutlich aus seinem praktischen Verhalten zu erkennen. In der Capella Paolina im Vatikan wird jeden Morgen unter Teilnahme zahlreicher im Vatikan beschäftigter Laien und Kleriker eine Dialogmesse (Gemeinschaftsmesse auf Latein) zelebriert. Die Gläubigen werden durch den „Osservatore Romano“, das vatikanische Blatt, offiziell aufgefordert, an hohen Kirchenfesten in der Vatikanbasilika St. Peter selber in den Gregorianischen Gesang mit einzustimmen. Eine Dialogmesse hat der Papst schon Anfang Dezember mit den aus seiner Heimat Bergamo nach Rom gekommenen Pilgern gefeiert. Er selber zelebrierte Weihnachten in St. Peter eine Dialogmesse, und das war ausdrücklich sein persönlicher Wunsch —: die Kardinäle und Prälaten und das diplomatische Corps gaben ebenso wie die vielen tausend Gläubigen im Kirchenschiff die Antworten. Besonders muß auch hervorgehoben werden, daß die gesamten Gläubigen mit dem Heiligen Vater laut das Vaterunser beteten. Das gleiche geschah wenige Tage später in einer Messe, in der der Papst acht neue Bischöfe weihte.

Wie Pius XII. betet Johannes XXIII. gern mit der auf dem Petersplatz versammelten Menschenmenge den „Engel des Herrn“. Auch hierbei, und ebenfalls wenn er den päpstlichen Segen erteilt, fordert er die Gläubigen immer wieder auf, laut die Responsorien mitzusingen. Daß dies in lateinischer Sprache geschieht und das Problem der „Messe in der Volkssprache“, des Gebets in der Volkssprache nicht auftaucht, liegt an den besonderen italienischen Verhältnissen, da die lateinische Sprache dem Italiener keineswegs absolut fremd ist: er versteht die

Wortstämme und einen Teil des Satzbaus und kann das lateinische Gebet ohne Mühe mitvollziehen.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen oder die Frage grundsätzlich zu behandeln, hat Papst Johannes doch schon viele Male auf die Wichtigkeit des Mitvollzugs der Liturgie hingewiesen und vor allem den Klerus dringend gemahnt, die Gläubigen in die Liturgie als das Beten der Kirche einzuführen und sie zum Mitbeten zu veranlassen. Als er noch Patriarch von Venedig war, hat der jetzige Papst in einem großen Osterhirtenschreiben 1957 auf verschiedene Punkte des liturgischen Gebets hingewiesen, die ihm besonders am Herzen lagen und liegen. („Ephemerides Liturgicae“ haben diese Punkte in einem Artikel von Msgr. Dante Balboni, Vol. LXXII, 1958, fsc. VI zusammengestellt.) Auch hier handelt es sich nicht darum, theologische Aspekte zu definieren oder pastorale Prinzipien aufzustellen, sondern konkrete Vorschläge zu machen, um das gläubige Volk zum Mitvollzug des offiziellen Gebets der Kirche heranzuziehen. Dabei muß man beachten, daß auf liturgischem Gebiet in Italien bis heute noch fast nichts geschehen ist, was sich mit den großen Erneuerungen der Liturgischen Bewegung bei uns oder auch den zahllosen Versuchen in Frankreich vergleichen ließe. Die Stellen aus dem Hirtenbrief des Patriarchen Roncalli beweisen aber, was ihm am Herzen liegt: die Teilnahme des Volkes am Gebet der Kirche, „teilweise von der ehrwürdigen Tradition ferner Jahrhunderte inspiriert, teilweise den Umständen und Bedürfnissen des modernen Lebens angepaßt“ (letzteres bezieht sich vor allem auf die Erleichterungen des eucharistischen Fastens). Ganz besonders empfahl der Patriarch von Venedig den einstimmigen psalmodierenden Volksgesang, wie er in Venedig schon in den Sonntagsvespern gemäß einer alten Tradition gepflegt wird. Aber besonders wichtig erschien ihm auch die Teilnahme der Gläubigen am eigentlichen liturgischen Gesang und die Verbreitung des guten Gregorianischen Gesanges in den Kirchen, und dann vor allem der Dialog zwischen Priester und Gläubigen — so wie er ihn jetzt auch für die Messen wünscht, die er selber zelebriert.

#### *Johannes XXIII. und Pius X.*

Eine andere charakteristische, wenn auch mehr dem persönlichen Temperament als der Auffassung von seinem Amt entspringende Handlung des Papstes sei hier noch kurz erwähnt. Johannes XXIII. hat veranlaßt, daß die sterbliche Hülle des heiligen Papstes Pius' X. für kurze Zeit nach Venedig übergeführt wurde, wo Pius X., ebenso wie Johannes XXIII. selber, vor seinem Pontifikat Patriarch war. Pius X. hat Venedig ebenso geliebt wie Johannes XXIII. und es ebenso schweren Herzens vor dem Konklave, das ihn zum Papst erhob und seine Rückkehr nach Venedig unmöglich machte, verlassen. Pius X. hatte vor seiner Abreise den Venezianern gesagt, er werde bestimmt zu ihnen zurückkehren, lebendig oder tot. In seiner Ansprache an das Kardinalskollegium, den Episkopat und zahllose Gläubige anläßlich der Rückkehr der sterblichen Überreste Papst Pius' X. nach Rom am 11. Mai sagte Papst Johannes, er habe den Venezianern die große Gunst und große Ehre gewährt, die heilige Hülle Papst Pius' X., der ihr Patriarch war, ehe er der glorreiche Oberste Hirte der universalen Kirche wurde, in die Lagunenstadt zu überführen, „gleichsam um ihm zu helfen, sein altes Versprechen zu erfüllen“.

### Der Papst und der Priesternachwuchs für Italien

Da bekanntlich viele von den rund 280 Bistümern Italiens so klein wie eine Pfarre sind, wird deren Priesternachwuchs in sechzehn Regionalseminarien herangebildet. In diesen sechzehn Päpstlichen Regionalseminarien gehen gegenwärtig 3500 Studierende aus 168 Diözesen den höheren kirchlichen Studien nach. Anfang Juni 1959 hat Papst Johannes die Rektoren dieser Seminare empfangen und mit ihnen die Probleme des Priesternachwuchses in Italien, die ihm in seiner Stellung als Primas von Italien besonders am Herzen liegen, besprochen. Der Sekretär der Kongregation der Seminare und Universitäten, Msgr. Staffa, hat ihn darüber informiert, welche Sorgen die Rektoren der Regionalseminarien zu ihrer Tagung nach Rom geführt hatten.

In der Ansprache Msgr. Staffas hieß es: „Die Zusammenkunft der Oberen der Regionalseminare bei der Heiligen Kongregation hat die Untersuchung der Probleme zum Ziel gehabt, die heute bei der Ausbildung des jungen Klerus am lebhaftesten empfunden werden: von den Schwierigkeiten der Rekrutierung und der Bewahrung der Priesterberufe an — zumal in den verschiedenen landwirtschaftlichen und städtischen Zentren und in den wohlhabenden Schichten — bis zu den bei der Ausbildung der künftigen Priester nicht immer annehmbaren Richtlinien moderner pädagogischer Strömungen; von der Koordinierung der Arbeit der geistlichen Führer, der Rektoren und der Professoren bis zur Methode, die beim Unterricht in der Heiligen Schrift angewandt werden soll; von der Lehre und Aszese des Priestertums bis zur religiös-kulturellen Ausstrahlung der Regionalseminare auf die gebildeten Schichten der Städte, in denen sie ihren Sitz haben.“

Der Heilige Vater ging in seiner Erwidierungsansprache auf diese Sorgen der Seminarrektoren ein, zumal auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen als geistiger Leiter des Diözesanseminars von Bergamo in einem Zeitraum von zwei Jahren. Der „Osservatore Romano“ (3. 6. 59) berichtet, der Heilige Vater habe gesagt, er sei „heute mehr denn je davon überzeugt, daß man noch ein übriges tun und sich noch intensiver bemühen müsse, diejenigen, die sich auf das Priestertum vorbereiten, zu stützen und sicher zu führen. Diesbezüglich sei eine Wahrheit sofort zu unterstreichen und zu wiederholen: einige glauben, daß die Traditionen von einst als überholt zu gelten haben und daß man neue Ideen und neue Systeme anwenden müsse. Niemand wird leugnen, daß es gesunde Weiterentwicklungen der Mittel gibt, das große Ziel zu erreichen; aber ebenso wird auch niemand vergessen können, welche außerordentlichen Pflege die jugendliche Seele bedarf, da sie Einflüssen unterliegen kann, die nicht immer wohlwollend sind, zumal wenn man an das berüchtigte Prinzip denkt, daß man die Herrschaft über die natürlichen Kräfte von selbst gewinnt. Dabei nimmt man das schwere Risiko auf sich, sich von der tatkräftigen und substanziellen geistlichen Führung von einst zu entfernen. Man kann die traurigen Folgen leicht erraten, die sich aus solchen Prämissen ergeben.“

„Zu den Mitteln“, so fuhr der Papst dann fort, „die ohne Zweifel einen neuen Zuwachs an Festigung und sicherer Wirksamkeit bringen, gehören: die *Synode von Rom*, deren Ablauf, wie man schon voraussehen kann, glückliche Ergebnisse zeitigen wird und die damit ein gutes Beispiel werden kann, das die anderen italienischen

Diözesen nachahmen sollen; dann das *Ökumenische Konzil*, das gewiß einen bemerkenswerten und kraftvollen Beitrag zum gesteigerten Einsatz der Kräfte aller zu Ehren der Kirche und eben dadurch zur Erbauung und zur erhöhten Wohlfahrt der Seelen bringen wird...“

### Aus Süd- und Westeuropa

#### Die Wahlen im Val d'Aosta

Das Val d'Aosta ist eine der vier autonomen Regionen Italiens (Sizilien, Sardinien, Val d'Aosta und Trentino-Tiroler Etschland), von denen Sizilien die wichtigste und die selbständigste ist. Im Val d'Aosta und auf Sizilien haben inzwischen die Regionalwahlen stattgefunden, die Parlament und Regierung der Regionen für die nächsten vier Jahre bestimmen. Der erste Wahltermin war der des Val d'Aosta: dort ist am 17. Mai gewählt worden. Über die sizilianischen Wahlen am 7. Juni berichten wir später (von ihrer Vorgeschichte war schon in unserem vorigen Heft S. 416 bis 418 die Rede). Am 31. Mai und am 7. Juni haben außerdem in verschiedenen italienischen Provinzen Kommunalwahlen stattgefunden, die in Italien ebenfalls immer, wie uns die letzten Jahre gelehrt haben, eine politische Bedeutung annehmen. (Die Kommunalwahlen in wichtigen Zentren wie Neapel, Florenz, Venedig u. a. finden dagegen erst im Oktober statt.) Jedenfalls haben die letzten Wochen einmal wieder mannigfache Gelegenheit geboten, das politische Spiel in Italien, die Verworrenheit der Kräfte zur Anschauung zu bringen. Dabei war der Auftakt in Aosta gewiß nicht das bedeutungsloseste Ereignis.

Die Region des Aostals mit ihren rund 100 000 Einwohnern hat etwa 65 000 Stimmberechtigte; sie liegt in den Alpen im Nordwesten Italiens und ist größtenteils französischsprachig. Seit dem 13. Jahrhundert sitzen hier auch Waldenser, deren Kirche sich 1523 der Reformation angeschlossen hat. Heute leben in den nach Frankreich hinüberführenden Alpentälern noch insgesamt etwa 12 000 Waldenser. Die katholische Bevölkerung der autonomen Region untersteht einem Bischof, der seinen Sitz in der Stadt Aosta hat. Das Aostatal mit seinen scharf ausgeprägten Problemen ist also nur ein kleines Gebiet — wie etwa auch das Tiroler Etschland klein ist. Aber der Ausgang der Wahlen dieses kleinen Gebiets am 17. Mai hat trotzdem eine bedeutsame Tragweite.

Trotz des Status einer autonomen Region mit — wie „Corriere della Sera“ sagt (28. 5. 59) — gesetzgeberischer Funktion in 21 Bereichen, die allerdings zum größten Teil lokale Interessen angehen, sowie mit der Vollmacht, Ergänzungsgesetze zur Interpretation von Staatsgesetzen und administrative Bestimmungen zu erlassen, drängt das Aostatal, schon seitdem die neue Verfassung des Nachkriegsitalien ihm sein Statut gegeben hat, auf noch mehr Unabhängigkeit. Die wichtigste politische Bewegung, die „Union Valdôtaine“, ist in der Zeit nach dem Sturz des Faschismus zwischen 1943 und 1945 entstanden und hat zunächst stark separatistische Neigungen entwickelt: sie erstrebte — vor allem als Reaktion auf die zentralistische Politik des Faschismus — geradezu die Loslösung von Italien und einen Anschluß entweder an Frankreich oder an die Schweiz. Beide Länder waren diesen Bestrebungen aber nicht geneigt. Seither ist die „Union Valdôtaine“ die Trägerin aller weiteren Autonomiebestrebungen der Region. Sie präsentierte sich bei den ersten Regionalwahlen

1949 auf einer Einheitsliste mit der Democrazia Cristiana; diese Liste siegte. Die gemeinsame Regierung erwies sich aber bald als höchst unerfreulich wegen der verschiedenen Auffassung der beiden Partner über die Bedeutung der Regionalautonomie und ihr Verhältnis zur Zentralregierung, so daß die „Democristiani“ ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode auf ihre „Assessorate“ (wie die Regionalministerien sich nennen) verzichteten. Bei den zweiten Regionalwahlen 1954 trat die „Union Valdôtaine“ allein auf und erlitt eine schwere Niederlage: sie erhielt nur einen Ratssitz neben 25 christlichen Demokraten und Unabhängigen und 9 Kommunisten. Bei den gesamtitalienischen Wahlen von 1958 stellten die Kommunisten in Val d'Aosta keinen Kandidaten auf, sondern stützten die „Union Valdôtaine“. Bei den Regionalwahlen vom 17. Mai dieses Jahres nun ist die „Union Valdôtaine“ eine Listenverbindung mit den Kommunisten eingegangen. Diese Liste präsentierte 25 Namen, von denen zwar (nach „Il Quotidiano“, 10. 5. 59) anscheinend 13 den Unionisten und 11 den KP- und Nenni-Leuten gehörten; aber man wußte, daß verschiedene dieser Unionisten ausgesprochen kommunistische Tendenzen hatten; die Lokalzeitungen rechneten bereits vor den Wahlen damit, daß bei einem Wahlsieg dieser Liste — die sich die Liste des „Leone rampante“ oder „Lion rampant“, des „Löwen mit der erhobenen Pranke“ nannte — fünf von den acht Regierungssesseln den Nennisozialisten übergeben werden würden. Ihnen gegenüber stand als zweite Listenverbindung die „Demokratische Konzentration“ (Christliche Demokraten, Unabhängige, Liberale und Sozialdemokraten).

Die meisten Mitglieder der „Union Valdôtaine“ sind aktive Katholiken. Die Listenverbindung im Val d'Aosta ergab also ebenso den Tatbestand, den das neue Antikommunisten-Dekret des Heiligen Offiziums treffen wollte, wie die „Christlich-Soziale Union“ Milazzos in Sizilien (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 414 und 416). Der Bischof von Aosta, Msgr. Maturin Blanchet, hat denn auch sofort nach der Veröffentlichung des Dekrets eine Bekanntmachung an seine Gläubigen gerichtet (die am 16. April in seinem Kirchenblatt, dem „Corriere della Valle“, publiziert worden ist), in der er es als seine ernste Hirtenpflicht erklärt, seinen Diözesanen das Dekret des Heiligen Offiziums zur Kenntnis zu bringen, denn „die Termini der Erklärung der höchsten Autorität der Kirche entsprechen durchaus der schmerzlichen Situation, die leider in unserer Diözese entstanden ist. Wir rufen daher allen frommen Kindern der Kirche die ernste und eindeutige Pflicht ins Gedächtnis, die daraus entspringt, insbesondere: 1) Es ist nicht erlaubt, mit den Nennisozialisten zusammenzuarbeiten, indem man sich mit ihnen in derselben Liste zusammenschließt. 2) Es ist nicht erlaubt, einer Liste seine Stimme zu geben, auf der Sozialkommunisten und andere zusammen erscheinen, auch wenn letztere sich katholisch nennen. 3) Gläubige, die wissentlich und freiwillig diesen Normen entgegenhandeln, können zu den Sakramenten nicht zugelassen werden.“ Msgr. Blanchet hat außerdem an jeden Kandidaten der „Union Valdôtaine“ persönlich einen Brief geschrieben, um jeden einzelnen an seine Pflicht als Christ zu mahnen. Als Folge davon haben drei der wichtigsten Exponenten der „Union“ ihre Namen von den Listen des „Löwen“ gestrichen und auf ihre Kandidatur verzichtet.

### Ausgang der Wahlen

An den Regionalwahlen des Aostatals haben sich 91% der Stimmberechtigten beteiligt. Die Wahlen haben endgültig 30210 Stimmen (d. h. 51,4% und 25 Sitze) für den „Löwen“ und 28543 Stimmen (d. h. 48,6% und 10 Sitze) für die Demokratische Konzentration ergeben. Das Wahlrecht, das eine Mehrheitsprämie vorsieht, war erst kürzlich, gegen die Stimmen der „Union“, von den Christlichen Demokraten durchgesetzt worden und hat sich jetzt zu ihrem schweren Schaden ausgewirkt. Im einzelnen setzt sich das neue Regionalparlament des Val d'Aosta aus einer Mehrheit von 15 Vertretern der Autonomistenpartei, 7 Linksextremisten und 3 dissidenten Sozialdemokraten, insgesamt 25, und einer Minderheit von 4 Christlichen Demokraten, 4 Unabhängigen, einem Liberalen und einem Sozialdemokraten, insgesamt 10, zusammen. Von den „Assessoraten“ sollen die Autonomisten der „Union Valdôtaine“ die Finanzen, Erziehung und Landwirtschaft übernehmen, die Kommunisten Tourismus und Öffentliche Arbeit, die Linksozialisten Gesundheitswesen und Industrie und Handel. Regierungschef wird voraussichtlich der als gemäßigt geltende Rechtsanwalt Oreste Maroz. Eines ist jedenfalls deutlich: sehr viele Katholiken haben die Mahnungen des Bischofs von Aosta nicht ernstgenommen. Und zweifellos haben die antiklerikalen Parteien auch alles getan, um sie als unrechtmäßige Einmischung der Kirche in politische Dinge zu diskreditieren. Das Resultat dieser Wahlen war wohl für alle Beteiligten und Beobachter eine Überraschung. Denn die Regierung der Democrazia Cristiana der letzten vier Jahre hatte das kleine Gebiet zu einem bisher noch nie dagewesenen Wohlstand gebracht. Das Aostatal kennt keine Arbeitslosigkeit (unter der das übrige Italien so schwer leidet) und erfreut sich — wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (23. 5. 59) schreibt — „eines der höchsten Lohnniveaus Europas und einer Reihe beneidenswerter wirtschaftlicher Privilegien (niedrige Benzin-, Zucker- und Kaffeepreise, staatlicher Preisschutz für die Käseerzeugung, Zulassung eines Spielkasinos usw.)“. In einem weiteren Kommentar zu den Wahlen des Aostatals schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ (24. 5. 59), daß die Sprecher der „Union Valdôtaine“ sich zwar um Abstand von den Parteigängern Moskaus bemühten und ihre weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten betonten, daß das aber Togliatti, den Parteiführer der italienischen Kommunisten, nicht im geringsten anfechte. „Für ihn steht die ‚Brechung des Machtmonopols der Democrazia Cristiana‘ an erster Stelle. Sobald einmal ... die Kommunisten ihre Isolierung überwunden haben und neue Konstellationen entstanden sind, verlieren die Splittergruppen jegliches Gewicht; sie dienen nur zur Sprengung der demokratischen Solidarität, die bisher der Volksfront im Wege gestanden hat.“ Das ist besonders im Hinblick auf die sizilianischen Verhältnisse gesagt und trifft ja zweifellos genau die Taktik der Kommunisten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ fährt fort: „Daß die Führer der Autonomiebewegungen sich zur Rolle des Mitläufers hergeben, zeugt ebenso von ihrer Kurzsichtigkeit wie von ihrem Leichtsinne.“ Aus eben diesem Grund ist der Ausgang der Wahlen in der kleinen Region des Aostatals (die immerhin ein vielbesuchtes Touristenland ist und die gerade jetzt auch internationales Interesse hat, weil in ihr die ersten großen Autotunneldurchbrüche der

Alpen enden sollen) von symptomatischer und exemplarischer Bedeutung.

#### *Der Bischof verbietet die Fronleichnamsprozession*

Kurz nach dem Ausgang der Wahlen hat der Bischof von Aosta durch eine Bekanntmachung im „Corriere della Valle“ die traditionelle Fronleichnamsprozession für das gesamte Gebiet verboten. Die Bekanntmachung gibt keinerlei Grund an; sie lautet einfach: „Auf Veranlassung Seiner Exzellenz des Herrn Bischofs wird in diesem Jahr in allen Pfarreien die Fronleichnamsprozession untersagt.“ Die merkwürdigsten Kommentare sind an dieses Verbot geknüpft worden. Man hat sich gefragt, ob es eine Trauerkundgabe, ein Protest, oder eine erweiterte und allgemeine Anwendung der „Nichtzulassung zu den Sakramenten“ für die Christen, die die „Union Valdôtaine“ gewählt hatten, darstellen sollte. Viel wahrscheinlicher hat das Verbot den Grund, den auch verschiedene Pfarrer dafür in ihren Gemeinden angegeben haben, daß man befürchten mußte, es werde zu Ausschreitungen kommen, wenn Autonomisten, von denen bekannt ist, daß sie die Liste des „Löwen mit der erhobenen Pranke“ gewählt haben, an der Prozession teilnehmen würden, und daß der Bischof die Benutzung der Feier für politische Zwecke unterbinden wollte.

#### **Hilfen für den spanischen Landklerus**

Der Reichtum des spanischen Klerus gehört zu den einst gängigen Legenden. Vor dem Bürgerkrieg war es die durch ständige Wiederholung nahezu glaubhaft gewordene Behauptung, der Kirche gehöre ein Drittel des spanischen Grund und Bodens; zudem besitze sie noch Millionenwerte an Aktien und Bankguthaben. Tatsächlich ist die spanische Kirche seit den „liberalen“ Gewaltregimes des frühen 19. Jahrhunderts arm, so arm, daß die Seelsorge lange Zeit darunter litt. Das Fehlen von Eigentum und die völlig unzureichende staatliche Unterstützung trugen zweifellos wesentlich dazu bei, daß die spanische Kirche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts so wenig Unternehmungsgeist aufbrachte und gegenüber modernen Seelsorgsmethoden so hilflos war. Die spanischen Priester waren im Durchschnitt ungebildet und nachlässig. Viele mußten sich durch Privatstunden ihren Lebensunterhalt verdienen.

Heute wird der Klerus in Spanien wieder vom Staat besoldet, aber dieses Gehalt ist in den unteren Stellungen und auf dem Land noch außerordentlich niedrig und reicht gerade für das Existenzminimum. Andererseits hat die spanische Kirche aus dem Fanal des Bürgerkriegs und seiner antiklerikalen Exzesse wesentliche Lehren gezogen und legt auf die Ausbildung des Klerus heute ein großes Gewicht. Was an theologischer und katechetischer Literatur vorgelegt wird, kann sich mit jedem anderen Land messen.

Um dieses und alles andere benötigte Schrifttum auch dem armen Landklerus zugute kommen zu lassen, gründeten nach der Heiligsprechung des spanischen Volksmissionars Antonio María Claret im Jahre 1950 der damalige späberufene Priester und heutige Bischof Angel Herrera Oria und ein Laie, ein Verwandter Clarets, die „Institución Arzobispo Claret“ als überdiözesane Organisation mit dem Sitz in Madrid. Der volkstümliche und schreibgewandte Bischof Herrera Oria (er war lange Zeit Zei-

tungsdirektor und Leiter der katholischen Journalistenschule) schrieb für sie eine zehnbändige Katechesensammlung speziell für die Landseelsorge, die je Band für 9 DM (für Landseelsorger mit 25 % Vergünstigung) verkauft wird. Auch andere Bücher und Zeitschriften werden preisgünstig vermittelt, dazu Geschenkexemplare und Geschenkabonnements, gebrauchte Bücher und Zeitschriften, Meßgewänder und Devotionalien, Meßstipendien, Caritasspenden. Artikel 1 der Statuten lautet: „Die Institución Arzobispo Claret ist als Vereinigung zur Hilfe für den Klerus, vor allem für den Landklerus, geschaffen. Sie will in allen Bereichen zu seiner geistlichen, kulturellen und materiellen Hebung beitragen und damit dem Wohl der spanischen Dörfer und des Landes dienen.“ Allein an Büchern wurden in den acht Jahren des Bestehens der Vereinigung 104 000 Exemplare vermittelt. In bibliographischen Dingen wird ebenso Auskunft erteilt wie in landwirtschaftlichen Fachfragen oder in Fällen persönlicher Anliegen. Daß dabei der gesamte Geldumsatz in den acht Jahren nur 180 000 DM betrug, ist ökonomisch allein nicht mehr zu ergründen.

#### **Vor einem neuen Schritt der Ausgestaltung der Arbeitermission in Frankreich**

Für den 20. April 1959 war der erste Ad-limina-Besuch des Erzbischofs von Paris, Kardinal Feltin, bei Johannes XXIII. vorgesehen, der dann allerdings wegen einer schweren Grippe des Kardinals verschoben werden mußte. Die französische Presse brachte aber schon damals Mitteilungen darüber, daß der Kardinal einen besonderen, ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Lage der Mission in der Arbeiterwelt, und zwar auf Anforderung des Heiligen Vaters selber, nach Rom mitnehmen werde und daß er auch das Problem des vollen Einsatzes von Priestern in den Fabriken mit Johannes XXIII. eingehend erörtern werde. Der Kardinal selbst hat dies schon anlässlich des Konklaves zur Wahl Papst Johannes' XXIII. in einem Interview der römischen Zeitschrift „Epoca“ angedeutet.

Kardinal Feltin ist, ebenso wie viele andere französische Bischöfe, immer der Überzeugung treu geblieben, daß das Experiment der Arbeiterpriester, das im November 1953 unter so dramatischen Umständen eingestellt werden mußte, nur in dieser besonderen Form ein Irrweg gewesen sei, daß aber eine neue Lösung gefunden werden müsse, die die Anwesenheit des Priesters im Arbeitermilieu voll ermögliche. Davon hat er u. a. im Dezember vorigen Jahres auf einer Studientagung in Bordeaux über „Die Rolle des Priesters in der modernen Gesellschaft“ gesprochen. Arbeiterpriester seien nötig, sagte er bei dieser Gelegenheit, sie hätten die Mission, die Welt der Arbeiter mit dem Geist des Evangeliums zu durchdringen. Zwar habe es Irrtümer im Bereich der Arbeitermission gegeben, so daß die Kirche gezwungen gewesen sei, „gewisse Initiativen zu mißbilligen“. Aber die Frage der Arbeiterpriester müsse auf neuer Grundlage wieder aufgegriffen werden; denn die Welt der Arbeiter biete, trotz aller im Schwange befindlichen Vorurteile, ein reiches Arbeitsfeld für die apostolischen Bemühungen junger Priester.

Inzwischen ist der Bericht am 11. Juni durch Kardinal Feltin dem Heiligen Vater in einer Sonderaudienz unterbreitet worden. Der Bericht wurde von Kardinal Feltin selber als dem für die im März 1957 (vgl. Herder-

Korrespondenz 11. Jhg., S. 481—485) von den Kardinälen und Erzbischöfen Frankreichs neu gegründete „Mission Ouvrière“ verantwortlichen Bischof in Zusammenarbeit mit den 14 Bischöfen, in deren Diözesen die „Arbeitermission“ bereits durchorganisiert ist, sowie den drei Kommissionen der Ordensoberen, der Diözesanbeauftragten und der Laienschaft abgefaßt. (Msgr. Guerry hat anlässlich des Nationaltreffens der ACO darauf hingewiesen, daß die Zusammenarbeit von Hierarchie und Laienschaft nirgends besser und fruchtbarer funktioniert als in der Mission der Arbeiterwelt.) Kardinal Feltin wurde bei seiner Romreise von Kanonikus Bonnet, dem Nationalsekretär der Arbeitermission, begleitet.

#### *Die Frage der Arbeiterpriester und der Arbeitermission auf dem Kongreß der ACO*

Die Katholische Aktion der Arbeiter (ACO) in Frankreich besteht nunmehr seit neun Jahren, sie hält alle zwei Jahre ihre Nationaltreffen ab. Das 5. Nationaltreffen fand in diesem Jahr vom 24. bis 26. April in Issy-les-Moulineaux statt, und alle großen Themen, die die christlichen Arbeiter beschäftigen, kamen in diesen Tagen zur Sprache. Erschienen waren 800 Delegierte aus 90 Départements als Vertreter der 25 000 bis 30 000 Mitglieder der ACO; mehrere Bischöfe nahmen an der Tagung teil, in erster Linie Erzbischof Guerry von Cambrai als Vorsitzender der Bischofskommission für die Arbeiterwelt, dann der Bischof von Versailles, Msgr. Renard, der Weihbischof Kardinal Gerliers, Msgr. Ancel, die Bischöfe von Besançon und von Valence und der Weihbischof von Versailles, Msgr. Ménager, als Sekretär der Katholischen Aktion.

Der Bericht des Nationalpräsidenten der ACO, Felix Lacambre, über Leben und Tätigkeit der ACO in den letzten beiden Jahren, ebenso wie die 35 Diskussionsreden, die gehalten worden sind, spiegeln die Probleme der christlichen Arbeiterwelt Frankreichs und all ihre Hauptanliegen wider: mit besonderem Applaus wurden die Bemerkungen zu den moralischen Problemen des Algerienkrieges aufgenommen; zahlreiche Delegierte hoben den Wunsch hervor, der Arbeiterwelt möge das Bild einer politisch völlig unabhängigen Kirche geboten werden. Die Kampagne für das freie (d. h. katholische) Unterrichtswesen lasse die Kirche bisweilen als bürgerlich gebunden erscheinen. Auch wünschte man kein kirchliches Patronat für die Feiern des 13. Mai. Felix Lacambre hob in seinem Bericht drei Punkte als besonders wichtig für das Gewissen des christlichen Arbeiters hervor: 1. die Schwierigkeit, in z. T. ganz marxistisch durchtränkten Milieus zu leben (im Département Seine sind 31 Gemeinden ganz kommunistisch); 2. die Laizität des öffentlichen (und unentgeltlichen) Unterrichts, die dem Problem des Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen besondere Dringlichkeit verleiht, und 3. die politische Versuchung, d. h. die Versuchung, die Kirche in den politischen Kampf mit hineinzuziehen, da dieser oft das Hauptinteresse der Arbeiterschaft sei, und dabei die Positionen der Kirche zu verzerrten.

Ein besonderer Bericht, den der ständige Mitarbeiter des Nationalsekretariats der ACO, Marius Chirat, gab, war dem Verhältnis der ACO zur „Mission Ouvrière“ gewidmet: der Zusammenarbeit des Laienapostolats einer spezialisierten Katholischen Aktion also mit den Priestern

der „Arbeitermission“, die seit zwei Jahren offiziell an der Arbeit sind, Erfahrungen sammeln und zweifellos unter der Weisung der Hierarchie noch neue Schritte vorhaben. Chirat gab einen kurzen Rückblick über die Etappen der christlichen Mission im Arbeitermilieu seit deren Beginn durch die JOC (Christliche Arbeiterjugend) im Jahre 1927, durch die zuerst auch Priester die religiöse Not und Verlassenheit der Arbeiterwelt und ihre völlige Kirchenferne kennen lernten. Die Etappen des priesterlichen Einsatzes in dieser Welt sind bekannt: die Mission de Paris, die Mission de France, die Arbeiterpriester. Schließlich seit März 1957 das Nationalsekretariat der Arbeitermission (Mission Ouvrière) unter der Kontrolle Kardinal Feltins, mit Msgr. Bonnet als Nationalsekretär. Dem Nationalsekretariat gehören außerdem zwei Priester, Kanonikus Frossard und Abbé Lehodey, und zwei Laien, Frl. Pierrette Ferrière und Marius Chirat; an. Gegenwärtig umfaßt die „Mission Ouvrière“ vier Kommissionen: die der Diözesanbeauftragten für die 14 Diözesen, in denen der Bischof die Arbeitermission eingerichtet hat; die der Oberen der Institute, die sich mit dem Apostolat in der Arbeiterwelt befassen: die Gemeinschaft vom Prado, die Mission de France, die Söhne der Caritas, die Jesuiten, die Arbeitermission St. Peter und Paul — die Gründung P. Loews in Toulouse —, die kleinen Brüder Jesu, die Mission de Paris; dann die Kommission des Arbeiterlaikats: JOC, JOCF, ACO, und eine Theologenkommission um Msgr. Garrone, Erzbischof von Toulouse.

Chirat legte dann seinen Zuhörern einen Überblick über die bisherigen Leistungen der „Mission Ouvrière“ vor. An erster Stelle nennt er eine theologische Studie über das Priestertum, die zunächst als „Note doctrinale“ von einem der Mitglieder der theologischen Kommission, P. Labourdette, verfaßt wurde, jetzt aber ihrer allgemeinen Bedeutung wegen unter dem Titel „Sacerdoce et mission ouvrière“ als Broschüre erscheint (Editions La Bonne Presse). Ferner hat die „Mission Ouvrière“ jährliche Treffen der in Arbeiterpfarren tätigen Pfarrer abgehalten, jährlich eine durch vier Regionaltreffen vorbereitete Tagung der rund 60 Priester (Pfarrer, Kapläne, Seelsorger der Katholischen Aktion) veranstaltet, deren Auftrag eine gewisse Zeit täglicher manueller Arbeit mit einschließt. Außerdem werden „Missionssektoren“ eingerichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 483 f.), wobei das Nationalsekretariat den Bischöfen, die sich entschlossen haben, in ihrer Diözese einen solchen Missionssektor einzurichten, vorbereitend und helfend zur Seite steht. Gegenwärtig bestehen 19 Missionssektoren in 14 Diözesen; sechs weitere werden vorbereitet (vor zwei Jahren bestanden acht solcher Missionssektoren). Schließlich hat das Sekretariat in Verbindung mit der (von Jesuiten geleiteten) „Action Populaire“ eine religionssoziologische Tagung abgehalten und kürzlich auch ein Pressebüro geschaffen.

Das Nationalsekretariat der „Mission Ouvrière“ hat endlich auch den Kontakt mit arbeitenden Priestern (prêtres au travail) aufrechterhalten. Es hat auf die Bitte Kardinal Feltins bei allen Kommissionen der „Mission Ouvrière“, bei den verschiedenen Bewegungen der Katholischen Aktion und bei den ehemaligen Arbeiterpriestern eine großangelegte Rundfrage durchgeführt, die die positiven Vorbedingungen für eine neue Gegenwart von Priestern im Arbeitsmilieu klären soll. Der Bericht, den

Kanonikus Bonnet zu dieser Frage dem Kardinal übergeben hat, ist das Werk all dieser Priester, Ordensangehörigen und Laien, die an der Sorge der Kirche um die Arbeiterwelt beteiligt sind.

Die ACO hat verschiedene Wünsche ausgesprochen, die es der „Mission Ouvrière“ erleichtern sollen, ihr Ziel zu erreichen: sie wünscht, daß die Priester soweit wie möglich das Arbeiterleben teilen, in das sie die Frohe Botschaft bringen wollen; sie wünscht, daß dem Verkündigungsauftrag der absolute Vorrang vor allen anderen Sorgen eingeräumt wird; sie wünscht, daß die Arbeitermission mit der ganzen übrigen Kirche zusammen die Bedeutung der Mission in der Arbeiterwelt begreift. Sie wünscht sich das Zeichen und das Geschenk des Priestertums mitten in der Arbeitswelt. Unter dem Beifall sämtlicher Teilnehmer der Tagung erinnerte Chirat an die Arbeiterpriester und die tiefe Resonanz, die ihre Gegenwart in den Fabriken, ihr Zeugnis unter den Arbeitern gefunden habe. „Wir erinnern uns auch der Gründe und der Schwierigkeiten, die die Kirche veranlaßt haben, dieses Apostolat zu unterbrechen; wir sagen heute, in kindlicher Gesinnung, daß im Rahmen und unter den Auspizien der ‚Mission Ouvrière‘ Priester mit voller Arbeitszeit in großen und kleinen Unternehmen einem dringenden Missionsbedürfnis entsprechen würden.“

„Die Entscheidung liegt bei der Hierarchie... Die ACO erwartet mit Vertrauen und Hoffnung, daß Seite an Seite mit ihren Mitgliedern in den Unternehmen, wo das Herz der Arbeiterklasse so stark schlägt, Priester als Zeugen der wahrhaften Wirklichkeit der Kirche stehen werden.“

(Da wir uns in diesem Bericht mit der Mission der Priester im Arbeitermilieu und deren neuer Entwicklung in Frankreich befassen, können wir auf die übrigen Themen und Probleme des Kongresses der Katholischen Aktion der Arbeiter hier leider nicht eingehen.)

Die Bedeutung des Problems der arbeitenden Priester ist seit dem Kongreß der ACO Ende April noch bei den verschiedensten Gelegenheiten in Frankreich zur Sprache gekommen. Auch die Jahresversammlung der JOC (Christlichen Arbeiterjugend) in Paris diskutierte in einer nichtöffentlichen Sitzung das Problem; an dieser Sitzung nahm der Weihbischof von Versailles, Msgr. Ménager, als Generalsekretär der Katholischen Aktion in Frankreich teil. Kanonikus Bonnet seinerseits sprach über die Frage bei einer Studientagung in Paris Mitte Mai. Ein besonderer Diskussionsabend des Zentralrats der Katholischen Aktion unter dem Vorsitz Kardinal Feltins am 29. Mai in Paris hatte die Rolle des Mannes bei der Verkündigung des Evangeliums in der modernen Industriegesellschaft zum Thema. Außerdem wird die Vollversammlung der französischen Bischöfe, die nach dem jetzt eingeführten dreijährigen Rhythmus 1960 wieder zusammentritt, ebenfalls als einziges Thema das der „Kirche und der Verkündigung bei den entchristlichten Schichten“ haben (während sie 1951, 1954 und 1957 verschiedene Themen auf Grund der Berichte der einzelnen Bischofskommissionen behandelte).

#### *Note der Mission Ouvrière über die Situation der Priester mit kurzer Arbeitszeit*

„Témoignage Chrétien“ brachte am 15. Mai die wesentlichen Punkte aus der Note, die die „Mission Ouvrière“ über die Lage der Priester zusammengestellt hat, die nur einen stundenweisen Arbeitseinsatz in den Fabriken mit-

machen. Die Note stellt eine Art vorläufiges Direktorium für die Priester dar. Alle diese Priester stehen in „Missionssektoren“ im Einsatz. Ihr Arbeitseinsatz erhebt auch nicht den Anspruch, die Gegenwart des Priesters in der Arbeitswelt zu repräsentieren. Das Dokument hat in seinen Hauptpunkten folgenden Wortlaut:

#### 1. Allgemeine Bedingungen.

a) Die „Mission Ouvrière“ als vom Bischof gewollte Koordination aller Apostolatsbemühungen von Priestern, Laien und Ordensangehörigen, die die Arbeiterwelt berühren, repräsentiert die „Einheit der Kirche“, innerhalb derer die Priester, die einige Stunden am Tag manuelle Arbeit verrichten, ihre Bedeutung erhalten.

b) Der „Missionssektor“ ist die in einem bestimmten Gebiet etablierte Arbeitermission und bildet den unmittelbaren Rahmen, innerhalb dessen Priester, die beschränkte Zeit arbeiten, angefordert und eingesetzt werden. Diese bilden nur eine besondere Form unter den verschiedenen Apostolatsformen des Sektors.

c) Zur Bedeutung der Basisorganisation: vor jeder persönlichen Auslese wählt das Koordinierungsteam (Basisorganisation) des Missionssektors auf seinem Gebiet die Priestergruppen aus (gewöhnlich auf Pfarrebene), die ihm geeignet erscheinen, die Sendung eines oder mehrerer ihrer Mitglieder in ein bestimmtes Arbeitsmilieu zu tragen.

Diese Gruppen zeichnen sich normalerweise durch einen ausgesprochenen Sinn für ihre Einheit als Team aus, ferner durch eine aktive Sorge um die Arbeiter-Laienschaft, durch eine bereits der Arbeiterwelt zugewandte pastorale Ausrichtung, die sich in Kult, Predigt, Lebensstil usw. zeigt, durch eine aktive Teilnahme am Leben des Sektors.

Das Vorhandensein des mit beschränkter Zeit arbeitenden Priesters muß es diesen Priestergruppen ermöglichen, ihre Verkündigungsaufgabe im Arbeitermilieu durch eine stärker angepaßte Pastoral besser zu erfüllen. Es ist nicht ihr Ziel, den Priester im Arbeiterstand zu repräsentieren.

#### 2. Die Lebensbedingungen des einzelnen Priesters.

a) Seine Bestimmung: sie ist nicht so sehr eine persönliche Berufung; sie drückt vielmehr den Willen und die Bereitschaft des Sektors und einer Priestergruppe aus, eine größere Nähe zum Leben der Arbeiter zu finden, indem sie unter ihren Mitgliedern den oder die Priester aussucht, die durch ihre seelsorglichen Erfahrungen, ihren Sinn für die Katholische Aktion, ihren Willen zur Apostolatseinheit am geeignetsten sind.

Aber jeder Beteiligte muß von Anfang an den begrenzten Charakter seines Einsatzes als Arbeiter, den genauen Sinn, den ihm die „Mission Ouvrière“ gibt, akzeptieren und bereit sein, sich auf den ersten Wink der Vorgesetzten hin zurückzuziehen.

Der Koordinator des Missionssektors kann über die betreffenden Kandidaturen die Entscheidung des Bischofs einholen.

b) Seine Seelsorgsaufgabe: Die Zeit, die für die manuelle Arbeit verwandt wird, schränkt die normale priesterliche Tätigkeit ein. Das Priesteramt behält aber die beherrschende Stelle in den seelsorglichen Bemühungen. Der Priester muß sich dessen bewußt sein, daß seine begrenzte Teilnahme am Arbeiterleben, die ihm eine ebenfalls begrenzte Verkündigungsaufgabe ermöglicht, der Gesamt-

heit der Priestergruppe wie auch der Pfarrgemeinde eine bessere Mitarbeit an den Bemühungen um die Verkündigung in der Arbeiterwelt ermöglichen soll. Es ist sehr wichtig, daß der mit beschränkter Zeit arbeitende Priester sich wirklich für die Apostolatsarbeit der gesamten Gruppe verantwortlich fühlt.

Die übrigen Mitglieder der Gruppe, die eine Mehrbelastung in ihrem Amt auf sich genommen haben, werden wünschen, so eng wie möglich mit dem oder den Priestern, die mit beschränkter Zeit arbeiten, verbunden zu sein, um sie in ihrer schwierigen und große Anforderungen stellenden Existenz zu stützen, wie auch um aus ihren fortschreitenden Erfahrungen Nutzen zu ziehen.

Die militanten Arbeiter der Pfarre haben eine besondere Aufgabe der ständigen und vertrauensvollen Aussprache mit diesen Priestern.

c) Seine Arbeit: Ort und Art der Arbeit sollen im Einverständnis mit den größeren Priester- und Laiengruppen und den verantwortlichen Männern des Missionssektors gewählt werden, und zwar möglichst in der Nähe des pfarrlichen Lebens und Territoriums und unter Vermeidung von Situationen, in denen sich dem Priester die Probleme des Engagements als Arbeiter stellen könnten.

d) Sein Leben als Priester: Dieser Priester untersteht denselben Verpflichtungen wie die anderen Priester, einschließlich der Pflicht des Breviergebets. Über das Tragen der Soutane muß man sich mit der Diözesanstelle und von Fall zu Fall verständigen. Die Priester, deren Einsatz eine beschränkte Zeit manueller Arbeit einschließt, können sich dazu veranlaßt fühlen, in dem Bezirk, dessen seelsorgliche Betreuung sie übernommen haben, zu wohnen, doch unter der Bedingung, daß diese Situation sie nicht daran hindert, ein wirkliches Gruppenleben mit ihren Confratres in der Pfarrei zu führen (ein Mindestmaß von gemeinsamen Mahlzeiten, geistige Arbeit, Überprüfung des priesterlichen Lebens, Gebet usw.) und einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den militanten christlichen Arbeitern zu pflegen.

e) Seine Bindung an den Missionssektor und an die „Mission Ouvrière“: Die besondere Aufgabe eines jeden, die mitgetragen von der gesamten Priestergruppe und den Laien der Pfarrei, gelebt wird, verlangt ständiges Überdenken auf der Ebene des Missionssektors unter der verantwortlichen Leitung des Koordinators und mit den verschiedenen Priestern, die sich in der gleichen Situation befinden. Die Apostolatsaufgabe dieser mit beschränkter Zeit arbeitenden Priestergruppe muß sich den missionarischen Bemühungen des gesamten Sektors, der Priester wie der Laien, einfügen.

Das Nationalsekretariat der Arbeitermission ist ermächtigt, mit Billigung jedes Bischofs Tagungen zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch für diese Priester zu organisieren.“

Auf die von P. Labourdette ausgearbeitete doktrinale Note über Priestertum und Arbeitermission werden wir noch zurückkommen.

ihre alljährliche Pfingstwallfahrt nach Chartres machten. An ihr nehmen Studierende teil, die aus allen Ländern der Welt zum Studium nach Paris gekommen sind. In Chartres stoßen dann noch Wallfahrtsprozessionen der Universitäten des französischen Westens zu ihnen. Da die Teilnahme an der Pfingstwallfahrt der Pariser Studenten (über die wir früher gelegentlich berichtet haben; vgl. Herder-Korrespondenz 1. Jhg., S. 130 f. und S. 498); im Laufe der Zeit immer mehr gewachsen ist und in diesem Jahr 15 000 Studenten und Studentinnen sich zur Pontifikalmesse in der Kathedrale von Chartres einfanden, hat man sie auf zwei Wallfahrtsrouten verteilt; an den Raststätten und unterwegs wird in Form von Arbeitskreisen diskutiert, auf dem Weg auch viel gebetet und gesungen.

Die Kathedrale von Chartres empfängt die Pilger mit einem feierlichen Gottesdienst in ihrem herrlichen Ober-schiff; doch vorher erwartet die Schwarze Muttergottes ihren Zug durch die Krypta und nimmt die Gebetsanliegen entgegen, die die Pilgergruppen ausgearbeitet haben und die hier verlesen werden. Die Wallfahrt war in 50 sogenannte „Kapitel“ gegliedert, deren jedes seine Führer hat; diese redigieren zum Schluß die von ihren „Kapiteln“ erarbeiteten Anliegen; sie selber sind Studenten, Laien, etwa 300 an der Zahl, sie kommen aus allen Arten von Schulen mit verschiedenen Bildungsvoraussetzungen. Was sie der Schwarzen Muttergottes vortragen, bildet also einen guten Durchschnitt der Anliegen der studierenden Jugend, und nicht nur der Frankreichs.

Naturgemäß sind die Anliegen der Jugend von größter Mannigfaltigkeit, aber wenn man sie ein wenig gruppiert und die Stimmen gewisser Einzelgänger beiseite läßt, so ergibt sich eine merkwürdige Harmonie all dieser Stimmen: die großen Gebetsachsen treten in Erscheinung, und es zeigt sich, daß bei dieser studierenden Jugend die rein persönlichen Wünsche und Hoffnungen vollständig in den Hintergrund treten.

Bei weitem am häufigsten ist nun in diesem Jahr als Anliegen der Erfolg des Konzils hervorgetreten. Und das, obwohl nicht das Konzil, sondern die Auferstehung das Thema der Wallfahrt war. Die Organisatoren hatten sich vorgestellt, daß man von da aus zum Thema der Aufnahme Mariens in den Himmel gelangen werde; aber davon ist überhaupt nicht mehr die Rede gewesen. „Die Theologie ist beim Eintritt in das Leben viel konkreter“, sagt ein Kommentar (Témoignage Chrétien, 15.5.59). „Der Jugend erscheint es von ausschlaggebender Bedeutung, daß ein Leib, der den Tod besiegt hat, auch seine Wunden überwindet. Das Heilwerden des Mystischen Leibes ist eine Forderung der Auferstehung.“ Offensichtlich, so heißt es in diesem Kommentar weiter, hat die künftige Elite des französischen Katholizismus eine genaue Vorstellung von der Mission der Kirche, und Johannes XXIII. ist ihr Papst.

Es ist interessant, daß die Stimmen für das Gelingen des Konzils unter den pilgernden Studenten immer einzeln aufgetreten sind, nicht von Gruppen bereits aufs Programm gesetzt waren, und daß ihre große Zahl absolut überraschend war. „Wir möchten die Väter des künftigen Konzils darauf aufmerksam machen“, heißt es wiederum im gleichen Kommentar, „die Stimme des Papstes findet so tiefen, allgemeinen, unruhigen Widerhall, daß man sich besorgt fragt, was geschehen würde, wenn das Konzil der Einheit Schiffbruch litte“.

**Die Studentenwallfahrt nach Chartres und das Konzil** Ein Beweis dafür, daß die Gebetsanforderungen des Papstes für das Konzil bei den für das Leben der Gesamtkirche aufgeschlossenen Gläubigen lebendigen Widerhall gefunden haben, lieferten die Studenten der Sorbonne und der übrigen großen Bildungsanstalten von Paris, die

**Die französischen Kirchen und das Elend der algerischen Flüchtlinge und Umsiedler**

Am 26. Mai 1959 ist ein von Kardinal Feltin von Paris und von Pastor Boegner, dem Haupt der Reformierten Kirche in Frankreich, gemeinsam unterzeichneter Hilferuf für die in den algerischen Umsiedlungslagern untergebrachten Menschen in Paris der Öffentlichkeit übergeben worden. Das gemeinsame Auftreten der katholischen und reformierten Kirche in Frankreich stellt ein ganz ungewöhnliches Ereignis dar und hat nur einen einzigen Vorläufer in der gemeinsamen Protesterklärung, die die Kirchen 1942 gegen die Verschleppung der Juden durch die deutsche Besatzung veröffentlicht haben. Nur ein außerordentlicher Notstand konnte sie auch diesmal zu diesem Schritt geführt haben.

*Der gemeinsame Aufruf*

Der Text des gemeinsamen Aufrufs lautet:

„Algerien stellt die Christen vor zahlreiche Probleme, und wir erinnern an die Erklärungen, die wir von beiden Seiten bereits über die dortigen erschreckenden Verhältnisse veröffentlicht haben.

Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung hat einen Einblick in die Lage von einer Million Menschen gestattet, die in den sogenannten Umsiedlungslagern (centres de regroupement) untergebracht sind. Wir glauben, daß das christliche Gewissen dieser Masse gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann. Gewiß haben sie in diesen Lagern ein Obdach gefunden, aber ihre Lebensbedingungen und selbst ihr tägliches Brot hängen von einer gewaltigen Arbeit ab, die man eben erst begonnen hat durchzuführen und die wir unterstützen möchten.

Am schlimmsten wirkt sich der furchtbare Mangel an Ärzten und Sozialhelferinnen auf die gesamte arabische Bevölkerung aus; hier kann nur ein großer freiwilliger Einsatz Hilfe bringen. Um diese unsern Brüdern, zumal den Frauen und Kindern, zu gewähren, hoffen wir, daß die freiwilligen Helfer sich bald finden.

Wir erheben diesen Hilferuf, damit die Organisationen, die in unserem beiderseitigen Auftrag arbeiten, ihre Arbeit als Symbol christlichen Friedens weiterführen können.“

Den eigentlichen Anstoß zu diesem Aufruf hat ein Bericht gegeben, den Msgr. Rhodain, der Generalsekretär des „Secours catholique“, der französischen Caritasorganisation, nach einer Reise durch Algerien vom 19. März bis zum 2. April, vorgelegt hat. Bei der Pressekonferenz, bei der der Aufruf Kardinal Feltins und Pastor Boegners der Öffentlichkeit übergeben wurde, sprach Msgr. Rhodain über die Ergebnisse seiner Untersuchungen in Algerien. „La Croix“ hatte bereits am 11. April ein Interview Msgr. Rhodains veröffentlicht, und Msgr. Rhodain hat von seinen Erfahrungen ebenfalls auf dem Jahreskongreß der französischen Gefängnisgeorgern vom 15. bis 17. April in Paris gesprochen. Er hat seine Ergebnisse sogleich auch dem Generaldelegierten der französischen Regierung für Algerien, P. Delouvrier, übermittelt, der daraufhin seinerseits eine Untersuchung hat durchführen lassen. Die Ergebnisse der Untersuchung von staatlicher Seite auf Veranlassung Delouvriers sind nicht bekanntgegeben worden. „Le Monde“ hat den Bericht eines hohen Funktionärs in Gestalt eines öffentlichen

Briefes an Delouvrier publiziert. Aus all diesen Quellen weiß man heute ziemlich genau über das Problem der Umgesiedelten in Algerien Bescheid.

*Die „Umsiedlung“ in Algerien*

Die Umsiedlungen in Algerien begannen 1957 aus militärischen Gründen, als eine ganze Reihe von „Verbotenen Zonen“ geschaffen wurden. Diese Zonen umfassen nach Angabe erfahrener Beobachter fast das gesamte Gebirgsland und bewaldete Gebiet in Algerien. Anfangs schienen die Umsiedlungen ein wirklicher Erfolg zu werden: man konnte die umgesiedelte Bevölkerung in viel bessere Lebensbedingungen versetzen und ihre Existenz sichern. Aber 1958 nahm die Umsiedlungsaktion immer größere Ausmaße an, und 1959 wurde sie zu einer Art Allheilmittel, das in größter Überstürzung angewandt wurde und nicht mehr vorbereitet werden konnte. Die Zahl von einer Million Umgesiedelten ist eher zu tief als zu hoch gegriffen (Msgr. Rhodain selber sagte, die Zahl der Umgesiedelten gehe zweifellos weit über eine Million hinaus, doch wolle er sich an das halten, was er beweisen könne. Die „Afrikanische Völkerkonferenz“, die auf einer Tagung in Tunis Anfang Juni beschloß, ein Weißbuch über den Algerienkrieg zu veröffentlichen, gibt die Zahl der „Zwangsdeportierten“ in Algerien mit 2 Millionen an.) Msgr. Rhodain gab in der Pressekonferenz am 26. Mai neben der Zwangsumsiedlung mehrere Gründe an, die die Menschen in die Lager geführt haben. Wo es sich nicht um militärische Maßnahmen handelt, haben sie jedoch alle den gleichen Ursprung: die große Angst, die sich als Folge der militärischen Umsiedlungen vor zwei Jahren der Bevölkerung bemächtigte. Diese führt die Menschen in die Umsiedlungslager oder in die Nähe der großen Städte, wo sie sich sicherer fühlen. Das alles, zumal die Abwanderung zu den Städten, stellt „eine Bevölkerungsverschiebung dar, deren Folgen für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft Algeriens sich noch gar nicht ermessen lassen“. Etwa 30% der Umsiedlungslager stellen nach Msgr. Rhodains Eindruck einen Erfolg dar; die Bewohner dieser neuen Ansiedlungen sind nicht weiter als 3—4 Kilometer von ihrem ursprünglichen Grund und Boden entfernt worden, haben ihr Vieh behalten können und können es auf ihre eigenen Weiden führen. Aber sehr viele andere Lager sind 50 bis 60 Kilometer weit von den früheren Siedlungen entfernt. In diesen neuen Siedlungen kommen durchschnittlich neun Personen auf einen arbeitsfähigen Mann. Wovon sollen sie leben? Im Süden Algeriens schließlich hat man auch Nomadenstämme „umgesiedelt“ und sie ihrer Herden beraubt; diese stellten jedoch die einzige Existenzbasis dieser Stämme dar, lieferten ihnen Nahrung und Kleidung und waren im Winter auch ihre einzige Wärmequelle.

*Angaben über die Lage der Umgesiedelten*

„Témoignage Chrétien“ (5. 6. 59) stellt aus den verschiedenen Quellen (mit deren jeweiliger Angabe) eine Reihe von Tatsachen zusammen, die man jetzt über die Lage der umgesiedelten Algerier kennt.

*Unterbringung:* Die Bauten, die die Armee für die Umsiedler errichtet hat, sind im allgemeinen zufriedenstellend, wenigstens wenn man sie mit dem Lebensstandard vergleicht, an den die Umgesiedelten gewöhnt waren. Aber das genüge nicht: „Es gibt tadellose Dörfer, kom-

fortable Wohnungen, aber die dort Untergebrachten finden keinerlei Arbeitsmöglichkeit“ (Msgr. Rhodain).

**Arbeitsmöglichkeiten:** Der Prozentsatz der Arbeitslosen ist beträchtlich. Die Umgesiedelten kommen fast ausnahmslos vom Land. Aber „200 000 Umgesiedelte können ihren Grund und Boden nicht mehr erreichen“. In vielen Lagern hat die Armee Arbeitsloseneinsätze aufgezogen, die eine fühlbare, aber doch nur vorübergehende Hilfe bringen.

**Ernährung:** Auf diesem Gebiet ist die Lage am trostlosesten. Die umgesiedelte Landbevölkerung hat ihre Vorräte verloren (die für ihre Ernährung eine so große Rolle spielen). 200 000 von ihnen haben überhaupt keine Hilfsquellen. Man teilt sehr schmale Rationen an sie aus, wenn ein Funktionär oder ein Offizier die Initiative dazu ergreift. In vielen Lagern herrscht offene Hungersnot.

**Gesundheit:** Als unmittelbare Folge der Ernährungslage ist der Gesundheitszustand sehr schlecht. „Von allen medizinischen Hilfsstellen melden Ärzte, Schwestern und Krankenpflegerinnen, daß die Tuberkulose, die seit zehn Jahren zurückgegangen war, infolge der Unterernährung galoppierende Formen annimmt, zumal bei den Kindern“ (Msgr. Rhodain). Im Summantal zählt man unter 900 Kindern einen Todesfall pro Tag. „Ein Erfahrungsgesetz ist festgestellt worden: wenn ein Umsiedlungslager auf 1000 Personen angewachsen ist, stirbt dort ungefähr alle zwei Tage ein Kind. Das trifft nicht zu in den Umsiedlungslagern des Départements Algier“ (Msgr. Rhodain).

**Moralischer Zustand:** „Nicht nur in ihren Einkünften, sondern ebenso in ihrer Würde sind die Fellahs getroffen. Sie stehen dem Kommandanten und dem Chef der SAS absolut machtlos gegenüber“ (Msgr. Rhodain).

#### *Reaktion der offiziellen Stellen*

Wie schon erwähnt, hat auch der Generaldelegierte für Algerien, M. Delouvrier, als zu Beginn des Jahres 1959 die Lage in den Umsiedlungslagern immer tragischer wurde, eine Untersuchung durch einige Beauftragte eingeleitet. Deren Bericht wurde zwar nicht veröffentlicht, aber er hat zur Folge gehabt, daß seit dem 13. April keine Umsiedlungen mehr ohne die ausdrückliche Genehmigung durch Delouvrier selber durchgeführt werden dürfen (es ist die Frage, ob sich die lokalen Stellen an diese Anweisung halten).

Um die Lage der bestehenden Lager zu bessern, sind Wanderkommissionen geschaffen worden, die ein wirtschaftliches Aktionsprogramm für die von ihnen untersuchten Lager ausarbeiten sollen. Für jedes Département ist eine solche Kommission eingesetzt worden.

Dann wurde die „Operation Tausend Dörfer“ aufgezogen, die, wie ihr Name sagt, tausend Dörfer bauen und ausstatten und für sie Arbeits- und Existenzmöglichkeiten schaffen soll. Vorläufig bestehen erst zehn solcher Dörfer. Alles in allem ist die Lage so, daß — auch wenn man nur die niedrigste Zahl von einer Million Flüchtlingen annimmt — 10% der algerischen Bevölkerung (und die Algerier haben das volle französische Bürgerrecht und gelten dem Namen nach als Franzosen) in den Umsiedlungslagern leben, zum größten Teil Frauen und Kinder (9 auf einen Mann), von denen Hunderttausende — wie der Bericht Msgr. Rhodains sagt — Hungers sterben.

Warum hat man in Frankreich so lange von diesem Elend nichts gewußt? Das allgemeine Schweigen darüber, das bis vor kurzem geherrscht hat, ist — wie wiederum Msgr.

Rhodain in einer „Chronique“ in „La Croix“ (7./8. 6. 59) schreibt — technisch (d. h. wegen militärischen Schweigebots oder Unzugänglichkeit der Lager und dgl.) nicht zu erklären. „Die Erklärung liegt anderswo.“ Sie ist die des reichen Mannes und des armen Lazarus im Evangelium: man bemerkt den Armen vor der eigenen Tür überhaupt nicht mehr. Erst die christlichen Kirchen, der Kardinal der römischen Kirche und der Pastor der Reformierten Kirche, müssen an das menschliche Herz appellieren...

#### *Algerische Flüchtlinge in Tunesien und Marokko*

Die Hilfe für die algerischen Umsiedler in Algerien ist eine „innerfranzösische Angelegenheit“, da ja Algerien als Teil des Mutterlandes gilt. Andere, internationale Instanzen haben nach französischer Überzeugung nicht das Recht, sich hier einzumischen. Außer diesen ein bis zwei Millionen inneralgerischen Flüchtlingen gibt es aber auch noch etwa 120 000 algerische Flüchtlinge in Tunesien und 100 000 in Marokko. Sie stellen vielleicht das brennendste Flüchtlingsproblem des gegenwärtigen Augenblicks dar. Sie haben überhaupt nichts. Sie nächtigen unter freiem Himmel, und es fehlt ihnen ebenso an Kleidern wie an Decken, an Medikamenten wie vor allem an Nahrung. Was das Schicksal dieser Flüchtlinge so einzigartig tragisch macht, ist, daß etwa 50% von ihnen Kinder unter 14 Jahren sind, 35% Frauen und nur 15% Männer, meist über 40 Jahre alt. Allein die Zahl der ganz kleinen Kinder unter drei Jahren wird auf 12 000 bis 15 000 geschätzt, und viele von ihnen haben keine Eltern. Für diese algerischen Flüchtlinge außerhalb der Landesgrenzen kann sich das Internationale Rote Kreuz und der Hochkommissar für Flüchtlingsfragen der UN einsetzen. Ganz allmählich beginnen Hilfsaktionen anzulaufen. Amerika hat bereits eine erhebliche Menge Weizen geliefert. Die übrige Hilfe kommt jedoch vor allem aus der Vereinigten Arabischen Republik, der Tschechoslowakei, Ostdeutschland und Bulgarien. Das Schweizerische Rote Kreuz bemüht sich, soweit es in seinen Kräften steht, Mittel zur Hilfe für diese erschreckende Zahl hungernder Frauen und vor allem Kinder zu sammeln.

#### *Aus Amerika und Australien*

**Die argentinischen Bischöfe über die Freimaurerei** Vom 26. bis 28. März 1959 — also demonstrativ von Gründonnerstag bis Karsamstag — fand in Montevideo ein Freimaurerkongreß statt, der „Zweite Internationale Kongreß für die Allgemeine Brüderlichkeit“. Zur Warnung vor dessen Bestrebungen veröffentlichte der argentinische Episkopat am 20. Februar mit den Unterschriften des Kardinals Caggiano und der übrigen 34 Erzbischöfe und Bischöfe ein gemeinsames Hirtenwort. Wir geben im folgenden den vollständigen Wortlaut und schließen daran einige Angaben zum Stand und zur Bewertung der Freimaurerei an.

#### *Die Lehre der Kirche*

„Angesichts der verschiedenen freimaurerischen Presseverlautbarungen fühlt sich die argentinische Bischofskonferenz zu einer öffentlichen Erklärung verpflichtet, in Erfüllung des Gebotes Papst Leos XIII.: ‚Als erstes müßt Ihr Vorsorge treffen, um den Freimaurern ihre Masken vom Gesicht zu reißen, damit man sie als das erkenne, was sie sind‘ (Enz. *Humanum genus*).

Die Päpste, oberste und unfehlbare Lotsen der Kultur, haben die Gefahr durchschaut, die der Welt durch die Sekten drohte, und sie haben das von der ersten Stunde an zum Ausdruck gebracht und deutlich genug auf die satanische Verschwörung hingewiesen, die sich über der Menschheit zusammenzog.

Von Clemens XII. und seiner Enzyklika *In eminenti* von 1738 bis in unsere Tage haben die Päpste immer wieder die freimaurerischen Sekten verdammt, und das Gesetzbuch des Kanonischen Rechts sagt: ‚Der Exkommunikation verfällt, wer seinen Namen einer freimaurerischen Sekte oder einer Vereinigung ähnlicher Art anheimgibt...‘ (can. 2335).

Am 24. Juli 1958 kennzeichnete Papst Pius XII. vor der 8. Pastoralen Bildungswoche als ‚die Wurzeln des modernen Glaubensabfalls: den wissenschaftlichen Atheismus, den dialektischen Materialismus, den Rationalismus, den Laizismus und die Freimaurerei, die gemeinsame Mutter aller jener‘.

In seiner Enzyklika *Humanum genus*, mit der er die Freimaurerei verdammt, bestätigt der unsterbliche Papst Leo XIII.: ‚Neben dem Reich Gottes auf Erden, der wahren Kirche Christi, gibt es noch ein anderes Reich, das des Satans, unter dessen Herrschaft alle jene stehen, die dem ewigen göttlichen Gesetz den Gehorsam verweigern, die über Gott hinweggehen oder gegen ihn etwas unternehmen... In unseren Tagen scheinen alle diejenigen, die dieser zweiten Fahne folgen, miteinander verschworen zu sein zu einem überaus erbitterten Kampf unter der Leitung und Hilfe des Bundes der sogenannten Freimaurer. Ohne ihre Pläne zu verheimlichen, stacheln sie gegen die Majestät Gottes auf. Offen und unverhohlen arbeiten sie daran, die heilige Kirche zu vernichten, und zwar in der Absicht, die christlichen Völker aller jener Güter völlig zu berauben, die ihnen durch unseren Heiland Jesus Christus zuteil geworden sind.‘

Der Papst fährt fort: ‚Es gibt eine Reihe von Sekten, die voneinander nach Namen, Gebräuchen, Form und Herkunft verschieden sind, aber durch die Gleichheit ihrer Ziele und die Ähnlichkeit ihrer Grundsätze miteinander und mit dem Bund der Freimaurer in engem Zusammenhang stehen; dieser ist gleichsam das Zentrum, von dem alle ausgehen und zu dem alle zurückkehren.‘

#### *Kampf gegen die katholische Kirche*

‚Das letzte und hauptsächliche Ziel ihrer Pläne ist unverkennbar: die gesamte vom Christentum geschaffene religiöse und bürgerliche Ordnung zu stürzen und nach ihrem Plan durch eine andere zu ersetzen, deren Grundlagen und Gesetze auf dem Naturalismus beruhen... Darin sollen die menschliche Natur und die menschliche Vernunft in allem die höchsten Lehrer und Herrscher sein.‘ Danach zeigt der Papst einige der freimaurerischen Bestrebungen auf: Sie leugnen jede göttliche Offenbarung, bekämpfen mit blinder Wut die katholische Kirche, deren Pflicht es ist, die ungetrübte Reinheit des göttlichen Offenbarungsschatzes zu bewachen und zu verteidigen; sie betreiben die Trennung von Kirche und Staat, fördern den religiösen Indifferentismus, behaupten die Gleichheit aller Kulte, berauben die Kirche ihrer Freiheit; sie begünstigen eine rein laizistische Erziehung unter Ausschluß jeder religiösen Idee, zivile Eheschließung, Ehescheidung und den Atheismus des Staates.

Bei der 4. Interamerikanischen Freimaurerkonferenz 1958 in Santiago de Chile wurde verkündet, daß ‚der Orden

seinen Adepten Hilfe leistet, damit sie in der Öffentlichkeit ihrer Nationen oberste Stellungen erringen‘. Das Thema hieß ‚Verteidigung des Laizismus‘, und die entwickelte neue Taktik traf sich mit den jüngsten Parolen des internationalen Kommunismus. Die Freimaurer sollen den Laizismus in allen Bereichen vorantreiben — die Kommunisten sollen die soziale Ordnung untergraben. Als Parole wurde ausgegeben: ‚Auf dem Weg über alle beeinflussten politischen Parteien ist die laizistische Kampagne zu verstärken. Es muß versucht werden, die Warnrufe der katholischen Kirche zu besänftigen, indem wir direkte freimaurerische Aktionen vermeiden. Die Aktionen zur Spaltung der Arbeiterbewegung sind zu vermehren, um dann deren Überrumpelung voranzutreiben. Freimaurerei und Kommunismus verfolgen gegenwärtig in Lateinamerika die gleichen Ziele; deshalb ist auf gleichlaufende Aktionen zu achten, wobei das Bündnis öffentlich nicht in Erscheinung tritt.‘

Der bevorstehende ‚Zweite Internationale Kongreß für die Allgemeine Brüderlichkeit‘ in Montevideo ist eine Probe all dieser Bestrebungen. Es ist ein Freimaurerkongreß unter kommunistischer Inspiration, der die freimaurerische Phrase von der ‚allgemeinen Brüderlichkeit‘ der Ausbreitung des internationalen Sowjetkommunismus dienstbar machen will. Er gibt vor, ‚für die menschliche Verbrüderung und den Frieden der Welt‘ kämpfen zu wollen. Zwei Schlagworte, die die ruchlosen Ziele der Freimaurerei und des Kommunismus verbergen sollen!

#### *Marxismus und Freimaurerei*

Marxismus und Freimaurerei haben das gemeinsame Ideal der irdischen Glückseligkeit. Ein Freimaurer kann die philosophischen Ideen des Marxismus ohne Abstriche annehmen. Wie der Großmeister der Loge von Paris bestätigt, ist zwischen den Prinzipien des Marxismus und der Freimaurerei kein Widerspruch denkbar.

Um ihre Ziele zu erreichen, bedient sich die Freimaurerei der Hochfinanz, der hohen Politik und der Weltpresse, während der Kommunismus im sozialen und wirtschaftlichen Bereich eine Revolution gegen Vaterland, Familie, Eigentum, Moral und Religion vorantreibt. Die Freimaurer betreiben ihre Ziele mit geheimen subversiven Mitteln, die Kommunisten mit offenen. Die Freimaurerei bewegt die sektiererischen politischen Minderheiten — der Kommunismus stützt sich auf eine Politik der Massen, indem er die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit ausbeutet.

Jeder Argentinier, vor allem aber die Jugend, soll wissen, daß Katholizismus und Freimaurerei Dinge sind, die sich absolut widersprechen und ausschließen, so wie Christus und Antichrist. Jeder soll auch wissen, daß Liberalismus und Laizismus in allen ihren Formen die ideologische Ausprägung der Freimaurerei darstellen. Es tut nicht viel zur Sache, daß viele Liberale keine Freimaurer sind: es gibt bewußte Instrumente und blinde Instrumente. Entscheidend ist, daß der Sache nach die einen wie die anderen zusammenhelfen, um die Kirche Christi und die katholische Ordnung unserer Republik zu zerstören.

Was die Freimaurer in ihrer Tätigkeit antreibt, ist letztlich der Haß gegen Christus und gegen alles, was in den menschlichen Seelen und den menschlichen Einrichtungen seinen Namen trägt. Ihr endgültiges Ziel ist die Zerstörung alles Katholischen und alles dessen, was sich an der katholischen Lehre ausrichtet.

Die Kirche Christi ist allen Bereichen unseres Vaterlandes

vorgestanden. Sie war gegenwärtig, wachsam und wirksam in allen entscheidenden Tatsachen unserer Geschichte. Katholisch ist der Ursprung, die Wurzel und der innerste Kern des argentinischen Wesens. Wer also das Katholische angreift, verschwört sich gegen das Vaterland. Noch mehr: Der schwindende Glaube im argentinischen Volk ist gleichbedeutend mit schwindendem Patriotismus. Deshalb ist die Verteidigung des katholischen Glaubens und die Erneuerung des Landes in Christus die reinste und höchste Form von Dienst am Vaterland.

Wir ermahnen die Väter und Mütter der christlichen Familien, Gefährten Gottes in seiner göttlichen Vaterschaft, die in ihren Kindern ihr Leben fortsetzen: Wacht sorgsam über eure Kinder, die Gottes Kinder sind! Als ihr eure Kinder der Kirche brachtet, auf daß sie in der Taufe Kinder Gottes würden, seid ihr Verpflichtungen eingegangen. Erfüllt sie, übt eure elterliche Gewalt gegenüber den Einflüsterungen des Bösen und dem betrügerischen falschen Vorgehen der Sekten!

Vor allen, die in ihrem Herzen ihr Land lieben, klagen wir Freimaurerei und Kommunismus als Feinde unserer überkommenen Werte und unserer Zukunft an — als Feinde, die es darauf abgestellt haben, alles Edle und Heilige in unserem Land auszurotten.“

#### *Zur Bewertung der Freimaurerei*

Soweit der Hirtenbrief der argentinischen Bischöfe. Etwas später hat auch der mexikanische Bischof von Ciudad Juárez ein Hirtenschreiben gegen die freimaurerischen Umtriebe veröffentlicht.

Bei der Freimaurerei handelt es sich um eine Geheimgesellschaft, deren Mitglieder durch außerordentlich strenge Schweigegebote gebunden sind. Über ihre interne Politik, ihre Zielsetzungen und Einflußnahmen wird man also kaum jemals etwas erfahren. Dagegen ist über den weltanschaulichen Charakter der Freimaurerei genug bekannt, wie wir vor Jahren ausführlich und dokumentarisch berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 520 ff. und 568 ff.). Sie ist in der Organisation und den wesentlichen Bestrebungen in zwei Richtungen zerspalten: in diejenigen, die der Groß-Loge von England anhängen, gegenüber den Freimaurern der lateinischen Länder, die sich unter den Fittichen des Groß-Orients von Frankreich sammeln. Dabei begnügen sich die anglo-amerikanischen Logen mit einem verwässerten deistischen Gottesbegriff, auch sie relativieren die Gestalt Christi und den Anspruch der Kirche. Die Logen der lateinischen Länder schließlich verstehen sich selbst als „Kirche des Laizismus“, als Antikirche. In den Entschließungen ihres Kongresses von 1951 heißt es: „Der Konvent beschließt, um der Kirche die Stirn zu bieten: . . . in dem unversöhnlichen Kampf gegen den römischen Klerikalismus alle Bündnisse zu schließen, die mit dem freimaurerischen Ideal vereinbar sind“ (a. a. O., S. 570). Wenn man dann noch weiß, daß die Logen Südamerikas die radikalsten sind, so braucht man sich über die Sprache der argentinischen Bischöfe nicht mehr zu wundern.

Die englische „Neue Enzyklopädie der Freimaurerei“ von 1925 schreibt selbst, daß die katholische Kirche gar nicht anders könne, als die Freimaurerei zu verurteilen. „Diese Kirche hat eine lehramtliche Auffassung darüber und . . . ist nach ihrer Meinung die einzige und von Gott bestellte Hüterin des Glaubens und der Sitten. Die Freimaurerei beansprucht, als ein anderes und unabhängiges System der Ethik, als eine andere Führerin für das Leben aner-

kannt zu werden. Als solche ist sie Konkurrentin und Rivalin und deshalb implizit und explizit verurteilt.“ Auf katholischer Seite sind es vor allem zwei Fachleute, die an diese Verurteilung immer wieder erinnern und sie belegen: Professor Boaventura Kloppenburg OFM in der „Revista Eclesiástica Brasileira“ (vgl. vor allem Märzheft 1956 [Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 486]) und Giovanni Caprile SJ in „La Civiltà Cattolica“ (vgl. jüngst „Warum die Kirche die Freimaurerei verurteilt“, Heft 2610 vom 21. 3. 59).

#### *Statistische Angaben*

Statistische Angaben über die Zahl der Freimaurer sind fast nur für die anglo-amerikanische Groß-Loge möglich. Nach offiziellen Meldungen von 1953 aus England gehören dieser älteren Richtung an:

in England und Wales 500 000, in Irland 47 000, auf dem europäischen Kontinent 100 000, in den USA 3,6 Millionen, in Kanada 210 000, in Lateinamerika 60 000, in Australien 300 000, auf den Philippinen 7000, in Indien 47 000 — insgesamt 5,2 Millionen.

Die romanische, radikal atheistische Richtung ist knapp ebenso groß, so daß es zusammen etwa 10 Millionen Freimaurer in der Welt gibt. Die französische Großloge zählt 30 000 Mitglieder („Rheinischer Merkur“, Nr. 19, 1955) und tritt wesentlich offener in Erscheinung als die deutsche. Deutschland hat nach offiziellen eigenen Angaben wieder 18 000 Freimaurer in 324 Logen; es ist allerdings nicht bekannt, wie viele davon sich nach England und wie viele nach Frankreich hin ausrichten.

Innerhalb Lateinamerikas hat allein Brasilien 150 000 Freimaurer (Kloppenburg). Zusammen mit dem Spiritismus (vgl. ds. Heft, S. 489), dem Kommunismus (vgl. ds. Jhg., S. 372) und dem protestantischen Sektenwesen zählt die Freimaurerei dort zweifellos zu den großen Gefahren für den ganzen Kontinent.

**Die australischen Bischöfe zur Einwanderungsfrage** Entsprechend ihrer Gepflogenheit, alljährlich am „Einwanderungs-sonntag“ zu ihren Gläubigen über Rechte und Pflichten der Wanderung zu sprechen (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 30 f.; 7. Jhg., S. 504; 8. Jhg., S. 116; 9. Jhg., S. 448), haben die australischen Bischöfe auch in diesem Jahr am 22. Februar, dem „Immigration Sunday“, ein kurzes Statement des Vereinigten Katholischen Immigrationskomitees unter der Leitung des Erzbischof-Koadjutors von Brisbane, P. M. O'Donnell, in allen Kirchen des Kontinents verlesen lassen. Das Statement behandelt einleitend kurz das Recht der Wanderung als ein Menschenrecht, daran anschließend die Frage der Wanderungskontrolle, die grundsätzlich anerkannt wird, deren „übermäßige Einschränkungen . . . unter Umständen nicht nur mit den Prinzipien des Naturrechts . . . sondern auch mit der internationalen Solidarität wie auch mit dem Wohlergehen des Einwanderungslandes selbst“ nicht vereinbar seien. Das gelte vor allem heute, wo die Not von Millionen Flüchtlingen — „eine erschreckende Verneinung der Bruderschaft der Menschen“ — die Praxis der sozialen Gerechtigkeit furchtbar anklage.

#### *Probleme für Australien*

Nach einem kurzen Wort der Erinnerung über den Zweck des „Einwanderungs-sonntags“ und einer knappen Skizzierung des internationalen Wanderungsproblems, das

nur auf internationaler Ebene gelöst werden könne, kommt dann das Schreiben auf einige Fragen zu sprechen, die sich heute Australien auf diesem Gebiet stellen.

Das australische Einwanderungsproblem ergibt sich in der Praxis aus der Einwanderung von ca. 100 000 Personen jährlich und den mehr als 1,25 Millionen Einwanderern, die bereits im Lande leben. In christlicher Nächstenliebe sollten die Katholiken den Einwanderern jegliche Hilfe gewähren, so daß sie bei möglichst wenig Sorge und Entbehrung in das Leben der Pfarrei und Gemeinden eingegliedert werden können. Australien ist ein weites Land, und so sollten auch die Herzen der Australier weit sein, um alle zu empfangen, die eine neue Heimat suchen.

„Doch dürfen wir Australier nicht vergessen, daß die Probleme der Einwanderung weltweite und vielseitige Wirklichkeiten sind. Das größte (Problem) ist zweifellos das der Flüchtlinge. Seit 1945 sind mehr als 40 Millionen Menschen geflohen oder aus ihrer Heimat vertrieben worden, um ‚Pilger der Nacht‘ zu werden. Allein in Europa gibt es heute wenigstens eine Million [internationaler] Flüchtlinge. Tausende von diesen müssen noch eingegliedert werden, während Tausende das erhalten haben, was man bestenfalls als eine ungenügende Unterbringung bezeichnen kann. Fast eine weitere Million Menschen, die aus Rotchina entkommen sind, befindet sich in Hongkong. Unter diesen sind 175 000 Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren, von denen keines die Möglichkeit einer Ausbildung hat. Zu diesen kommt eine Million arabischer Flüchtlinge im Mittleren Osten und der stetige Exodus jener, die unter schwerster Gefahr für sich selbst und ihre Familien aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang nach Westeuropa fliehen.“

Es ist ein Verdienst der Regierung und der freiwilligen Organisationen, daß bisher so viel für die Flüchtlinge getan wurde. Doch bleibt noch sehr viel zu tun übrig: allein in den letzten vier Jahren hat sich die Zahl der [internationalen] Flüchtlinge in Europa um 300 000 vermehrt.

#### *Hilfen durch Katholiken*

Durch die Tätigkeit des „Catholic Relief Service of the United States“, der „International Catholic Migration Commission“ und dem „Federal Catholic Immigration Committee of Australia“ konnte sehr viel für die Ansiedlung von Flüchtlingen und zur Linderung des Flüchtlingselends getan werden. Katholische Hilfsdienste haben dank der Großherzigkeit der amerikanischen Katholiken in den letzten zehn Jahren die immense Summe von 732 Millionen Dollar aufwenden können.

Das sollte den australischen Katholiken, die in williger Annahme der Verantwortung für das Einwandererwerk mit Millionen Katholiken in der Welt durch Gebet und Opfer vereint sind, Ermutigung und Ansporn sein. „Wahrlich, die Arbeit für die Einwanderung ist mehr als nur ein Erleichtern der Last der Mitmenschen. Es ist darin wirkliches Teilhaben an Gottes Werk für den Menschen . . . Die Einwanderung, von der die ganze menschliche Gesellschaft kollektiv und individuell berührt wird, ist . . . eine Erscheinung, die unauflöslich mit der Verbreitung des Gottesreiches auf Erden verbunden ist.“

#### *Das Schreiben des Einwanderungsministers*

In einem Schreiben an den Erzbischof-Koadjutor von Brisbane vom 10. Februar 1959 begrüßt der australische Einwanderungsminister, H. R. Downer, die Erklärung

der Bischöfe zum Einwanderungssonntag. Es heißt in dem Brief:

„In meiner Eigenschaft als Minister für Einwanderung begrüße ich aufs wärmste den Aufruf Ihres Komitees für ein tieferes Verständnis der menschlichen Probleme, die mit dem Problem des Bevölkerungsaufbaues verbunden sind, das sich dadurch stellt, daß bereits 13,9 Millionen Männer, Frauen und Kinder an diese Küsten gebracht worden sind . . . und weiterhin 100 000 Menschen jährlich gebracht werden. Für meinen Teil möchte ich meine feste Absicht erneut bestätigen, die australischen Einwanderungsgesetze unter besonderer Betonung der christlichen und humanitären Prinzipien anzuwenden.“

#### *Die Bedeutung der beiden Schreiben*

Mit dem Schreiben des Einwanderungsministers versichert die australische Regierung dem Episkopat, den katholischen Gläubigen des Landes, Eingesessenen und Immigranten, daß sie grundsätzlich mit den Forderungen der katholischen Kirche bezüglich einer großzügig gehandhabten Wanderungspolitik solidarisch denkt. Dies ist um so bemerkenswerter, als fast zum gleichen Zeitpunkt ein anderes großes Einwanderungsland, Kanada, verfügt hat, daß — mit Ausnahme der Amerikaner, Franzosen und Engländer — kein in Kanada lebender Einwanderer künftig mehr seine Verwandten zweiten Grades, also Brüder, Schwestern oder verheiratete Kinder, nach Kanada nachkommen lassen darf. Selbst wenn die Interpretation stimmt, die die internationale Presse dieser ungewöhnlich harten Verfügung gegeben hat: sie sei ausschließlich gegen die Italiener gerichtet, so stellt die Maßnahme der kanadischen Regierung doch einen Schritt dar, der eine weitere Phase der Verschärfung in der nach den beiden Weltkriegen praktizierten naturrechtswidrigen restriktiven Wanderungspolitik befürchten läßt, der mit Sicherheit auch Nachahmer unter den Einwanderungsländern finden wird. Das Schreiben des australischen Wanderungsministers läßt Befürchtungen für einen ähnlich gearteten Schritt der australischen Regierung gegenstandslos werden.

Fast noch bedeutsamer an dieser Solidaritätserklärung der australischen Regierung mit den in dem Bischofsstatement ausgesprochenen Forderungen ist die Tatsache, daß heute auch die Regierung in Australien bereit ist, die chinesischen und arabischen Flüchtlinge in das Land aufzunehmen und ihnen eine neue Existenz zu ermöglichen. Diese Bereitschaft ist um so aufsehenerregender, weil bisher keine australische Regierung gewagt hat, das Problem der Aufnahme von Farbigen in Australien öffentlich aufzugreifen. Allein der Episkopat hat mehrfach auf diese Pflicht des australischen Volkes hingewiesen — freilich bis heute ohne Erfolg. Ob es Kirche und Regierung gemeinsam gelingen wird, die schwer überwindbaren Befürchtungen des weißen Australiens vor einer Unterwanderung durch Farbige abzubauen, ob es vor allem gelingen wird, den übermächtigen Einfluß der australischen Gewerkschaften aller Richtungen in dieser Frage zu brechen — die Gewerkschaften befürchten, daß durch die Aufnahme größerer Kontingente von Farbigen der Arbeitsmarkt in Australien in Unordnung gebracht werden könnte —, kann heute noch nicht gesagt werden. Indessen darf die von seiten des Staates bekundete Solidarität mit den Forderungen der Kirche in dieser Frage als ein Zeichen angesehen werden, das hoffen läßt.

**Daß das Anwachsen der Priesterberufe in den Missionen nicht durch Mangel an finanziellen Mitteln gehemmt werde. Missionsgebetsmeinung für August 1959**

Am 30. November 1959 sind 40 Jahre seit dem Erscheinen der Enzyklika *Maximum Illud* Benedikts XV. „über die Ausbreitung des katholischen Glaubens auf dem Erdkreis“ verflissen, die am Ende des ersten Weltkriegs das Fazit aus einer gänzlich veränderten welt- und kirchenpolitischen Lage zog und die Grundlagen einer neuen Missionspolitik legte. In diesem Rundschreiben ist ein eigenes Kapitel der Heranbildung des einheimischen Klerus gewidmet, die im Zeitalter des europäischen Nationalismus, des Kolonialismus und des kulturellen Überlegenheitsgefühls der weißen Rasse, im großen gesehen, sehr vernachlässigt worden war. Es ist in rückwärtiger Betrachtung sehr nützlich, sich noch einmal die ernststen Klagen vor Augen zu führen, die der Papst damals erhob. Obwohl der Apostolische Stuhl sich stets bei den Missionsleitern für die Heranbildung einheimischer Priester eingesetzt habe, gebe es noch Länder, in die zwar seit mehreren Jahrhunderten der katholische Glaube eingedrungen sei, in denen aber höchstens ein einheimischer Hilfsklerus mit mangelhafter Ausbildung zu finden sei, dem man nur einfachere Dienstleistungen übertrage. Manche Völker mit hoher Kultur hätten hervorragende Männer in allen Bereichen des bürgerlichen Lebens hervorgebracht, aber bisher weder Bischöfe zu ihrer Leitung noch Priester zur Durchführung der christlichen Lebensordnung. Die Zukunft neuer Kirchen, so führte die Enzyklika aus, hänge hauptsächlich davon ab, daß man ihnen tüchtige Priester des eigenen Volkes schenke, deren Ausbildung jener der Priester der Kirchen des Westens in keiner Weise nachstehe, und die befähigt seien, einmal die Leitung der Kirche in ihrem Volke selbst zu übernehmen. Der Heilige Vater gab dann vor der ganzen katholischen Welt der Kongregation der Glaubensverbreitung den gemessenen Auftrag, überall Seminare, vor allem Gemeinschaftsseminare für mehrere Diözesen (Regionalseminare) einzurichten und dafür zu sorgen, daß die schon bestehenden Ausbildungsstätten im Sinne der in der Enzyklika gegebenen Normen recht geleitet würden. Es bleibt das geschichtliche Verdienst der Enzyklika *Maximum Illud*, die ins Stocken geratene innere Dynamik des Missionsvorgangs wieder in Bewegung gebracht zu haben. Es gab noch hie und da starke Widerstände gegen die neue Missionspolitik bei Kolonial- und Protektoratsmächten, stellenweise auch innere Vorbehalte bei Missionskräften der Kirche, die sich aus der Vorstellungswelt der Kolonialära nicht lösen konnten. In China war Rom zur Durchsetzung seiner Forderungen zu ungewöhnlichen Maßnahmen genötigt. Nicht ohne Grund hatte die Enzyklika auch vor dem unchristlichen Nationalismus gewarnt, den sie „eine überaus häßliche Pest des Apostolats“ nannte. Die ganze Welt der Widerstände und Schwierigkeiten jener Zeit lebt auf, wenn man die jüngst in Italien erschienenen drei Bände der Memoiren des im November 1958 verstorbenen Kardinals Costantini liest. Auch die Umstellung der Geisteshaltung in manchen Kreisen der altchristlichen Kirchen brauchte ihre Zeit. Die veränderte Weltlage half sehr zur Bekehrung auch der anfangs unbekehrbar Scheinenden. Da zudem sämtliche nach *Maximum Illud* erschienenen Missionsenzykliken der Päpste Pius XI. und Pius XII. die gleichen

Grundsätze verkündeten und entsprechende Maßnahmen der Kirche ununterbrochen folgten, konnte es nicht ausbleiben, daß der universalkirchliche Geist, aus dem das Missionsrundschreiben Benedikts XV. entsprungen war, allmählich überall treue Gefolgschaft fand. Die Notwendigkeit der beschleunigten Schaffung einheimischer Kirchen mit einheimischen Bischöfen und Priestern ist nicht mehr Gegenstand irgendeiner Kontroverse.

*Beständiges Wachstum — aber auch wachsende Sorgen*

Die Zahl der einheimischen Priester in den Missionsgebieten der Propagandakongregation betrug zu Ende des ersten Weltkriegs rund 2000, heute dürfte sie nach den Schätzungen des Archivars der Kongregation, Nikolaus Kowalsky OMI, 10 000 überschritten haben. Die Zahlen lassen sich nicht genau vergleichen, da innerhalb der Vergleichszeit im Nahen Orient, in Süd- und Fernasien Veränderungen im Jurisdiktionsbereich der Propagandakongregation eintraten. Aber sie geben immerhin ein Bild des großen Fortschritts. Parallel zum Anstieg des einheimischen Klerus wächst die Zahl der einheimischen Seminaristen. Der Generalsekretär des Päpstlichen Werkes für den einheimischen Klerus gab auf der diesjährigen Generalratssitzung der Päpstlichen Werke zu Rom (Mai 1959) bekannt, daß man im Augenblick in den Propagandagebieten 319 „Kleine Seminare“ (die der Gymnasialbildung der Priesterberufe dienen) mit 23 283 Schülern und 112 „Große Seminare“ (d. h. eigentliche Priesterseminare) mit 5069 Alumnen zählt. Die Zahlen würden noch erheblich höher sein, wenn die Klerusausbildung in China, Nordkorea und Nordvietnam nicht lahmgelegt wäre und wenn man die Zahl der Seminaristen erfassen könnte, die von ihren Bischöfen in Weltpriester- oder Ordensseminare außerhalb der Missionsgebiete der Propaganda Fide gesandt werden, weil die Missionsleiter nicht über das benötigte Ausbildungspersonal verfügen oder die Zahl der Seminaristen noch zu klein ist, um die Gründung eigener Seminare zu rechtfertigen. Schließlich ist wohl zu beachten, daß wir leider keine Gesamtstatistiken über die Zahl der einheimischen Religiösen haben, die sich in ordenseigenen Häusern auf das Priestertum vorbereiten. Auch ihre Zahl wächst dauernd.

Durch das über Erwarten schnelle Selbständigwerden der Völker Asiens und Afrikas hat die schon seit vier Jahrzehnten mit größtem Nachdruck betriebene Klerusbildung einen neuerlichen starken Antrieb erhalten. Die Kirchen, die von der Einreisesperre für ausländische Missionare bzw. von rigoroser Drosselung der Einreisen betroffen sind, setzen das äußerste daran, um auf dem Gebiete des Priesternachwuchses „Selbstversorger“ zu werden, aber dennoch werden sich dramatische Seelsorgssituationen dort nicht vermeiden lassen, da jetzt getroffene Maßnahmen bei der zeitlichen Dauer der modernen Priestervorbildung sich erst nach vielen Jahren auswirken können. Die nicht von Einreisesperren betroffenen Missionen haben ein lebendiges Beispiel vor sich für das, was auch bei ihnen sich ereignen kann, und werden so zur Zusammenfassung aller Energien angespornt. In manchen Gebieten scheinen indes die Behörden geneigt zu sein, eine Lockerung der Einreisesperren vorzunehmen, wenn Personal, das der Nationalität der früheren Kolonialmacht angehört, gegen solches einer anderen nationalen Zugehörigkeit ausgetauscht wird. Verschiedene solcher Verschiebungen von Kräften sind im

Gänge . . . Aber alle diese Maßnahmen können bloß auf-schiebenden Charakter haben. Das Selbstbewußtsein der jungen Staaten ist nur befriedigt, wenn die örtliche Kirche unter Leitung von Volksangehörigen steht, und die Zusammenarbeit der Mission mit den Behörden, besonders in kritischen Situationen, wird außerordentlich erleichtert, wenn die Verhandlungspartner Einheimische sind.

#### *Die Beschaffung der Mittel*

Eine große Sorge bleibt die Beschaffung der Mittel für die Klerusbildung in den Missionen. Wenn im Zeitalter der europäischen Expansion keine regelrechte Entwicklungsstörung in der dynamischen Ausbreitung der Kirche bzw. ihrer Einsenkung in die Kulturen der missionierten Länder eingetreten wäre, hätte das Problem der Schaffung eines einheimischen Klerus heute nicht den allumfassenden Charakter. Es wäre nicht gleichzeitig in zwei gewaltigen Erdteilen fast überall die Notwendigkeit gegeben, im Augenblick einer Zäsur der Weltgeschichte die Mittel zur Erziehung einer so großen Zahl einheimischer Priester in werdenden Kirchen aufzubringen. Zum mindesten in Asien wäre es dann gelungen, der Kirche einen breiten Rückhalt in allen Volkskreisen zu schaffen, und zwar nicht nur unter den Armen, sondern auch unter den Besitzenden. Die eingewurzelten Religionen in Asien haben im wesentlichen stets selbst die Mittel zur Heranbildung ihrer Religionsdiener aufgebracht, weil diese Religionen ein Element des nationalen Lebens wurden. Es ist freilich nicht zu leugnen, daß keine der Religionen Asiens ihren Religionsdienern eine so gründliche und lange Ausbildung gibt, wie sie das Tridentinum für die lateinische Kirche forderte und wie sie die Enzyklika *Maximum Illud* auch für den einheimischen Klerus in den Missionen als absolute Notwendigkeit darstellt. Aber auch hier hätte sich ein großer Teil der Kosten für den Unterbau der eigentlichen Priestervorbildung ersparen lassen, wenn das Bildungswesen der betreffenden Nationen durch einen echten und umfassenden Kultureinbruch der Kirche christlich durchformt worden wäre. Eine weitere Erleichterung der Kostenaufbringung für die Heranbildung des einheimischen Klerus würde dadurch eingetreten sein, daß die missionierten Völker Asiens, wie es sein sollte, sich nach der echten Einpflanzung der Kirche selbst am Missionswerk beteiligt hätten. Sogar die Missionierung des Schwarzen Afrika würde dann nicht nur Aufgabe der Katholiken der weißen Rasse gewesen sein. Die Mittel zum Bau der Seminare und zum Unterhalt der Studierenden werden heute zum größeren Teil vom Päpstlichen Werk für den einheimischen Klerus, zum kleineren Teil auch von den örtlichen Kirchen und den Missionsinstituten aufgebracht. Die Missionsorden tragen zur Ausbildung des einheimischen Priesternachwuchses sehr erheblich bei, indem sie nicht nur für die Weltpriester-Seminare noch immer die weitaus größte Zahl der Professoren stellen, sondern auch ihren eigenen Nachwuchs weithin aus eigenen Mitteln erziehen. Die Unterhaltskosten für die Seminaristen sind je nach den Lebenshaltungskosten des betreffenden Landes sehr verschieden. Bei Besuchern der Gymnasialkurse liegen sie zur Zeit zwischen 350 und 1300 DM pro Jahr, bei den Alumnen der Priesterseminare zwischen 450 und 1700 DM. Sie sind also, obwohl sie fast überall steigen, in sich noch nicht hoch. Aber sie müssen bei denen, die im Berufe durchhalten, immerhin 15—20 Jahre aufgebracht

werden, und die wirklichen Kosten für jeden, der zum Priestertum kommt, betragen ein Vielfaches der oben genannten Unterhaltskosten, da der Professorenstab mitunterhalten werden muß, die Lehrmittel sehr teuer sind, ferner die großen Aufwendungen für die Seminarbauten und deren Unterhalt zu berücksichtigen sind, und schließlich 9 von 10 jungen Leuten, die ihre Studien mit der untersten Gymnasialklasse beginnen, ihr Ziel nicht erreichen. Oft muß die Mission auch auf eigene Kosten noch eine Vorschule unterhalten, in der die jungen Leute vor Eintritt ins Gymnasialkonvikt den grundlegenden Elementarunterricht erhalten.

Die zusätzlichen Kosten, die durch den oft vieljährigen Unterhalt von jungen Leuten entstehen, die aus irgendeinem Grunde während des langen Studiengangs ausscheiden, brauchen natürlich für das allgemeine Missionsziel nicht verloren zu sein. Viele dieser ehemaligen Seminaristen werden später Lehrer an Missionsschulen oder Katechisten, andere leisten wertvolle Hilfe beim Aufbau einer katholischen Laienelite im weltlichen Raum. In manchen Missionen hat man sich allerdings um die ausgeschiedenen Seminaristen nicht genug gekümmert. Man erkannte nicht, welche Bedeutung die Gutgesinnten unter ihnen für die junge Kirche gewinnen konnten, oder es fehlte an Seelsorgskräften, die sie sammelten, zumal sie oft den Bereich des betreffenden Missionssprengels verließen. Leider findet man heute manche ehemalige Seminaristen unter den radikalen Nationalisten und in kirchenfeindlichen Bewegungen. Andere wollen Christen sein, haben aber jede konfessionelle Bindung abgeworfen. In Paris sind ein paar Hundert ehemalige Seminaristen aus dem ganzen früheren französischen Kolonialreich zusammengeströmt und vermehren dort das farbige Halbgebildeten-Proletariat. Die Priesterbildung in den Missionen vollzieht sich heute zwangsläufig in dem allgemeinen Klima geistiger Gärung und des leidenschaftlichen Verlangens nach Unabhängigkeit. Die Slogans des Antikolonialismus dringen bis in die stillen Gefilde der Seminarerziehung, und es wird auch schon von draußen gehetzt gegen die weißen Professoren. Die meisten Seminarlehrer sind ja noch Ausländer, und es ist schwer, sie ganz durch Einheimische zu ersetzen. Die großen Orden und Kongregationen bilden natürlich einheimische Professoren heran. Das hindert aber nicht, daß in vielen Seminaren der Professorenstab sich noch ganz aus Weißen zusammensetzt. Auch das St. Petrus-Kolleg in Rom, in dem aus der ganzen Missionswelt befähigte Priester zu Spezialstudien zusammengezogen sind und das bisher 299 Einheimische aufnahm, von denen 136 den Dokortitel erwarben, kann den großen Bedarf nicht decken.

Neben die Unterhaltskosten für 28 000 Seminaristen treten als zweithöchster Kostenfaktor in der Jahresrechnung des Päpstlichen Werkes für den einheimischen Klerus die Aufwendungen für den Bau, die Erweiterung und die Wiederherstellung von durch Naturkatastrophen schwer beschädigten Seminaren. Im letzten Jahre mußten 2,6 Millionen Dollar für diese Zwecke aufgewandt werden, während für den Unterhalt der Seminaristen 3 Millionen Dollar ausgegeben wurden. Wegen Mangels an Mitteln mußte man im Jahre 1958 bei allen Zuwendungen zum Teil empfindliche Kürzungen vornehmen. Die Gefahr bei solchen Maßnahmen ist, daß die Seminarleiter die Aufnahmequoten herabsetzen. Nur aus eigenen Mitteln kann das Päpstliche Werk übrigens seine Auf-

gaben seit langem nicht mehr erfüllen. Das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung hat seit Jahren 15 Prozent seiner Einnahmen, seit ein paar Jahren sogar 20 Prozent alljährlich an das Schwesterwerk abgeben. Man vermeidet bei den Seminarbauten, deren Pläne durch die örtlichen päpstlichen Vertretungen und die Propagandakongregation genau geprüft werden, jeden Luxus, sieht aber darauf, daß moderne Hygiene hier ihren Einzug hält, daß die Häuser technisch gut ausgerüstet sind, wirklich ein Heim für die jungen Leute darstellen, konzentriertes Studium ermöglichen und auch Gelegenheiten zur Ausübung von Sport bieten, während die Lebenshaltung landesüblich einfach ist. Seitdem die jungen Staaten und auch die noch amtierenden Kolonialregierungen prächtige Universitäts- und Schulgebäude errichten, muß die Kirche darauf achten, daß auch ihre Seminare „ein Gesicht“ haben — gehörte der Priester bisher doch vor allem in den Ländern mit gering verbreiteter höherer Schulbildung zur geistigen Elite des Landes. Primitive Seminarbauten würden das Ansehen des ganzen Priesterstandes in diesen Ländern gefährden.

Das Päpstliche Werk für den einheimischen Klerus hat in diesem Jahr 6 328 004 Dollar (2 934 609 Dollar aus eigenen Mitteln und 3 393 395 aus den Sammlungen des Werkes der Glaubensverbreitung) zur Verfügung. Diesen bereitstehenden Geldern stehen Anforderungen von 7 379 000 Dollar gegenüber. Es fehlen also in diesem Jahr eine Million Dollar. Obwohl die Einnahmen des Werkes Jahr für Jahr leicht ansteigen, wachsen die notwendigen Ausgaben stärker. Wie kann dem Werke geholfen werden und damit ein Stillstand in der primärsten Aufgabe der Weltmission, der Schaffung eines einheimischen Klerus, verhütet werden?

#### *Unerschlossene finanzielle Reserven*

Sicherlich hat das Päpstliche Werk für den einheimischen Klerus, das als universales Werk der Kirche sich in allen Diözesen der Welt entfalten soll, seine Entwicklungs- und Werbemöglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Es geht hier nicht in erster Linie um die Durchführung einer riesigen Organisation, sondern um die Weckung des universalkirchlichen Geistes. In vielen Ländern der katholischen Welt führt das Werk ein allzu schwaches Leben. Nachdem es nun rund 40 Jahre besteht, hat man es in Australien erstmalig im vorigen Jahre von den Kanzeln empfohlen! Das katholische Portugal, dessen Regierung nach dem mit Rom abgeschlossenen Missionsvertrag die Missionen in den „überseeischen Gebieten“, d. h. dem Rest des einstigen großen Kolonialreiches in Indien, China und Afrika, weitgehend unterhält, brachte im Vorjahr für das universalkirchliche Priester-Missionswerk nur 474 Dollar auf! Das ganze Lateinamerika, in dem ein Drittel aller Katholiken der Welt lebt, trug im letzten Jahr nur 1,6 Prozent der Gesamteinnahmen des Werkes bei, während 94 Prozent auf Europa und Nordamerika kommen. Die „Säulen“ des Werkes in finanzieller Hinsicht sind folgende sieben Länder mit Ablieferungen (1958) über 100 000 Dollar:

|                                      |                |
|--------------------------------------|----------------|
| Bundesrepublik Deutschland . . . . . | 728 915 Dollar |
| Vereinigte Staaten . . . . .         | 712 629 Dollar |
| Kanada . . . . .                     | 694 259 Dollar |
| Frankreich . . . . .                 | 271 798 Dollar |
| Italien . . . . .                    | 197 040 Dollar |
| Niederlande . . . . .                | 195 153 Dollar |
| Belgien . . . . .                    | 139 563 Dollar |

Die wenigen hier gebotenen Zahlen zeigen, daß die in diesem Jahr fehlende eine Million Dollar leicht aufgebracht werden könnte, wenn es gelänge, in einer großen Anzahl von Ländern, die bisher kaum oder ungenügend mitarbeiteten, den Sinn für die Aufgabe und ihre Dringlichkeit zu wecken.

Einer besonderen Betrachtung bedürfen in der Sicht der Missionsgebetsmeinung die Missionen selbst. Die Enzyklika *Maximum Illud* brachte zwar die in den letzten 400 Jahren gestörte äußere und innere Dynamik der Kirchengründung wieder voll zur Entwicklung, zunächst im Bereich des Prozesses der Missionierung selbst. Die Missionierten müssen aber, nachdem ihre Kirche zur Vollreife erwachsen ist, die Dynamik weitergeben. Sonst tritt auf der nächsten Stufe der Kirchengründung eine neue Entwicklungsstörung ein. Das bedeutet auf finanziellem Gebiete, daß die jungen Kirchen sich fähig machen, für die eigenen wirtschaftlichen Grundlagen des kirchlichen Lebens zu sorgen, um dann neben die altchristlichen Kirchen zu treten und mit ihnen zusammen in der Gründung neuer Kirchen auch finanziell tätig zu sein. Wir dürfen freilich nicht übersehen, daß die Missionsarbeit sich heute fast ganz in den sog. Entwicklungsländern abspielt, die von Hunger und Krankheit geplagt sind und die schwere wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen haben. Da diese Länder aber selbst verlangen, nicht als unterentwickelte, sondern als in Entwicklung begriffene Länder angesehen zu werden, geben sie damit dem Willen und der Hoffnung Ausdruck, zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen. Die einheimischen Kirchen müssen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Selbständigwerdung vom gleichen Willen und der gleichen Hoffnung beseelt sein wie die Staaten, in denen sie leben. Sie müssen also auch den Willen haben, die wirtschaftlichen Fragen des Unterhalts und der Erziehung ihres Klerus selbst zu lösen, um dann auch für die Klerusbildung in neu zu gründenden Missionskirchen ihren Beitrag zu leisten. Um sie in dem Augenblick, wo man sie in der juridischen Form unserer heimischen Diözesen organisiert und ihnen damit den Zustand wachsender innerer Reife bescheinigt, auf ihre Verpflichtung der Mitarbeit an den Aufgaben der Gesamtkirche im letzten Stadium ihrer Entwicklung vorzubereiten und sie schon jetzt zu gesamtkirchlichem Denken zu erziehen, wünscht Rom, daß das Päpstliche Werk für den einheimischen Klerus auch überall in den Missionen eingeführt werde. Man rechnet dabei vorläufig nicht mit erheblichen finanziellen Hilfen der Missionskirchen, erwartet sie aber für die Zeit, wo die Entwicklungsländer voll entwickelte Länder sind. Im übrigen erhalten ja die jungen Kirchen zur Zeit vom selben Päpstlichen Werk, dem sie finanziell zu helfen suchen, das Zehn-, Zwanzig- und Hundertfache in der Form von Beihilfen für die Ausbildung ihrer eigenen Priester zurück.

Hier stößt nun das Päpstliche Hilfswerk auf eine weitverbreitete geistige Fehlhaltung in den Missionskirchen selbst, die sich überhaupt auf die ganze Frage des Beitrags der Gläubigen zu den Kultkosten bezieht. Wie die Bevölkerung der Kolonialländer gewöhnt war, von den Kolonialbehörden wirtschaftliche Hilfe zu erhalten, so hatten die einheimischen Katholiken sich daran gewöhnt, vom Ausland bzw. den ausländischen Missionaren finanzielle Hilfen zu bekommen. Das eine wie das andere wurde allmählich als selbstverständlich betrachtet. Wenn

jetzt auf Wunsch der Propagandakongregation versucht wird, in den Missionen stufenweise einen bescheidenen Kirchenbeitrag der Gläubigen bzw. eine Kirchensteuer einzuführen, ist das Erstaunen oft groß. Die Missionare sind doch wohlhabend! Sonst hätten sie nicht alles das leisten können, was sie auf dem Gebiete der Caritas, der Schulen, der sozialen Hilfe und der Seelsorge tatsächlich finanziell zuwege gebracht haben. Zur Beleuchtung der Situation ein paar Zitate: Im diesjährigen Jahresbericht des Päpstlichen Werkes für den einheimischen Klerus berichtet der Nationalleiter in einer Nation des Fernen Ostens (Vietnam): „Bei uns geht das Werk nur langsam voran. Von den Missionaren daran gewöhnt, Unterstützung zu erhalten, begreifen viele und selbst reiche Katholiken nur schwer, daß sie verpflichtet sind, zum Unterhalt des eigenen Priesterseminars beizutragen.“ — Ein ehemaliger China-Missionar, Alois Macheiner SVD, schrieb im Jahre 1954 in der „Neuen Zeitschrift für Missionswissenschaft“: „Manche Christen (in China) sind leider durch eine gutmeinende, aber den Volkscharakter verkennende Missionspraxis verwöhnt worden. Sie sind ans Betteln statt ans Geben gewöhnt worden.“ — Im Jahre vorher berichtete in der gleichen Zeitschrift Walbert Bühlmann OFM Cap aus Daressalam bei einer Würdigung fünfzigjähriger Arbeit der Missionsstation Kwiwo in Ostafrika, die Leute könnten gar nicht begreifen, daß sie auch materiell zum Missionswerk beitragen müßten, da ja die Missionare in ihren Augen reich seien. Er fährt dann fort: „Man kann bei den Schwarzen den Eindruck, daß die Missionare reich seien, nicht verhindern. Denn ein Missionar, der ein ganz sauberes Kleid trägt, Schuhe hat und einen Tropenhelm, dreimal täglich ißt, in einem steinernen Hause wohnt, Lehrern und Arbeitern die Löhne auszahlt, der muß doch reich sein!“ — Der Kanonist P. J. de Reeper behandelte in einem Artikel über „Kirchenbeiträge in den Missionen“ (Worldmission Nr. 3, 1952) das gleiche Thema: „Die Einheimischen sind geneigt, die Missionare als reich zu betrachten, und meinen, daß diese ihre Hilfe nicht benötigen. Sie sind gewohnt, die Missionare bauen, leben und reisen zu sehen, ohne daß sie selbst auch nur einen Penny beige-steuert haben. So sind sie geneigt, sich von der Pflicht, die Missionare zu unterstützen, als entlastet zu betrachten.“

Es wird eine der Aufgaben der kommenden Zeit sein, die Angehörigen der reifenden Missionskirchen von einer Geisteshaltung abzubringen, wie sie oben geschildert wurde. Man wird ihnen in Liebe sagen dürfen, daß sie, wenn sie jetzt so inbrünstig die Ablösung des weißen Klerus erwarten, sich auch Gedanken machen müssen, wie sie ihren eigenen Klerus ernähren. Man wird schließlich an ihr Ehrgefühl appellieren: Wenn ihr auf anderen Gebieten den „Paternalismus“ der Mission ablehnt, müßt ihr auch auf finanziellem Gebiete den Stolz der erwachsenen Kinder einer Familie zeigen, die nicht mehr von ihren Eltern erhalten werden wollen... Freilich werden die jungen Kirchen so lange noch unserer Hilfe bedürfen, bis sie wirklich eine breite Grundlage in allen Schichten der Gesellschaft haben. Die jungen Kirchen sind noch weitgehend „Kirchen der Armen“. Dazu ist die moderne Klerusbildung außerordentlich teuer. Die lange Vorbildung läßt sich heute nicht umgehen. Die Protestanten haben lange ihre einheimischen Lehrer, namentlich in Afrika, zu Pastoren ihrer Gemeinden gemacht. Sie sehen

ein, daß das nicht mehr geht, und suchen ihnen sogar Universitätsbildung zu geben. Man darf deshalb auch nicht darauf hinweisen, daß zu Zeiten eines hl. Paulus die neuen Gemeinden im römischen Weltreich sich sofort selbst erhielten und daß man zwar für die Mutterkirche in Jerusalem sammelte, daß aber die Mutterkirche nicht auf den Gedanken kam, Geld nach Korinth oder Rom zu senden (De Reeper, a. a. O.). Wenn der hl. Paulus, bevor er Priestern die Hände zur Weihe auferlegte, diesen eine vieljährige Vorbildung hätte geben müssen, würde er auch vor einem Finanzproblem gestanden haben, das seine jungen Gemeinden nicht lösen konnten.

Entscheidend ist auf jeden Fall heute für die Lösung des finanziellen Problems der Heranbildung einheimischer Priester, daß man die Dynamik in Fluß hält, der *Maximum Illud* in der Kirchengründung wieder zu ihrem Rechte verhalf, und daß diese Dynamik, 40 Jahre nach der Verkündigung dieser Enzyklika, in den jungen Missionskirchen weitergeführt wird. Dann werden die Ausgaben der altchristlichen Kirchen von heute für die Formung des Klerus der jungen Kirchen nicht ins Uferlose wachsen, sondern schließlich nach Abwicklung des eingetretenen Stauungszustandes bei der Ausbreitung der Kirche ein größeres Gleichmaß erreichen.

**Der Hunger in der Welt: Probleme der Grundschulbildung in den Entwicklungsländern**

Es ist eine Erfahrungstatsache, die auch uns aus den Jahren 1945—1948 nicht fremd ist, daß Menschen, die leiblich hungern, nur selten geistiges Interesse haben. Der Kampf um das tägliche

Brot beansprucht alle ihre Kräfte. Handelt es sich um geistig besonders wache Menschen, die unter den Druck des permanenten Hungers geraten, dann hält auch deren Willen nicht allzu lange vor, um konzentriert und systematisch geistiger Arbeit nachzugehen. Es wundert also nicht, daß in den Ländern der Erde, die heute unter chronischem Hunger leiden, die Menschen mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um sich Wissen und Bildung anzueignen.

Wissen und Bildung sind freilich häufig nicht ein und dasselbe. Die großen Völker des Ostens sind zu Recht stolz auf ihre geistigen Traditionen, und es wäre verfehlt, anzunehmen, diese alten Kulturen hätten ihre Völker nicht „gebildet“. Ähnliches läßt sich auch von den Kulturen Afrikas und ihrer Prägekraft auf die Einheimischen sagen. Der Senegalese Alioune Diop hat erst vor kurzem (in „Dokumente“, April 1959, S. 111—118) den (nicht immer nur angeblichen) Anspruch der weißen Völker auf ihre kulturelle Überlegenheit über die Farbigen mit gewichtigen Argumenten zurückgewiesen. An Wissen und Bildung im Sinne von Ausbildung jedoch, die für die Erschließung und Nutzung der Güter erforderlich ist — und das ist im industriellen Zeitalter vor allem eine technisch-wirtschaftliche Ausbildung —, sind die Menschen in den Notstandsgebieten der Erde den westlichen Gesellschaften eindeutig unterlegen. Das bestreiten sie auch nicht, und da sie wissen, daß nur auf dem Wege systematischer Wissensanreicherung, und zwar nicht weniger einzelner, sondern möglichst ganzer Völker, auf die Dauer — genau wie in der westlichen Welt vor einigen hundert Jahren — der Hunger überwunden werden kann, sind sie heute alle eifrig damit beschäftigt, ihre Schulsysteme zu entwickeln und ihre Bildungsstätten auszubauen.

## Analphabetismus

Daß zwischen internationalem Hunger und internationaler Unwissenheit ein gewisser Zusammenhang besteht, fällt einem Menschen unserer Breiten nicht leicht zu begreifen. Fritz Baade hat (in: Welternährungswirtschaft, 1956) sehr eindrucksvoll diesen Zusammenhang aufgezeigt. In einem Lande wie Japan, in dem fast 95% aller Bewohner lesen und schreiben können, werden pro Hektar mehr als 4 Tonnen Reis geerntet; der Reisertrag beträgt in China, einem Land mit 53% Analphabeten, nur 2,5 Tonnen; in Indien bei mehr als 80 Prozent Analphabeten 0,8—1,2 Tonnen. Vergleicht man den Nahrungsmittelverbrauch einiger Länder mit dem Prozentsatz ihrer Analphabeten, das heißt also mit Menschen, die nicht lesen und schreiben können, so kann an einem Zusammenhang zwischen Hunger und Wissen nicht gezweifelt werden. Der Ausdruck Analphabetismus ist freilich, wie der „Rapport Préliminaire sur la Situation Sociale dans le Monde“ der UN von 1952 (S. 66 f.) ausführt, in den nationalen Statistiken sehr unterschiedlich bestimmt, so daß Vergleiche nur immer die Größenordnungen erkennen lassen. (Die eigentliche Schwierigkeit, das Ausmaß des internationalen Analphabetismus zu bestimmen, ergibt sich aus der paradoxen Situation, daß Analphabeten nur in den Ländern gezählt werden können, in denen der Analphabetismus praktisch überwunden ist. Länder und Regionen, deren Bevölkerungen fast nur aus Analphabeten bestehen, sind bis heute nicht in der Lage, Volkszählungen durchzuführen.)

In den westlichen, wirtschaftlich entwickelten Ländern überschreitet im allgemeinen der Anteil der Analphabeten die Zehn-Prozent-Grenze (vom Gesamt der Bevölkerung) nicht. Der Kalorienverbrauch pro Tag und Person liegt oberhalb von 2800. Für die Entwicklungsländer stellt sich das Verhältnis von Ernährung und Analphabetismus wie folgt dar (die Daten sind für die Ernährung der Zweiten Enquete der FAO von 1953, für den Bildungsstand — wie auch im folgenden — dem Rapport Préliminaire entnommen):

| Land        | Kalorien | Analphabeten in % |
|-------------|----------|-------------------|
| Ceylon      | 1970     | 42                |
| Indien      | 1700     | 92                |
| Pakistan    | 2020     | 86                |
| Indonesien  | 1880     | 92                |
| Ägypten     | 2200     | 74,5              |
| Türkei      | 2480     | 65,4              |
| Brasilien   | 2340     | 51,4              |
| Kolumbien   | 2280     | 38,5              |
| Argentinien | 3100     | 13,3              |

Im Schwarzen Afrika betragen die Prozentsätze der Analphabeten: in Uganda 70, an der Goldküste 80, in Nyassaland 93 und in Mozambique 99.

### Fortschritte im Schulbesuch

Es ist nun erfreulich, festzustellen, wie sehr sich in den letzten zwanzig Jahren die Kolonialverwaltungen oder — nach 1945 — die Regierungen der selbständig gewordenen Staaten um eine Verbesserung der schulischen Ausbildung ihrer (abhängigen) Völker bemüht haben. Um diese Anstrengungen würdigen und auch in etwa vergleichen zu können, ist es notwendig, diese Fortschritte jeweils auf den Anteil der Schulpflichtigen an der gesamten Landesbevölkerung zu beziehen. (Es ist selbstver-

ständig, daß die Hebung des Wissens zunächst bei der Jugend versucht wird.) Folgende Entwicklung zeichnet sich ab:

| Land        | Anteil der eingeschriebenen Volksschüler |             | Anteil d. 5- bis 14-jährigen an d. Gesamtbevölkerung in % | Anteil d. Mittel- und Hochschul-er an d. Gesamtbevölkerung in % |
|-------------|--|-------------|---|---|
|             | früher                                   | später      |   |   |
| Uganda      |  | 3,2 (1950)  | 21—27   | 0,2 (1950)  |
| Goldküste   |  | 7,0 (1950)  | 21,3  | 0,2 (1950)  |
| Nyassaland  | 10,4 (1946)                              | 9,5 (1950)  | 21—27   | 0,1 (1949)  |
| Mozambique  | 1,1 (1937)                               | 2,3 (1946)  | 22,6  | 0,1 (1946)  |
| Ceylon      | 11,5 (1937)                              | 13,9 (1949) | 24,3  | 3,1 (1949)  |
| Indien      | 5,1 (1950)                               | 5,6 (1953)  | 24  | 1,4 (1949)  |
| Pakistan    | 4,2 (1950)                               | 5,2 (1954)  | 24  | —   |
| Indonesien  | 6,9 (1951)                               | 8,7 (1954)  | 25  | 0,2 (1948)  |
| Ägypten     | 6,8 (1951)                               | 9,7 (1955)  | 24  | 0,8 (1948)  |
| Türkei      | 7,7 (1950)                               | 8,1 (1955)  | 23,5  | 0,9 (1949)  |
| Brasilien   | 7,3 (1950)                               | 7,9 (1954)  | 26  | 1,2 (1946)  |
| Argentinien | 12,9 (1950)                              | 13,7 (1954) | 20  | 2,0 (1949)  |
| Dagegen:    |  |             |   |   |
| B. R. D.    | 13,2 (1951)                              | 10,2 (1954) | 15  | —   |
| USA         | 14,6 (1950)                              | 17,6 (1955) | 17,8  | 6,6 (1948)  |

Damit freilich, daß die Kinder in den Schulregistern „eingeschrieben“ sind, ist im Kampf gegen die Unwissenheit noch nicht viel gewonnen. Entscheidend ist, daß sie die Schulen, sofern sie vorhanden sind, auch besuchen. Und zwar sollten sie, wenn sie in etwa eine abgeschlossene Grundschulbildung anstreben, selbstverständlich während der vorgeschriebenen vier, fünf, sechs oder acht Jahre, die das Gesetz dafür vorsieht, den Unterricht regelmäßig besuchen. Wie unterschiedlich der Unterricht durch die verschiedenen Schuljahre hindurch besucht wird, mögen folgende Angaben verdeutlichen:

| Klasse | Brasilien (1945) |                            |                      | Kuba (1950) |           | Irak (1944) | Syrien (1945) | USA (1948) |
|--------|------------------|----------------------------|----------------------|-------------|-----------|-------------|---------------|------------|
|        | Bundesstaat in % | Hauptstädte d. Länder in % | Rest des Landes in % | Städte in % | Land in % |             |               |            |
| I      | 34,2             | 44,0                       | 58,1                 | 30,6        | 45,3      | 32,0        | 43,5          | 17,0       |
| II     | 23,5             | 23,4                       | 21,3                 | 20,7        | 24,8      | 18,3        | 21,5          | 13,6       |
| III    | 18,4             | 17,8                       | 13,4                 | 16,4        | 15,0      | 14,9        | 16,3          | 13,1       |
| IV     | 14,5             | 12,6                       | 6,6                  | 12,7        | 9,2       | 12,9        | 11,3          | 12,6       |
| V      | 9,4              | 2,2                        | 0,6                  | 9,2         | 4,2       | 11,8        | 7,4           | 11,9       |
| VI     |                  |                            |                      | 6,1         | 1,5       | 10,1        |               | 11,2       |
| VII    |                  |                            |                      | 2,9         |           |             |               | 11,0       |
| VIII   |                  |                            |                      | 1,4         |           |             |               | 9,6        |
|        | 100              | 100                        | 100                  | 100         | 100       | 100         | 100           | 100        |

(Brasilien kennt nur eine vierjährige Schulpflicht, das fünfte Jahr dient zur Vorbereitung auf die Mittelschule; Kuba hatte zur Zeit der Erhebung eine achtjährige, Irak eine sechsjährige und Syrien eine fünfjährige Schulpflicht.)

### Die Schwierigkeiten der Schule auf dem Lande

Aus dieser begrenzten Übersicht — nur sehr wenige Länder haben bis heute derartige Erhebungen durchgeführt — wird deutlich, wie ungleichmäßig die Schüler sich auf die verschiedenen Klassen der Schulkurse verteilen. Besonders auffällig sind aber auch die Unterschiede zwischen Land- und Stadtschule. Nun gilt sicher, wie der Rapport Préliminaire betont, daß es wahrscheinlich kein Land gibt, in dem das Landkind bezüglich der Länge und Qualität des Schulunterrichts gegenüber dem Stadtkind nicht benachteiligt wäre. Besonders kraß ist diese Benachteiligung heute in den Entwicklungsländern. In den meisten Staaten Lateinamerikas und Asiens besteht die

Regel, daß die Schulsysteme in den Städten voll ausgebaut sind, während auf dem Lande höchstens zwei bis vier Jahre Unterricht erteilt wird. Das hat zur Folge, daß hier fast immer die Kinder, die die Landschule besuchen, von dem Besuch der fortführenden Schulen, Mittel- bzw. Höhere Schulen und Hochschulen, ausgeschlossen bleiben. In den afrikanischen Staaten sieht bereits das Gesetz vor, daß Kinder, die weiter als 2 bis 3 km von der nächsten Schule entfernt wohnen, von der Schulpflicht ausgenommen sind. Das ist jedoch die Masse der Kinder dieser Länder. Erschwerend kommt die allgemein verbreitete Abneigung der Lehrer hinzu — sie haben in den Entwicklungsländern fast immer in städtischen Bildungsanstalten ihre Studien absolviert —, auf dem Lande unter sehr primitiven Verhältnissen zu unterrichten. Nur die Türkei hat bisher einen Weg gefunden, um diesem Mißstand abzuwehren. Dem Aufbau eines Schulwesens auf dem Lande steht weiterhin fast überall die mißtrauische Haltung der Eltern entgegen, ihre Angst, durch den ihrer Meinung nach viel zu langen Schulbesuch ihre Kinder als Arbeitskraft zu verlieren. Der Rapport Préliminaire fügt hinzu, daß die ablehnende Haltung von seiten der Eltern nicht ganz unbegründet sei; denn bis jetzt vermittele die Landschule in fast allen Entwicklungsländern nicht das, was die ländliche Bevölkerung wirklich zur Meisterung der ihr gestellten Aufgaben benötigt. Der Unterricht auf dem Lande sei weltfremd, an städtischen Vorbildern orientiert, die Lehrer häufig ohne jeden Kontakt mit der ländlichen Bevölkerung.

#### *Bedeutung und Verbreitung von Buch und Zeitung*

Das Mißtrauen der Landbevölkerung in den Entwicklungskontinenten gewinnt noch mehr Berechtigung, wenn man sich einmal klar macht, welche Möglichkeiten in diesen Ländern bestehen, um das in der Schule Gelernte, Lesen, Schreiben und Rechnen, nach der Schulzeit sinnvoll anzuwenden. Um Lesen zu können, muß man etwas zum Lesen haben, und um zu schreiben, braucht man Papier. Was den Lesestoff anbelangt, so ist er heute so ungleichmäßig über die Erde verteilt, daß man versucht ist zu sagen, diejenigen, die ihn brauchen, haben ihn nicht, und die, die ihn haben, brauchen ihn nicht — jedenfalls nicht in der Menge. Nach Rolf Wagenführ (Die Welt in Zahlen, 1959) entfiel in Europa 1954 im Durchschnitt auf je 3000 Einwohner ein Buchtitel, in Asien waren es 24 000, in Ozeanien 14 000, in Nord- und Südamerika 13 000, und in Afrika waren es 107 000. (Leider berücksichtigen die internationalen Statistiken nur die Zahl der Titel der herausgegebenen bzw. übersetzten Bücher — wobei der Begriff Buch nicht einheitlich verstanden wird —, jedoch nicht die Höhe der Auflage.) Wie unterschiedlich die Verteilung des Buches auf der Welt heute ist, vermögen folgende Angaben erkennen lassen:

| Land           | Einwohnerzahl | Jahr | Bücher         |                    |
|----------------|---------------|------|----------------|--------------------|
|                |               |      | herausgegebene | übersetzte         |
| Bundesrepublik | 52 Mill.      | 1955 | 16 300         | 2056 (Ost u. West) |
| USA            | 165 Mill.     | 1955 | 12 589         | 818                |
| Ägypten        | 22,9 Mill.    | 1955 | 1 037          | —                  |
| Brasilien      | 58,4 Mill.    | 1955 | 3 385          | 208                |
| Indien         | 381 Mill.     | 1955 | 18 559         | 354                |
| Indonesien     | 81,9 Mill.    | 1955 | 1 304          | 125                |
| Japan          | 89,1 Mill.    | 1956 | 24 541         | 1203               |
| Philippinen    | 21,8 Mill.    | 1955 | 136            | —                  |
| Türkei         | 24,1 Mill.    | 1955 | 2 552          | —                  |

Ähnliches gilt auch für die Verteilung und den Verbrauch von Tageszeitungen bzw. Zeitungspapier, wobei freilich hinzugefügt werden muß, daß nach allgemeiner Überzeugung die Verbreitung von Zeitungen für das Bildungsniveau eines Volkes nicht von der Bedeutung ist wie die von Büchern. In unserem Zusammenhang ist es jedoch vor allem wichtig, zu sehen, was auf der einen Seite die reichen Völker an Papier „verbrauchen“, während andererseits die Entwicklungsvölker unter starkem Papiermangel leiden, was sich sowohl nachteilig auf die Durchführung und den Effekt des schulischen Unterrichts wie auch auf die Weiterbildung (im Sinne der Anwendung des Gelernten) der Schulentlassenen auswirkt. An Tageszeitungen und Zeitungspapier wurden verbraucht:

| Land           | Zeitungen<br>Jahr | je 1000 Einwohner<br>Stück | jährlicher Verbrauch an Zeitungspapier in kg je Kopf 1955 |
|----------------|-------------------|----------------------------|---|
|                |                   |                            |   |
| Bundesrepublik | 1954              | 243                        | 6,8   |
| Dänemark       | 1953              | 378                        | 14,8  |
| Schweden       | 1954              | 459                        | 22,0 (1954)   |
| Australien     | 1955              | 396                        | 24,2 (1954)   |
| Kanada         | 1955              | 242                        | 27,5  |
| USA            | 1955              | 339                        | 35,2  |
| Ägypten        | 1952              | 25                         | 0,9   |
| Brasilien      | 1954              | 51                         | 2,8   |
| Indien         | 1953              | 7                          | 0,2   |
| Indonesien     | 1952              | 7                          | 0,1   |
| Japan          | 1955              | 397                        | 5,1   |
| Pakistan       | 1954              | 9                          | 0,1   |
| Philippinen    | 1954              | 19                         | 1,3   |
| Thailand       | 1952              | 4                          | 0,8   |
| Türkei         | 1952              | 32                         | 0,7   |

(Für die afrikanischen Länder liegen bis jetzt entsprechende Angaben nicht vor.)

#### *Finanzielle Probleme*

Materielle Armut, Analphabetismus, wenig entwickelte Schulsysteme und Bildungsmöglichkeiten (weil es an den primitivsten Voraussetzungen dazu fehlt) stehen in einem Kausalkonnex, der nur sehr schwer zu durchbrechen ist. Das gilt allgemein, d. h. unter normalen Verhältnissen. Nun darf nicht außer acht gelassen werden, will man die Chancen, die den Entwicklungsländern in ihrem Kampf gegen die Unwissenheit gegeben sind, richtig abwägen, daß fast alle Entwicklungsländer auf Grund ihres Geburtenreichtums die westlichen, wirtschaftlich entwickelten Länder an Zahl der schulpflichtigen Kinder relativ beträchtlich übertreffen. Das heißt: Wenn in den Entwicklungsländern der Prozentsatz der Schulpflichtigen (zwischen 5 und 14 Jahren) vom Gesamt der Bevölkerung 23 bis 28 ausmacht (in den westlichen Ländern beträgt der entsprechende Satz zwischen 12 und 17), dann kann der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung (zwischen 20 und 69 Jahren) in den Entwicklungsländern nur zwischen 47 und 51 Prozent (gegenüber 61 bis 65 Prozent in den westlichen Ländern) sein. In den westlichen Ländern bezahlen also vier oder fünf Erwerbspersonen die Aufwendungen für den schulischen Unterricht eines jeden Kindes, in den Entwicklungsländern sind nur zwei Erwachsene vorhanden, die für die Finanzierung eines Schulkindes aufkommen. Die materiellen Möglichkeiten nach dem Pro-Kopf-Einkommen liegen hier jedoch im Durchschnitt immer weit unter denen der weißen, europäisch-amerikanischen Bevölkerung. Wenn daher die Entwicklungsländer heute im Durchschnitt 15 bis 20 Prozent ihres Nationalbudgets

für Bildungszwecke aufwenden, so bleiben die Summen relativ erheblich hinter denen der westlichen Länder zurück, obgleich diese in der Regel nicht mehr als 9 bis 13 Prozent für die gleichen Zwecke ausgeben. Solange daher die für Bildung und Erziehung aufgewendeten Summen in den Entwicklungsländern nicht wesentlich gesteigert werden können — und diese Steigerung hängt wiederum von einer günstigeren Entwicklung der Volkseinkommen in diesen Ländern ab —, werden die Erfolge im Kampf für eine weitere Ausbreitung des Wissens — als einer Voraussetzung zur Überwindung des Hungers und der Not — zwangsweise beschränkt bleiben.

### *Eine Ursache der Bildungsnot*

Man wird sich fragen, welche Ursachen die unterschiedliche Entwicklung in den Bildungssystemen zwischen den westlichen und den Entwicklungsländern hat. Sie sind sicher sehr vielfältig und komplex. Eine jedoch zwingt sich auf, wenn man bedenkt, daß fast alle diese Länder bis vor kurzem noch in der Abhängigkeit der europäischen Kolonialmächte standen. Der Rapport Préliminaire unterscheidet drei Formen von „Segregation“, die sich schon zu Zeiten, als die Entwicklungsländer noch in der Mehrzahl abhängig waren, sehr nachteilig auf die schulische Bildung dieser Völker ausgewirkt haben. In einigen Ländern, die unter weißer Führung stehen oder standen, sah das Gesetz einen nach Rassen getrennten Schulbesuch vor (vor allem in Afrika); in anderen Regionen wurden Schulen eingerichtet, die den Wünschen und den Bedürfnissen der Eltern, vor allem hinsichtlich der Religion und der Unterrichtssprache, nicht entsprachen. Die Schulen wurden daher weitgehend nicht besucht. Schließlich — das gilt vor allem für die südamerikanischen Staaten — wurden Schulsysteme sehr einseitig in städtischen Milieus entwickelt und gefördert, ohne daß gleichzeitig der ländlichen Bevölkerung entsprechende Möglichkeiten zum Schulbesuch geboten wurden. Auffallenderweise deckt sich die Bevorzugung oder Benachteiligung bestimmter Schichten (bezüglich der schulischen Ausbildung) fast überall mit der bestimmter Rassen oder Religionen. Als Beispiele für belgische, britische und französische Schulpolitik in Afrika führt der Rapport Préliminaire folgende Daten an:

| Land                              | Bevölkerung | Zahl der eingeschriebenen Schüler |               | Aufwendungen d. Kolonialmacht für Unterricht und Erziehung |
|-----------------------------------|-------------|-----------------------------------|---------------|--|
|                                   |             | Grundschule                       | höhere Schule |  |
| <b>Belgisch-Kongo (1948)</b>      |             |                                   |               |  |
| Europäer                          | 52 000      | 2 995                             | 1 155         | 83 237 000 bfrs (1947/48)                                  |
| Eingeborene                       | 10 900 000  | 869 074                           | 12 422        | 127 000 000  |
| <b>Kenia (1950)</b>               |             |                                   |               |  |
| Europäer                          | 38 000      | 3 841                             | 1 947         | 333 583 Pfund  |
| Asiaten                           | 120 000     | 22 176                            | 3 484         | 246 433  |
| Afrikaner                         | 5 475 000   | 338 653                           | 11 687        | 418 939  |
| <b>Französisch-Marokko (1947)</b> |             |                                   |               |  |
| Europäer                          | 325 000     | 45 180                            | 10 359        | 2 396 540 000 frs  |
| Marokkaner (Juden)                | 204 000     | 23 037                            |               | 252 000 000  |
| Marokkaner (Muslime)              | 8 088 000   | 99 705                            | 1 449         | 2 295 050 000  |

## Ökumenische Nachrichten

**Zur kirchlichen Lage in Mitteldeutschland** Anlässlich der Genfer Konferenz der Außenminister der vier Großmächte tagte in Frankfurt am Main Anfang Mai die Arbeitsgemeinschaft „Christliche Verantwortung für europäische Zusammenarbeit“, um den westlichen Verhandlungspartnern Vorschläge für einen mäßigen Einfluß auf die Regierung der DDR in der Behandlung der evangelischen Kirchen zu unterbreiten, deren bedrängte Lage wir im letzten Heft (S. 433 f.) berichtet haben. Anwesend waren außer dem holländischen Diplomaten Dr. C. L. Patijn, dem französischen Politiker André Philip, dem englischen Unterhausmitglied John Edwards und dem deutschen Industriellen Dr. Walter Bauer auch Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Militärbischof Dr. Kunst und Ministerpräsident a. D. Dr. Steltzer.

Es wurde u. a. geltend gemacht, daß gewisse Züge des DDR-Regimes den Grundideen des Kommunismus widersprechen und ihn bei den Völkern Osteuropas und anderen Nationen in Mißkredit bringen, so durch den extremen ideologischen Druck in den Schulen, der nur Heuchelei erzeuge. Die Gewaltmethode in der Durchsetzung der Jugendweihen hätten kein Beispiel in anderen Ländern, so daß man zu dem Urteil komme, daß hier „Zeichen eines weitergeführten Stalinismus vorliegen, in einer Zeit, in der der Stalinismus in Rußland selbst abgelehnt wird“. Man möchte daher auf wirksamere Garantien der Rechtssicherheit und auf Beendigung der vom Staat erzwungenen ideologischen Konformität dringen. Weitere Vorschläge wenden sich gegen die Abschneuerung von Westberlin, die das kirchliche Zusammenleben erschweren. „Die Augen der gesamten Christenheit sind auf die Behandlung der Kirche in der DDR gerichtet. Diese Tatsache erhebt die Regierungspolitik gegenüber der Kirche auf die Ebene internationaler politischer Bedeutung.“ Andere Vorschläge sind rein politischer Art und betreffen die Erhaltung der Unabhängigkeit von Westberlin „als Orientierungspunkt und Zufluchtsstätte für ganz Osteuropa“.

### *Stark besuchte Jugendtreffen*

Innerhalb der Zone halten die Bemühungen der evangelischen Kirchen an, sich nach dem bekannten Kommuniqué vom 21. Juni 1958 zu richten. So begrüßte Generalsuperintendent D. Braun auf einer Tagung von 2000 Jugendlichen in Potsdam-Hermannswerder, mit der der Kurmärkische Kirchentag — ohne Beteiligung von Bischof Dibelius — seinen Abschluß fand, daß die Kirche nach wie vor zu Verhandlungen bereit sei. Aber eine missionarische Kirche brauche nicht nur den kultischen Raum: „Die Christen wollen ihr gesamtes Leben kirchlich gestalten. Sie wollen positiv und gleichberechtigt als Staatsbürger mitarbeiten, ohne in ihrem Gewissen verletzt zu werden. Sie wünschen keine Vorteile, wollen aber auch keine Zurücksetzung erfahren.“ Aus seinen Worten ging hervor, „daß sich ein Gespräch zwischen Staat und Kirche abzeichnen schein“. Auch in Cottbus, dem Sitz des Generalsuperintendenten Günther Jacob, fand eine stark besuchte Evangelisationswoche für die Jugend statt, die von weither herbeiströmte und im übrigen nicht behindert wurde.